



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Autoritärer Populismus in Deutschland: Strategien zur Verstärkung sozialer
Ungleichheit

verfasst von | submitted by

Jannik Heindrichs B.A.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt |
Degree programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Dr. Dr. Amadou-Lamine Sarr

Abstrakt (deutsch):

Die Masterarbeit untersucht aus einer kritischen politökonomischen Perspektive, welche Strategien und Mechanismen im Zuge des autoritären Populismus in Deutschland zum Tragen kommen und dabei die soziale Ungleichheit verschleiern. Der Forschungsansatz beruht auf materialistischer Staatstheorie und fokussiert die sich verändernden Kräfteverhältnisse zwischen Klassen und Klassenfraktionen innerhalb Deutschlands. Der Aufstieg autoritärer populistischer Bewegungen wird dabei als eine Reaktion auf multiple Krisen wie Klimawandel, Wirtschafts- und Demokratiekrisen sowie Migrationsprozesse verstanden. Es wird die These aufgestellt, dass es sich beim autoritären Populismus um eine neoliberale Krisenbewältigungsstrategie handelt. So konnte nachgewiesen werden, dass der autoritäre Populismus die bestehenden Spannungen in der Bevölkerung im Kontext der Agenda-2010-Reformen, der Finanzkrise, der Eurokrise sowie der COVID-19-Pandemie mobilisiert hat, wobei der Nexus zwischen Wirtschafts- und Migrationspolitik autoritäre Mechanismen und Strategien katalysiert. Der gegenwärtige Autoritäre Populismus in Deutschland ist durch eine Kombination von neoliberaler Wirtschaftspolitik und autoritärer Ordnungspolitik gekennzeichnet, wobei sowohl nationale Ressentiments gegen Migrant*innen geschürt als auch ordoliberaler Haushaltsdisziplin ideologisch verteidigt wird und in einer Intensivierung sozialer Ungleichheit mündet.

Abstract (english):

The master's thesis analyses from a critical political economy perspective which strategies and mechanisms are used in the course of authoritarian populism in Germany and thereby conceal social inequality. The research approach is based on materialist state theory and focusses on the changing power relations between classes and class fractions within Germany. The rise of authoritarian populist movements is understood as a reaction to multiple crises such as climate change, economic and democratic crises and migration processes. The thesis is that authoritarian populism is a neoliberal crisis management strategy. It has been shown that authoritarian populism has mobilised the existing tensions in the population in the context of the Agenda 2010 reforms, the financial crisis, the euro crisis and the COVID-19 pandemic, with the nexus between economic and migration policy catalysing authoritarian mechanisms and strategies. Current authoritarian populism in Germany is characterised by a combination of neoliberal economic policy and authoritarian regulatory policy, whereby both national resentment against migrants is fuelled and ordoliberal budgetary discipline is ideologically defended, resulting in an intensification of social inequality.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1 Forschungsfrage und Zielsetzung der Forschungsarbeit.....	2
1.2 Methodologie und Struktur der Forschungsarbeit.....	3
2. Theoretischer Rahmen.....	7
2.1 Populismus: Definitionen, Konzepte und Ursachen.....	7
2.2 Konzeption.....	16
2.2.1 Autoritarismus.....	16
2.2.2 Autoritärer Populismus	20
2.3 Ursachen des Rechtspopulismus	32
2.3.1 Ökonomische Erklärungsansätze	33
2.3.2 Kulturalistische Erklärungsansätze.....	37
2.3.3 Politische Erklärungsansätze	40
2.4 Ursachen des autoritären Populismus.....	43
3. Einführung in die deutsche Wirtschaftspolitik	47
3.1 Die Agenda 2010: Beginn der neoliberalen Wende	51
3.2 Die Finanzkrise 2008/2009: Krise und Neustrukturierung	52
3.3 Die Eurokrise: Austerität und Schuldenbremse	54
3.4 COVID-19: Der Staat zwischen Interventionsanspruch und neoliberaler Kontinuität....	55
4. Diskussion: Autoritärer Populismus in Deutschland.....	57
4.1 Der autoritäre Populismus und die Umstrukturierung des Staates	58
4.2 Diskursive und materielle Mechanismen zur Legitimation sozialer Ungleichheit.....	71
5. Schluss	86
Literaturverzeichnis	90

1. Einleitung

Eine der bemerkenswertesten politischen Tendenzen im frühen 21. Jahrhundert manifestiert sich im globalen Aufschwung des Populismus sowie der Konstituierung populistischer Regierungen. Parteien, politische Akteur*innen und Bewegungen beanspruchen, im Namen der Demokratie dem sogenannten Volk wieder eine Stimme zu verleihen. So rücken zunehmend autoritäre Tendenzen und populistische Rhetoriken in den Vordergrund. Rechtsextreme Parteien wie die AfD und prominente Akteure wie Markus Söder und Friedrich Merz, die zwar das etablierte konservative Spektrum repräsentieren, aber immer häufiger auf populistische Elemente zurückgreifen, stechen im Zuge dessen heraus. Dabei werden Forderungen nach einer schärferen Asyl- und Migrationspolitik sowie der Verteidigung neoliberaler Haushaltsdisziplin laut, welche mit einem Rückgriff auf einen wachsenden Nationalismus und wirtschaftlichen Protektionismus legitimiert werden. Diese Entwicklung zeigt sich nicht nur in der Rhetorik, sondern auch in der Praxis. Es wird zunehmend eine Politik verfolgt, die autoritäre Staatsstrukturen mit neoliberalen Wirtschaftsreformen verbindet, während soziale Sicherungssysteme abgebaut und marginalisierte Gruppen wie Migrant*innen und Bürgergeldempfänger*innen zu Sündenböcken gemacht werden. Der autoritäre Populismus macht sich hierbei die Spannungen zunutze, die durch wirtschaftliche Krisen und gesellschaftliche Transformationsprozesse wie Globalisierung und Digitalisierung verstärkt werden. Der gegenwärtige Populismus ist jedoch als autoritäre Form zu verstehen, die sich nicht mit beliebigen Inhalten füllen lässt, sondern von einer politischen Strategie motiviert ist. Diese Bestrebungen manifestieren sich darin, dass eine hierarchisch strukturierte Gesellschaft herzustellen, in der Diskriminierung entlang sozialer Differenzachsen wie Ethnizität, soziale Klasse und Geschlecht vorherrscht. Gleichzeitig manifestiert sich das Ziel in der Etablierung einer etatistischen Wirtschaftspolitik, welche die Berücksichtigung sozioökonomischer Ungleichheiten vernachlässigt und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zementiert. Diese Bestrebungen reflektieren ein fundamentales Interesse an der Rekonfiguration gesellschaftlicher Machtverhältnisse, welche traditionelle hierarchische Ordnungen entlang der genannten Differenzkategorien zu stärken suchen. Folglich kann der autoritäre Populismus nicht lediglich aus einer ökonomischen oder kulturellen Perspektive betrachtet werden, sondern muss als politökonomisches Phänomen begriffen werden. Der Aufstieg des Populismus lässt sich spätestens mit dem Ausbruch der

Finanz- und EU-Krise, der sogenannten Flüchtlingskrise und der Coronapandemie nicht mehr ohne die Berücksichtigung der tiefgreifenden sozioökonomischen Bedingungen und Herrschaftsstrukturen erklären. Die vorliegende Masterarbeit widmet sich der Frage, wie diese autoritären und populistischen Strategien in Deutschland funktionieren, welche Akteur*innen sie vorantreiben und welche Auswirkungen dies auf die Demokratie und den Wohlfahrtsstaat hat.

1.1 Forschungsfrage und Zielsetzung der Forschungsarbeit

Ziel der Arbeit soll sein, die Formen der gegenwärtigen Politiken in Deutschland in Gestalt eines autoritären Populismus aufzuzeigen und inhaltliche und prozessuale Dimensionen zu explizieren. Dieser Ansatz versucht über die soziokulturelle Deutung des Antagonismus in der Debatte um Populismus hinauszukommen und diese in einen politökonomischen Erklärungsansatz zu integrieren. Insgesamt soll die Forschungsarbeit einen Beitrag dazu leisten, Einblicke in die Art und Weise zu schaffen, wie sich Macht- und Herrschaftsstrukturen in einem Staat aufrechterhalten und transformieren. Dabei soll das Konzept des Autoritären Populismus als eine weitere Phase im Prozess der Neoliberalisierung verstanden werden und als Analyseinstrument die historische und gesellschaftliche Gestalt des lokalen Neoliberalisierungsprozesses in Deutschland in den Fokus rücken, welcher wiederum selbst in globale Strukturen und Netzwerke eingebettet ist. Als weiteres Ziel versteht sich die Forschungsarbeit als Reflexion über die in der wissenschaftlichen Diskussion vorherrschende Perspektive, Populismus als Symptom für eine Repräsentationskrise, Orientierungskrise oder Hegemoniekrise zu verstehen. Hierbei soll der autoritäre Populismus in Deutschland als eine Erscheinungsform fragiler Herrschaftsordnung liberaler Demokratie verstanden werden, dessen Ziel die (Wieder-) Herstellung einer hierarchischen und von Diskriminierung geprägten Gesellschaft ist und mit der Transformation des Staates und dem reaktionären Umbau des vorherrschenden Demokratieverständnisses einhergeht. Wachsende soziale Ungleichheit, als dem Kapitalismus innewohnende Dynamik, wird der Logik des autoritären Populismus nach verdeckt und als funktionales Erfordernis für autoritäre Strategien und Mechanismen interpretiert. Die Förderung gesellschaftlicher und sozialer Spaltungslinien entlang Ethnie, *race*, *gender* und Klasse bildet demnach ein geeignetes strukturelles Beziehungsmuster. Die gesellschaftlich bedingte und dauerhafte Ungleichheit zwischen Personen in der Teilhabe an

materiellen Gütern und immateriellen Ressourcen, soll in dieser Forschungsarbeit als systemische Notwendigkeit des Neoliberalismus diskutiert werden. Meine forschungsleitende Fragestellung ist dabei: Inwiefern trägt der autoritäre Populismus in Deutschland dazu bei, soziale Ungleichheit zu verschleiern und welche Mechanismen und Strategien kommen dabei zum Einsatz?

1.2 Methodologie und Struktur der Forschungsarbeit

Für eine hinreichende Beantwortung der Forschungsfrage braucht es eine dem Forschungsgegenstand entsprechende Herangehensweise. Ein angemessener methodischer Zugang ist deshalb obligatorisch. Ein geeignetes Verfahren für die Annäherung an den Forschungsgegenstand durch ein geeignetes Verarbeitungsmuster, besteht in der qualitativen Inhaltsanalyse insbesondere in der Verwendung der Instrumentarien der Hermeneutik. Ausgehend von konventionellen hermeneutischen Kriterien, im Wechselspiel den Horizont der verwendeten Literatur mit dem eigenen Erkenntnisrahmen in einen verständlichen Zusammenhang zu stellen, werden textimmanente Fragestellungen ebenso wie die multiperspektivischen Verknüpfungen zu politischen und gesellschaftlichen Untersuchungen und Ereignissen sowie die Berücksichtigung der heterogenen Konzeptualisierung der jeweiligen literarischen Produktion, eine umfassende Funktion für die jeweiligen Interpretationen haben (Baur/Blasius 2019). Die textförmige soziale Realität in der verwendeten Literatur bedarf einer verwertbaren Interpretation, welche intersubjektiv überprüfbar bleiben muss, indem auf objektive Bedeutungsstrukturen hingedeutet und zurückgegriffen wird. Der hermeneutische Zirkel stellt das im Verarbeitungsmuster immer wiederkehrende Verhältnis von Teilgegenstand und Gesamtgegenstand dar, wobei ein ständiger Pendelschlag von Abstraktion und Konkretion gegeben ist (ebd.). Da durch den gewählten epistemologischen Zugang, die Wissensproduktionsanalyse auch als Gesellschaftsanalyse verstanden werden kann, wird durch die Methode des hermeneutischen Zirkels die Produktion und Diffusion von relevantem Wissen befördert und handlungsrelevantes Wissen bereitgestellt. Sie unterscheidet sich von einer systematischen bzw. quantitativen Inhaltsanalyse insoweit, als dass Aussagen und Deutungen nicht frei von Subjektivität bleiben (ebd.). Die wissenschaftliche Vorgehensweise folgt einem normativ-ontologischen sowie notwendigerweise einem dialektischen Ansatz. Den methodischen Bezugsrahmen bildet dabei der kritische Realismus (Jäger/Springler 2015). Unter der

Annahme, dass gesellschaftliche Phänomene nur begriffen werden können, wenn man ihr Verhältnis zu anderen kontrastierend untersucht, wird die Komplexität und Offenheit der zu untersuchenden Systeme anerkannt. Dabei ist stets zu analysieren, wie Strukturen und Handlungen im Zeitverlauf aufeinander bezogen sind und ein spezifisches Verhältnis historischer bzw. gegenwärtiger Gesellschaften herausbilden. Die daran anschließende Reflexion der für die Forschungsarbeit relevanten Aspekte erfordert eine theoretische Neubeschreibung jener Theorien und Erklärungsmodelle, welche für die zu untersuchenden gesellschaftlichen Phänomene am besten geeignet scheinen. Konkrete Zusammenhänge sollen durch interdependente Kausalitäten des theoretischen Feldes herausgearbeitet werden, u.a. um durch systematische Reflexion der Bezüge auch im Sinne eines epistemologischen Relativismus zu versuchen, Mehrebenenanalysen und Relationen zwischen erfahrbaren Phänomenen und den Abstraktionen dynamischer, oft nicht erfahrbarer Systemkonstruktionen abzubilden (ebd.). Hinsichtlich der Beantwortung der Forschungsfrage ist die Vermittlung des Forschungsstandes und der verwendeten Forschungsliteratur entscheidend. Die Fragestellung der vorliegenden Forschungsarbeit wurde bislang nur unzureichend untersucht, weshalb eine Betrachtung derjenigen Literatur, welche dieselbe oder eine ähnliche Thematik untersucht, sinnvoll erscheint. Auf diese Weise können anschließend Forschungslücken aufgezeigt werden.

In der vorliegenden Forschungsarbeit wird zunächst das Phänomen des autoritären Populismus einer theoretischen Betrachtung unterzogen. Dabei werden auch die Vorstellungen von Konzepten und Definitionen desselben erörtert. Dazu erfolgt zunächst eine getrennte Betrachtung der Begriffe Populismus und Autoritarismus, wobei die jeweiligen Diskurse und Konzepte exemplarisch aufgezeigt und aufgeschlüsselt werden. Im Anschluss erfolgt eine Betrachtung des autoritären Populismus als konzeptionelle Zusammenführung beider Begriffe, welche mit einer Auseinandersetzung der verschiedenen Konzeptionalisierungen und Ansätze zur Erklärung des autoritären Populismus einhergeht. Ziel ist eine präzise Beleuchtung der Ursachen. Dabei scheint es sinnvoll bei den Ursachen des autoritären Populismus zunächst zwischen ökonomischen, kulturellen und politischen Ursachen zu unterscheiden, um eine Trennschärfe hinsichtlich der Erklärungsansätze zu gewährleisten. Diese Differenzierung ermöglicht es, die verschiedenen Einflussfaktoren klar voneinander abzugrenzen und ihre spezifischen Wirkmechanismen zu analysieren. So können wirtschaftliche Unsicherheiten und soziale Ungleichheit als ökonomische Ursachen,

Wertewandel und Identitätsfragen als kulturelle Ursachen sowie institutionelles Misstrauen und politische Enttäuschung als politische Ursachen ausgemacht werden. Durch diese systematische Unterscheidung können Überschneidungen oder Wechselwirkungen zwischen den Ursachen besser erkannt werden. Dies erlaubt es nämlich im zweiten Schritt auf die komplexen Dynamiken des autoritären Populismus eingehen zu können und zu zeigen, wie diese unterschiedlichen Ursachen in einem neuen, zusammenhängenden Modell des autoritären Populismus integriert werden. So können charakteristischen Merkmale dieser spezifischen populistischen Ausprägung herausgearbeitet werden.

Im dritten Kapitel dieser Forschungsarbeit werden dann die zentralen Entwicklungen in der deutschen Wirtschaftspolitik thematisch und zeitlich geordnet. Dies erleichtert die Analyse der Strategien und Mechanismen des autoritären Populismus im nachfolgenden Kapitel, da durch die chronologische Struktur des dritten Kapitels die politökonomischen Kontexte und Veränderungen nachvollziehbar dargestellt werden können. Zudem bietet die Einführung in die deutsche Wirtschaftspolitik das Fundament, auf der die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen verstanden werden können. So markiert die Agenda 2010 einen wichtigen Wendepunkt in der deutschen Wirtschaftspolitik und stellt die Weichen für neoliberale Reformen, deren ökonomische und soziale Auswirkungen die Grundlage für spätere gesellschaftliche Unzufriedenheit und den Aufstieg populistischer Strömungen bildeten. Mit der Finanzkrise 2008/2009 veränderten sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erheblich und führten zu einer Neustrukturierung von Märkten und staatlichen Eingriffen. Des Weiteren gab die Eurokrise mit den damit verbundenen Austeritätsmaßnahmen den autoritär-populistischen Strömungen Aufschub und trugen zur Polarisierung in Europa bei. Die Einführung der Schuldenbremse in Deutschland und darauffolgend auch auf EU-Ebene hat dazu geführt, dass es zu drastischen Sparmaßnahmen und Kürzungen im öffentlichen Sektor und den sozialen Absicherungssystemen gekommen ist. Die COVID-19 Pandemie brachte zwar staatliche Interventionen und Rettungspakete in den fiskalpolitischen Spielraum, während dessen blieben jedoch neoliberale Prinzipien bestehen.

Im Diskussionsteil versuche ich die herausgearbeiteten charakteristischen Merkmale des autoritären Populismus auf Deutschland anzuwenden. So wird herausgestellt, dass im Zuge des autoritären Populismus zu einer Umstrukturierung des deutschen Staates kommt, bei der durch neoliberale, identitäre und nationale Strategien von den strukturellen Ursachen sozialer

Ungleichheit abgelenkt wird. Hier wird der autoritäre Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie positioniert, die mit einem autoritären Umbau von Staat und Gesellschaft verbunden ist. Die autoritäre Umstrukturierung agiert dabei besonders auf den Feldern der Migrationspolitik und Austeritätspolitik und verstärkt dabei die politökonomischen als auch soziokulturellen Widersprüche. Im zweiten Teil soll der Frage nachgegangen werden, auf welchen diskursiven und materiellen Mechanismen die Legitimation sozialer Ungleichheit zurückzuführen ist. Hier werden die Strategien und Narrative des autoritären Populismus diskutiert, die soziale Ungleichheiten verschleiern und gleichzeitig legitimieren. Dabei wird aufgezeigt, dass diese Strategien und Narrative dazu dienen, soziale Kontrolle auszuüben und bestehende Machtstrukturen zu stabilisieren. Zudem wird der Staat in ein Verhältnis zu den verschiedenen Kräfteverhältnissen gesetzt, um die autoritären Konstellationen sichtbar zu machen. Zum Schluss werden die zentralen Grundlagen für das Verständnis des autoritären Populismus noch einmal in Beziehung zur sozialen Ungleichheit gesetzt, um die politökonomischen und staatlichen Folgen festzuhalten.

2. Theoretischer Rahmen

Folgend wird das Phänomen des autoritären Populismus theoretisch beleuchtet und Konzepte und Definitionen vorgestellt. Um eine definitorische Klarheit gegenüber den Begriffen Populismus und Autoritarismus herzustellen, werden diese Begriffe zuerst getrennt voneinander betrachtet, um die jeweiligen Diskurse und Konzepte exemplarisch aufzuschlüsseln und aufzuzeigen. Im Anschluss soll eine konzeptionelle Verbindung beider Begriffe vorgenommen werden, um eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Konzeptionalisierungs- und Erklärungsansätzen des autoritären Populismus zu ermöglichen. Dies bildet die Grundlage für eine anschließende, vertiefte Betrachtung der Ursachen.

2.1 Populismus: Definitionen, Konzepte und Ursachen

Wie bereits eingangs konstatiert, manifestiert sich eine der bemerkenswertesten politischen Tendenzen im frühen 21. Jahrhundert im globalen Aufschwung des Populismus und der Konstituierung populistischer Regierungen. Parteien, politische Akteur*innen und Bewegungen reklamieren für sich im Namen der Demokratie, der sogenannten einfachen Bevölkerung wieder eine Stimme zu verleihen. Autoritärer Populismus ist keine neue Erscheinung, aber seine jüngste Wiederbelebung und Ausbreitung wirft drängende Fragen darüber auf, was diese Entwicklung antreibt und welche Auswirkungen sie auf demokratische Institutionen, politische Stabilität und soziale Zusammenhänge hat. Diese Entwicklung findet vor dem Hintergrund einer Vielzahl von sozioökonomischen, politischen und kulturellen Veränderungen statt, die Unsicherheit und Unzufriedenheit in vielen Teilen der Gesellschaft verstärken. Wirtschaftliche Ungleichheit, Arbeitsplatzunsicherheit, kulturelle Konflikte und das Gefühl der Entfremdung von traditionellen politischen Institutionen tragen zur Attraktivität populistischer Botschaften bei. Negativ assoziiert werden mit Populismus meist Politiker*innen oder andere Akteur*innen, die sich demagogischen Schlagwörtern (Buzzwords) bedienen und nach der Zustimmung des Volkes greifen, publikumswirksam über Themen referieren, welche das Publikum hören wollen, Gefühle und Emotionen ansprechen, scheinbar einfache Lösungen propagieren, sowie ethische Grundsätze gleichsam außer Acht lassen. Positive Assoziationen hingegen lassen sich dort erkennen, wo angenommen wird,

dass Akteur*innen in direkter Kommunikation zu den *richtigen* Menschen oder dem *Volk* stehen, die Probleme der *kleinen Leute* bzw. des *kleinen Mannes* ernst nehmen und darüber hinaus diese Probleme auch in der Öffentlichkeit ansprechen (Nohlen/Grotz 2011: 247).

In wissenschaftlichen Debatten gilt der Populismus Begriff gemeinhin als unbestimmt und die mit ihm einhergehenden Ideologien als noch zu wenig ausgearbeitet. Historisch gesehen war Populismus ursprünglich vor allem in Nordamerika und Russland verbreitet, bevor er sich später auch in Südamerika und Frankreich etablierte (Crewe/Sanders 2020; Kim/Agridopoulos 2020; Morelock 2021; Panreck 2020). Die etymologische Unschärfe des Begriffs Populismus, der im späten 19. Jahrhundert geprägt wurde, um die Anhänger der Populist Party in den USA zu beschreiben, macht eine eindeutige Zuordnung zu einer spezifischen Gruppe schwierig, da der Begriff zur dortigen Zeit an sich nicht auf Abgrenzung zielte, sondern auf Einheit (ebd.). Außerdem ist der Aufstieg populistischer Bewegungen und Parteien aus globaler Perspektive kein neues Phänomen, als Beispiel dafür sei die 1956 gegründete FPÖ in Österreich genannt, die sich unter der Führung von Jörg Haider ab den späten 1980er Jahren zu einer rechtspopulistischen Partei gewandelt hat, oder die 1991 gegründete Lega Nord in Italien, oder der 1972 von Jean-Marie Le Pen gegründete Front National in Frankreich. Jedoch scheint der heutige Gebrauch des Begriffs den damaligen zu widersprechen, was darauf schließen lässt, dass die außersprachlichen Referenzen, die mit diesem Begriff einhergehen, einem historischen Wandel unterworfen zu sein scheinen. So bezieht sich der Populismusbegriff heute auf eine größere Vielfalt von politischen Bewegungen und ist stärker in globale, digital vernetzte Strukturen eingebettet und somit auf bestimmte politische Mechanismen und Mobilisierungsstrategien verweist.

Hans-Jürgen Puhle beschäftigt sich mit der Begriffskonzeption von Populismus und schlägt z. B. eine Differenzierung zwischen *Populismus* als substantiviertem Begriff und *populistisch* als Adjektiv vor (Otten et al. 2011: 30). Diese Unterscheidung soll darauf abzielen, inhaltlich und programmatisch gerichtete Bewegungen von bloßen populistischen Elementen, Techniken und Stilen zu unterscheiden. Diese künstliche Dichotomie kann jedoch dazu führen, dass die Ambivalenz des Phänomens Populismus durch diese starre Begriffsdefinition verloren gehen könnte. Wobei einzuwenden wäre, dass diese starke Trennung die komplexe Realität politischer Bewegungen und Strategien nicht gerecht wird und Wechselwirkungen zwischen beiden ignoriert. Dementsprechend wird Populismus nicht auf einen singulären Kern

reduziert, sondern tritt in verschiedenen Formen unter unterschiedlichen Kontexten auf. In vielen wissenschaftlichen Debatten finden sich jedoch Argumente, ob oder inwiefern der Begriff des Populismus überhaupt Anwendung finden kann oder soll (Müller 2017). So wird eingewendet, dass Populismus als Begriff zu normativ sei und politische Gegner*innen als zu radikal oder unseriös stigmatisiert, woraus sich wiederum Argumente entfalten die, vor allem aus liberalen Theorien heraus, Populismus als Bedrohung für die liberalen Prinzipien und Werte der Demokratie sehen. Wohingegen andere Populismus als Mittel gegen oder auch als Korrektiv für eine grundsätzliche Repräsentationskrise der liberalen bzw. parlamentarischen Demokratie rezipieren (Demirovic 2018). Der Begriff des Populismus ist jedoch im politischen Diskurs unabdingbar, da er in politischen Debatten auf der ganzen Welt Anwendung findet, wobei eine Abschaffung oder Vernachlässigung ein erhebliches Verständnisdefizit zur Folge hätte. Der Begriff besitzt einen erheblichen diagnostischen Mehrwert, da er die Analyse und Interpretation des simultanen Aufstiegs diverser populistischer Akteur*innen und Parteien innerhalb verschiedener politischer Systeme weltweit als Teil eines zusammenhängenden Phänomens ermöglicht. In gängigen Populismustheorien besteht jedoch die Tendenz, das Phänomen isoliert von seinem historischen und strukturellen sowie kulturellen Kontext zu betrachten. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn in eine vereinfachende Gegenüberstellung von kulturellen gegenüber wirtschaftlichen Faktoren verfallen wird, ohne dabei die tieferliegenden Herrschaftsstrukturen in Frage zu stellen. So finden sich im wissenschaftlichen Diskurs unterschiedliche Ansätze und Definitionen, die von verschiedenen theoretischen Perspektiven und politischen Standpunkten ausgehen.

Liane Ströbel bricht dies auf zwei markante Strömungen herunter. Zum einen diejenigen die den Populismus durch einen minimalistischen Ansatz her zu verstehen versuchen, um das Phänomen des Populismus klarer und kohärenter beschreiben zu können. Die Vertreter*innen dieser Strömung haben den Begriff *Thin Ideology* geprägt, indem sie universell geltende Merkmale des Populismus definieren, die sie unter der Voraussetzung eines antagonistischen Konflikts zwischen dem *Volk* und der *Elite* sowie theoretischer Konzepte wie Volkssouveränität, Nativismus und Nationalismus untersuchen (Deringer/Ströbel 2022: 5). Wobei die Differenzierung zwischen Eigen- und Fremdgruppe durch Theorien des Nativismus oder Nationalismus vertikal legitimiert und horizontal durch geografische Grenzen, sowie durch gemeinsame Herkunft und Geschichte definiert werden. Die andere Strömung, so Ströbel, lehnt diese minimalistische und globale Perspektive ab und befürwortet stattdessen

Fallstudien zu einzelnen Ländern. In diesen Fällen lässt sich Populismus nur in einem situationsspezifischen Kontext erfassen, da dieser sich an das nationale, sozialkulturelle und geografische Umfeld anpasst (Deringer/Ströbel 2022; Norris/Inglehart 2019; Otten et al. 2011; Panreck 2020; Schäfer 2021). Karin Priester äußert sich in Bezug auf die theoretischen Fragen und Erscheinungsformen des Populismus in Mitteleuropa so:

„Da aber der Populismus, wie auch der Konservatismus, in weit höherem Maße als universalistische Doktrinen ein kontextgebundenes, nur kontextuell diskutierbares Phänomen ist, leiden Definitionen des Populismus als universellem Phänomen an einem zu hohen Abstraktionsgrad“ (Otten et al. 2011: 49).

Liane Ströbel sieht gerade an dieser Anpassungsfähigkeit, die Beliebtheit des Populismus. Populismus scheint die sich wandelnde Gesellschaft widerzuspiegeln und sich so immer wieder als Symptom einer neuen Sinn- und Identitätskrise darzustellen, welche durch die existenziellen Ängste vor dem Neuen und Unbekannten in der Gesellschaft getragen werden und als populistische Tendenzen, alle Ebenen der Gesellschaft und politischen Strömungen durchdringen (Deringer/Ströbel 2022: 6). Dahingehend finden sich Argumentationen, dass Populismus nicht nur eine ideologische Positionierung darstellt, sondern auch einen bestimmten politischen Stil und eine Rhetorik umfasst, die darauf abzielt, einfache und emotionale Botschaften zu vermitteln, um Unterstützung für die Partei oder eigene Person zu mobilisieren.

Cas Mudde definiert Populismus unabhängig von der politischen Ausrichtung und wendet sich gegen das häufig anzutreffende politische Spektrum inhaltlicher und formaler Distinktionen zwischen links und rechts. Auf diesem Wege betrachtet Mudde Populismus als eine *dünne Ideologie*, die sich durch ihre Ablehnung der politischen Elite und ihrer Behauptung, den *wahren Volkswillen* zu repräsentieren, auszeichnet (Mudde 2017). Einen ähnlichen Standpunkt vertritt Jan-Werner Müller, wenn er in den gesellschaftlichen und soziale Relationen Abgrenzungen und Anerkennungskonflikte ausmacht und Populismus als eine Form der Identitätspolitik ansieht, die auf antagonistischen Beziehungen zwischen dem sogenannten Volk und einer als feindlich wahrgenommenen Elite beruht. Er bestimmt Populismus als „eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut derer einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehört“ (Müller 2017: 187). Christian Joppke grenzt Form und Inhalt vom Populismus klar voneinander ab und bestimmt diesen als

ein Stilmittel, durch spezifische Argumentationsweisen, beliebige Inhalte in der Öffentlichkeit zu positionieren. Joppke kritisiert den Stil des Populismus, insbesondere seine Vereinfachung komplexer politischer Fragen und den Einsatz von polarisierender Rhetorik (Joppke 2017). Eine ähnliche Definition kommt von Andreas Voßkuhle, wenn er Populismus als eine politische Strategie ohne klare inhaltliche Ausrichtung ansieht, die von verschiedenen politischen Akteur*innen austauschbar genutzt werden kann, um Macht zu erlangen oder zu erhalten (Voßkuhle 2017). In diesem Zusammenhang erwähnen Dirk Jörke und Veith Selk Populismus ebenfalls als eine politische Strategie zur Machteroberung. Sie heben hervor, dass die Volkssouveränität dabei eine zentrale Rolle spielt, welche die Autoren als strategisches Bindeglied betrachten, um die bestehende repräsentative Ordnung zu umgehen und durch die direkte Anrufung des Volkes Macht zu erlangen oder zu festigen (Jörke 2020). Einen geschichtlichen und kulturspezifischen Ansatz findet sich insbesondere bei Andreas Reckwitz. Dieser analysiert Populismus aus einer historischen Genese des 20. Jahrhunderts heraus, indem er die Entwicklung des Populismus, insbesondere im Kontext historischer Ereignisse sozialer Veränderungen und kultureller Veränderungen betrachtet. Für ihn ist Populismus ein kulturelles Phänomen, das sich durch die Art und Weise manifestiert, wie bestimmte kulturelle Identitäten und Werte innerhalb einer Gesellschaft mobilisiert und politisch genutzt werden (Reckwitz 2021). Er definiert Populismus wie folgt:

"Populismus ist ein Stil und ein Modus des politischen Handelns, der sich aus der Kombination dreier Momente speist: der Betonung einer homogenen Volksgemeinschaft, der moralischen Hochstilisierung dieser Gemeinschaft sowie der starken Identifikation des Populismus mit dem ›einfachen Volk‹ oder dem ›Volkswillen‹." (Reckwitz 2021: 111).

Passend dazu schreibt Karin Priester, dass der Populismus immer identitätspolitische Fragen aufwirft und eine Großgruppe imaginiert, das auf die Tradition und alltägliche Erfahrungen eines ethnisch-kulturellen Mischgefüges setzt (Otten et al. 2011: 53). Eine Wechselbeziehung zwischen kulturalistischen und ökonomischen Phänomenen hinsichtlich des Populismus diskutieren Ronald Inglehart und Pippa Norris mit ihrer Cultural Backlash Theorie und der Modernisierungsverlierer-These. Sie verstehen Populismus als eine Reaktion auf sozioökonomische Disparitäten und kulturellen Gegenreaktionen auf die sozialen und kulturellen Veränderungen der Moderne. So kann Populismus als ein im Kern wirtschaftliches Phänomen verstanden werden, dass sich auf die Mobilisierung von Gruppen stützt, die sich

von den Folgen der wirtschaftlichen Modernisierung und kulturellen Veränderungen negativ betroffen fühlen (Norris/Inglehart 2019). Im deutschsprachigen Diskurs findet sich unter anderem Armin Schäfer, welcher die Modernisierungsverlierer-These weiterentwickelt hat und speziell im Kontext Deutschlands und der Europäischen Union zu Populismus forscht. Er bestimmt Populismus als eine Art Krisenbewältigungsstrategie und dementsprechend als eine Reaktion auf wirtschaftliche und soziale Krisen, die aus den Folgen der europäischen Integration und der Globalisierung resultieren (Schäfer 2021). Der Skeptizismus gegenüber der gemeinsamen Währung des Euros, war über einen langen Zeitraum hinweg ein durchgängiges Merkmal aller europäischen populistischen Bewegungen, doch hat sich der Fokus inzwischen leicht verändert, beispielsweise zu nationaler Souveränität, Einwanderungspolitik oder kultureller Identität.

Autor*innen wie Schäfer, Inglehart und Norris oder Reckwitz sehen im Populismus einen Prozess, welcher die vorherrschenden gesellschaftlichen Spannungsfelder wie die soziale Spaltung verschärft und Staats- und Politikverdrossenheit fördert. Gleichzeitig präsentiert sich der Populismus als massenkompatibel indem er nicht nur die politischen Pole von links und rechts stärkt, sondern auch eine breite Massenakzeptanz sucht, indem er sich als massentauglich und für die Mittelschicht ansprechend darstellt. Als Beispiel kann hier Jair Bolsonaros brasilianische Präsidentschaftswahlkampagne 2018 genannt werden, in der er konservative Werte und Sicherheitsfragen in den Vordergrund seiner Kampagne stellte um die Mittelschicht anzusprechen. Aber auch Donald Trump in den USA kann hier genannt werden, welcher durch Themen wie Einwanderung, Handel und Wirtschaft die Mittelschicht angesprochen hat. Zudem ist den oben genannten Autor*innen gemeinsam, dass sie den Populismus als „reaktives Produkt“ (Otten et al. 2011: 30) oder als „defensiv“ (Otten et al. 2011: 54) charakterisieren. Sie sehen in diesem einen Kampf und das Engagement für die empörten Menschen, die vom Staat vergessen wurden, als das Ergebnis eines demokratischen Versagens, als Misstrauensvotum gegenüber den etablierten Parteien (Crewe/Sanders 2020; Deringer/Ströbel 2022; Jörke 2020; Kochi 2023; Manow 2018; Mudde 2017; Müller 2017; Otten et al. 2011; Panreck 2020; Rippl/Seipel 2018). Stephan Kaufmann sieht diese Erklärungsansätze als „latent parteiisch“ (Kaufmann 2024: 10) indem er anmerkt, dass der Erfolg der populistischen Parteien aus Unterlassungen und Versäumnissen der traditionellen Parteien abgeleitet wird. Aus politikökonomischer Perspektive sieht er in den oben genannten

Erklärungsansätzen eine Verantwortungsverschiebung. So wird die Verantwortung für soziale Missstände von den strukturellen Bedingungen des Kapitalismus und den bewussten politischen Entscheidungen der Regierenden auf deren Fehler oder Versäumnisse verschoben. Dabei werden die Anliegen der Bürger*innen als Reaktionen auf politische Fehler der Regierenden, statt als Ausdruck tiefer liegender Ungerechtigkeiten dargestellt, wodurch jedoch nicht berücksichtigt wird, dass bestimmte politische und wirtschaftliche Maßnahmen bewusst getroffen werden und dabei politische Kosten gezielt einkalkuliert werden.

Demnach stellt sich die Frage nach einer Populismustheorie, die solche Deutungen und Verhältnisse klar in den Blick nimmt. Denn durch die oben exemplarisch aufgeführten Erklärungsmuster, stellen die Autor*innen den Erfolg und Misserfolg politischer Entscheidungen nicht nur fragmentarisch als Ergebnis individueller Anstrengungen dar, die dann zum Erfolg oder Misserfolg populistischer Parteien geführt haben, sondern ignorieren zugleich die Machtverhältnisse und Interessenskonflikte, die die politischen Entscheidungen beeinflussen bzw. beeinflusst haben. Die Verantwortung für soziale Missstände verschiebt sich insofern von einer strukturellen Ebene auf eine individuelle und entlastet zugleich Institutionen und Regierungen (Kannankulam/Poulantzas 2008; Mause 2018). So stellt sich zwar Hans-Jürgen Puhle die Frage, ob Populismus Form oder Inhalt sei, wobei er als Antwort auf diese Wesensfrage folgerichtig „Form und Inhalt“ (Otten et al. 2011: 30) schreibt. Jedoch wird mit Rekurs auf Kaufmann deutlich, dass für einige Autor*innen in der Populismusforschung, die inhaltlichen Dimensionen, die politischen Programme hinter den Populismen, weniger von Bedeutung sind als etwa die Zerstückelung eines Parlaments in kleinere, unkonventionelle Fraktionen und die Polarisierung der Gesellschaft, kurzum die Form bzw. das Muster des Populismus, in dem politische Aktivitäten und Interaktionen organisiert sind und sich als politische Phänomene anordnen und präsentieren (Kaufmann 2024: 11). Aus diesem Blickwinkel wird deutlich, dass es in den gängigen Forschungsansätzen vielmehr um die Erosion der politischen Mitte geht, hinter der sich die Vorstellung einer stabilen und kohärenten politischen Mitte verbirgt, die traditionell als Ort des Konsenses und der Stabilität betrachtet wird und als Funktion das System normalisiert und diesem lediglich Verwaltungsdefizite bzw. Effektivitäts- und Effizienzdefizite einräumt (Kadritzke 2017; Otten et al. 2011). Die alle zwei Jahre erscheinende Autoritarismus-Studie (bis 2016 Mitte-Studien der Friedrich Ebert Stiftung) zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen in Deutschland,

verweist vor diesem Hintergrund auf das politische Spektrum von *links* und *rechts* als Ordnungssystem und kritisiert, dass diese Gegenüberstellung die Realität der gesellschaftlichen Dynamiken nur unzureichend abbilden kann. Diesem Ordnungssystem inhärent ist die Konstruktion einer ausgleichenden, gemäßigten Mitte, wobei *links* und *rechts* für unterschiedliche politische Ideologien stehen.

„Die Idee einer sozialen »Mitte« als Schutzraum der Demokratie ist Wunschdenken und Ideologie gleichermaßen. Einerseits kommt in ihr die individuelle Hoffnung auf einen Ort der Sicherheit und Respektabilität zum Ausdruck; andererseits dient sie als gesellschaftliche Ideologie einer »Mitte« zur Legitimation der bestehenden Ordnung, in der jeder nach eigenen Leistungen auf- oder absteigen könne. Die Verschränkung beider macht den Mythos der Mitte so wirkmächtig.“ (Oliver Decker et al. 2022: 15).

Durch die im Populismusbegriff geläufig angelegte Formvorstellung einer politischen Mitte, die erodiert und von welcher abgewichen wird, ergibt sich zugleich die Frage, inwiefern sich die Position und Wahrnehmung dieser Mitte verändert. Die Konstellation dieses politischen Ordnungssystems bietet ein ideales Umfeld für dichotome Identitätspolitik. Denn soziale Integration und Identitätsbildung durch Interaktionen und Beziehungen zwischen Individuen innerhalb der Gesellschaft, werden hier von sozialen Funktionsmerkmalen wie Zugehörigkeit und Anerkennung flankiert. Diese Dynamiken werden weiter verstärkt, indem populistische Bewegungen an das Gefühl der Einheit und Homogenität der Großgruppe appellieren und diese kollektive Identität dazu nutzen, um den Wunsch nach (mehr) Volkssouveränität zu stärken, jedoch begründet auf der Definition und Abgrenzung gegenüber dem Anderen bzw. Fremden. Den sozialen Funktionsmerkmalen Zugehörigkeit und Anerkennung, gehen Normalitätsdiskurse und soziale Erwünschtheit voraus, wobei die gegenseitige Anerkennung in der sogenannten politischen Mitte, dem Ideal der Harmonisierung von Gegensätzen folgt. Diese zielt darauf ab, Konflikte zu glätten, Kompromisse zu erzielen und einen scheinbaren Konsens zu erreichen, ohne die tiefer liegenden Widersprüche und Machtverhältnisse ernsthaft zu hinterfragen. Diesem politischen Verständnis nach, kann diese Art der Harmonisierung die äußerliche Form von Stabilität und Sicherheit annehmen, nimmt jedoch Politik als Prozess der Widerspruchsverarbeitung also solche nicht wahr und benennt Konflikte als Störungen, die beseitigt werden müssen. Dieses Verständnis lässt sich daran anschließend mit dem Populismusverständnis als „reaktives Produkt“ (Otten et al. 2011: 30) bzw. als „defensiv“ (Otten et al. 2011: 54) in Zusammenhang bringen. Die vorausgegangene Deduktion

skizziert die monistische Perspektive des Populismus selbst und dessen analytischen Zugang der Autor*innen und kontrastiert hierdurch die dialektische Sichtweise Kaufmanns, bestätigt jedoch seine Annahme, dass dem Phänomen Populismus und dessen Diskursbildung, die Konstruktion der Mitte inhärent ist. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass obwohl die Betrachtung der Konstruktion der Mitte im Kontext des Populismus aufschlussreich ist, der Vergleich mit der dialektischen Perspektive Kaufmanns zeigt, dass diese Herangehensweise die tiefer liegenden systemischen Widersprüche des Kapitalismus und des Staates nicht erfasst, wodurch die tatsächlichen Ursachen des Populismus in den Hintergrund geraten, wobei lediglich die Symptome des Populismus statt seiner Ursachen adressiert werden.

Die vorangehend dargestellten Erkenntnisse lassen den Schluss zu, dass es sich bei dem Phänomen des Populismus nicht um ein einheitlich definiertes Konstrukt handelt, sondern dass der Begriff eine hohe Vielschichtigkeit aufweist. Eine zentrale Fragestellung betrifft die Definition und Einordnung des Begriffs Populismus, der historisch gewachsen ist und verschiedene ideologische Strömungen umfasst. Autoren wie Cas Mudde und Jan-Werner Müller bieten grundlegende Ansätze, indem sie Populismus als eine *dünne Ideologie* verstehen, die sich durch die Ablehnung der politischen Elite und die behauptete Vertretung des *wahren Volkswillens* auszeichnet. Dabei wird die Unterscheidung zwischen populistischen Stilmitteln und inhaltlichen Programmen thematisiert, wobei einige Forscher*innen die Relevanz der Form des Populismus über den Inhalt betonen. Zudem wird der Populismus als Reaktion auf wirtschaftliche und soziale Krisen analysiert, wobei er als reaktives Produkt der Unzufriedenheit betrachtet wird. Autoren wie Inglehart und Norris argumentieren, dass Populismus eine Antwort auf die Erfahrungen von Modernisierungsverlierern darstellt und eine Verschärfung sozialer Spaltungen begünstigt. Die Analyse zeigt, dass ein tiefgehendes Verständnis des Populismus auch die strukturellen Bedingungen der politischen und wirtschaftlichen Landschaft in den Blick nehmen muss, um die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Faktoren adäquat zu erfassen.

2.2 Konzeption

Nach der kritischen Auseinandersetzung mit den verschiedenen Perspektiven und theoretischen Zugängen auf den Populismus sowie der Erkenntnis, dass tiefer liegende systemische Widersprüche oft unberücksichtigt bleiben, ergibt sich eine wesentliche Fragestellung: Wie manifestiert sich Populismus, wenn er sich mit autoritären Tendenzen vermengt? Diese Frage ist besonders relevant, da der autoritäre Populismus eine spezifische Form des Populismus darstellt und in seiner wissenschaftlichen Konzeption als Analyseinstrument fungiert, welches nicht nur die Symptome, sondern auch die strukturellen Widersprüche und Krisen innerhalb des bestehenden politökonomischen Systems in den Blick nimmt. Eine begriffliche Einführung in den autoritären Populismus erfordert zunächst ein Verständnis der beiden Hauptelemente Autoritarismus und Populismus, wobei bei letzterem die unterschiedlichen Ansätze und Definitionen in der wissenschaftlichen Literatur oben skizziert wurden.

2.2.1 Autoritarismus

Der Begriff des Autoritarismus wurde erstmals im frühen 20. Jahrhundert als politischer Terminus eingeführt, um Regime zu beschreiben, die sich durch eine starke zentrale Macht sowie eine Beschränkung politischer Freiheiten auszeichnen. Der Begriff des Autoritarismus bezeichnet eine politische Ideologie und ein Herrschaftssystem, welches sich durch eine starke Konzentration von Macht gegenüber eingeschränkten demokratischen Teilhaberechten auszeichnet. Dabei ist er von dem Adjektiv *autoritär* zu unterscheiden, welches Verhaltensweisen, Einstellungen oder politische Maßnahmen beschreibt. (Decker et al. 2022). Als autoritäre Regime, werden hingegen Staaten beschrieben die als konkrete politische Systeme bestimmte Ideologien und Herrschaftspraktiken durchsetzen. Im Alltag aber auch im wissenschaftlichen Diskurs werden Phänomene wie beispielsweise Repression, Korruption, Pressezensur, Überwachung, Gewalt, manipulierte Wahlen, Beschränkung von Bürgerrechten mit autoritären Regimen und autoritären Maßnahmen in Beziehung gesetzt. Dahingehend können autoritäre Verhaltensweisen, Einstellungen und politische Maßnahmen auch in demokratischen Systemen auftreten (Rippl 2000).

In dieser Forschungsarbeit liegt der Fokus jedoch weniger auf den definitorischen Grundannahmen autoritärer Regime und ihrer konzeptionellen Ausgestaltung hinsichtlich

Autoritarismus oder dem Vergleich zwischen autoritären Regimen und demokratischen Systemen hinsichtlich autoritärer Verhaltensweisen, Einstellungen und politischen Maßnahmen. Vielmehr soll hier aus einer sozioökonomischen und politischen Perspektive autoritäre Mechanismen und Strategien in den Blick genommen werden, die soziale, politische und ökonomische Kontrolle, Steuerung und Konformität institutionalisieren. Die Mechanismen und Strategien können dann als Prozess verstanden werden, die soziale Praktiken, Normen oder Strukturen in einer Gesellschaft etablieren und als Regeln, Gesetze oder Richtlinien gewisse Verhaltensweisen oder Interaktionen zwischen Mitgliedern einer Gesellschaft formen (Decker et al. 2022; Rippl 2000). Im weiteren Fortgang dieser Forschungsarbeit wird Autoritarismus als eine Durchsetzungs- und Führungsweise bestimmt, die durch eine strenge und einseitige Macht und Kontrollausübung ohne signifikante Eingaben von außen gekennzeichnet ist und darüber hinaus wenig Raum für politische Pluralität und individuelle Freiheit lässt, mit dem Ziel Kontrolle über öffentliche Diskurse zu erlangen und Widerständen eine einheitliche Machtposition entgegenzustellen. Auf individueller Ebene bietet die Theorie des autoritären Charakters nach Adorno eine Erklärung für die Entstehung von Stereotypen und Vorurteilen, indem sie den Schwerpunkt auf den Sozialisationsprozess legt (Adorno 2001). Diese Theorie betrachtet Autoritarismus als eine Persönlichkeitseigenschaft, die maßgeblich durch frühkindliche Erfahrungen geprägt wird. Sie wird weiter durch zusätzliche Sozialisationserfahrungen geformt und kann im Erwachsenenalter in verschiedenen Formen von Vorurteilen Ausdruck finden (Decker et al. 2022: 160). Zentrale Fragen sind bei diesem Ansatz, inwiefern frühkindliche Erfahrungen die Entwicklung autoritärer Charakterzüge beeinflussen oder wie weitere Sozialisationserfahrungen zur Verstärkung oder Veränderung autoritärer Eigenschaften beitragen? Die Theorie des autoritären Charakters postuliert, dass frühkindliche Erfahrungen, wie beispielsweise strenge Erziehung oder mangelnde emotionale Unterstützung, die Grundlage für die Entwicklung autoritärer Persönlichkeitsmerkmale legen. Denn neben den frühkindlichen Erfahrungen können auch spätere Sozialisationserfahrungen, wie Bildung, berufliche Umfelder oder soziale Beziehungen, die autoritären Charakterzüge weiterentwickeln bzw. modifizieren. Die Untersuchung, welche weiteren Sozialisationseinflüsse besonders relevant sind und wie sie die ursprünglich entwickelten Eigenschaften beeinflussen, ist entscheidend für ein umfassendes Verständnis des autoritären Charakters (ebd.).

Ein weiterer Ansatz, den die Forscher*innen der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022 hinzuziehen, ist auf der Mikro- und Mesoebene anzusiedeln und beschreibt den individuellen und gruppenbezogenen Charakter von Autoritarismus. Der Psychologe Bob Altemeyer entwickelte dabei drei Dimensionen des Autoritarismus:

„Autoritäre Unterwürfigkeit beschreibt die Tendenz eines Individuums, der Führung eines starken Herrschers zu folgen, autoritäre Aggression erfasst das Ausmaß, in dem eine Person (sozial) abweichendes Verhalten zu bestrafen trachtet, und Konventionalismus misst die Bereitschaft, sich an etablierte Verhaltensregeln zu halten“ (Decker et al. 2018, zit. nach Altemeyer 1981, 1988, 1996; Beierlein et al. 2014; Bizumic/Duckitt 2018).

Der Ansatz kann auch auf die Interaktionen innerhalb sozialer Gruppen angewendet werden. Individuen, die hohe Werte in den genannten Dimensionen aufweisen, neigen dazu, sich in Gruppen zusammenzuschließen, die ähnliche Werte teilen. Dies kann zu bestimmten Gruppenverhalten führen, wie der Unterstützung autoritärer Führer*innen, der Intoleranz gegenüber abweichenden Gruppen und der Verstärkung traditioneller Normen und Werte innerhalb der Gruppe. Die Analyse des Autoritarismus auf der Makroebene konzentriert sich auf gesellschaftliche, institutionelle und staatliche Strukturen und Prozesse, die zur Entstehung und Aufrechterhaltung autoritärer Regime und Praktiken beitragen.

Für diese Forschungsarbeit besonders interessant sind die Konzepte von Antonio Gramsci, Alex Demirović und Stuart Hall. Letzterer betont die Bedeutung der Kultur in der Reproduktion von Machtverhältnissen. Er analysierte, wie Medien und populäre Kultur ideologische Bedeutungen erzeugen und verbreiten, die gesellschaftliche Machtstrukturen legitimieren und dabei die bestehende Ordnung unterstützen und normalisieren (Hall 2014; Morelock 2021). So kann beispielsweise die Darstellung von Migrant*innen in den Medien als Bedrohung dazu genutzt werden, um autoritäre Maßnahmen zur Migrationskontrolle zu rechtfertigen und nationalistische Ideologien zu stärken. Des Weiteren entwickelte Gramsci das Konzept der kulturellen Hegemonie, um zu erklären, wie die herrschende Klasse ihre Macht nicht nur durch Zwang, sondern auch durch Konsens aufrechterhält (Bittlingmayer et al. 2019). Die herrschende Klasse formt und kontrolliert die kulturellen und ideologischen Werte der Gesellschaft, um ihre Herrschaft zu legitimieren und zu stabilisieren. Zum Beispiel werden durch Bildungsinstitutionen, Medien oder Religion Weltbilder und Denkweisen verbreitet, die die bestehende soziale Ordnung als natürlich und unveränderlich darstellt und

zu einer passiven Akzeptanz der herrschenden Macht durch die Massen führt (ebd.; Wullweber et al. 2014). Alex Demirović analysiert, wie staatliche Strukturen und neoliberale Politiken autoritäre Entwicklungen fördern, wobei er die Verflechtung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft untersucht und die autoritären Tendenzen im Kapitalismus kritisiert (Demirovic 2018). Der Staat fungiert hier als Vermittler und Stabilisator kapitalistischer Interessen, was oft zur Einschränkung demokratischer Prozesse und zur Unterdrückung von sozialen Bewegungen führt. In diesem Kontext setzt er sich kritisch mit den gegenwärtigen Machtverhältnissen auseinander und führt eine Abspaltung innerhalb des bürgerlichen Lagers zugunsten autoritärer Kräfte an, wobei diese Entwicklung auch als Selbstabspaltungsthese interpretiert werden kann. Autoritäre Praktiken zeigen sich in diesem Fall an der Austeritätspolitik, der Kontrolle über öffentliche Güter und darüber hinaus in der Wohlfahrtsstaatlichen Steuerung (Bittlingmayer et al. 2019; Demirovic 2018). Die Austeritätspolitik in Europa, die soziale Rechte beschneidet und wirtschaftliche Ungleichheit verschärft, wird im Weiteren als Beispiel für autoritäre Tendenzen im neoliberalen Wirtschaftsgeflecht herangezogen.

Es konnte gezeigt werden, dass Autoritarismus als ein Herrschaftssystem definiert wird, das durch starke Machtkonzentration und eingeschränkte politische Freiheiten geprägt ist, sich jedoch vom Adjektiv *autoritär* unterscheidet, das Verhaltensweisen und politische Maßnahmen beschreibt. Autoritäre Mechanismen zielen darauf ab, soziale, ökonomische und politische Kontrolle zu institutionalisieren, wobei die Macht oft durch Repression, Zensur und andere restriktive Maßnahmen aufrechterhalten wird. Durch die Theorie des autoritären Charakters nach Adorno wird betont, dass autoritäre Persönlichkeitsmerkmale auch durch frühkindliche Sozialisationsprozesse geprägt werden. Altemeyers Konzept des Autoritarismus mit den Dimensionen der autoritären Unterwürfigkeit, autoritären Aggression und dem Konventionalismus erweitert das Verständnis autoritärer Einstellungen und Verhaltensweisen, insbesondere in sozialen Gruppen. Auf der Makroebene wird die Rolle gesellschaftlicher und institutioneller Strukturen betont, die autoritäre Praktiken begünstigen. Hier sind die Konzepte von Gramsci, Hall und Demirović von zentraler Bedeutung. Gramscis Idee der kulturellen Hegemonie beschreibt, wie herrschende Klassen durch Konsens und ideologische Kontrolle ihre Macht aufrechterhalten. Hall zeigt, wie Kultur und Medien die bestehende soziale Ordnung stabilisieren, während Demirović die Verbindung zwischen

Neoliberalismus und autoritären Tendenzen kritisiert, insbesondere in Bezug auf die Austeritätspolitik, die soziale Rechte beschneidet und demokratische Prozesse unterdrückt.

2.2.2 Autoritärer Populismus

Im Folgenden werde ich die verschiedenen Begriffskonzeptionen des Autoritäten Populismus der Autor*innen kurz skizzieren, wenn auch die mit ihnen verbunden wissenschaftlichen Interventionen hier nicht gänzlich dargestellt werden können.

Dietmar Braun konstatiert, dass es sich beim Autoritären Populismus nicht um eine in sich geschlossene Theorie oder Ideologie handelt (Braun 2020: 245). Der autoritäre Populismus wird aus einer Kombination verschiedener Merkmale bestimmt: Identisch ist allen Ansätzen zum Autoritären Populismus jedoch die Bestimmung einer inhärenten Kritik an der liberalen Demokratie und dessen Organisations- und Entscheidungsprozessen. Hierbei kann die Volkssouveränität als radikale Rückbesinnung politischer Macht auf das Volk verstanden werden, wobei bestimmten Schwächen der liberalen Demokratie vermeintlich kompensiert werden sollen. Nach Braun sind Anspruch und Ziel des autoritären Populismus die „Wiederbelebung der direkten Demokratie als unmittelbarer Ausdruck dieses Volkswillens“ (ebd.: 256). Die Volkssouveränität ist somit die Legitimationsgrundlage der einzelnen Handlungen der Bürger*innen und normative Begründung dessen. Zudem ist wichtig zu betonen, dass der Autoritäre Populismus als Begriff und Analysekatgorie auf ökonomische Prozesse bezogen ist und auf politökonomische Krisen verweist, in denen sich die staatliche Politik zur Bearbeitung der ökonomischen Prozesse verselbstständigt.

Zu den frühesten und einflussreichsten Werken zum Autoritären Populismus zählt die Untersuchung des Thatcherismus in Großbritannien durch Stuart Hall in den 1970er und 1980er Jahren, insbesondere seine Werke *Policing the Crisis* im Jahr 1978 und *The Great Moving Right Show* im folgenden Jahr (Hall 1978; 2017). Der Thatcherismus ist eine Ideologie, die die Ära der konservativen Regierung unter Margaret Thatcher beschreibt, welche durch eine Kombination von neoliberaler Wirtschaftspolitik und repressiver Ordnungspolitik gekennzeichnet war. Hall analysiert in seiner historisch spezifischen Konzeption des autoritären Populismus die nationalen und globalen Umwälzungen, sowie der sie begleitenden Politik- und Kulturveränderungen. Er sah im Thatcherismus eines der ersten nationalen Projekte der Rechten, das den Fordismus überwinden und gleichzeitig den Kapitalismus erneuern wollte. Globalisierung, Neoliberalismus und transnationale Produktion

sind Stichworte der dann folgenden Umwälzungen, die in abnehmender Gewerkschaftsmacht, Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeitswelt sowie im Wiedererstarken des internationalen Kapitals kulminierten.

In der jüngeren Vergangenheit haben sich insbesondere Pippa Norris und Ronald Inglehart, Dietmar Braun, Alex Demirović und Bob Jessop dem Konzept angenommen. Pippa Norris und Ronald Inglehart bieten in ihrer Studie *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism* (Norris/Inglehart 2019) eine spezifische Erklärung des autoritären Populismus. Ihre Analyse konzentriert sich auf die kulturellen Gegenreaktionen, die durch die autoritär-populistischen Politiken ausgelöst werden, und auf die autoritären und populistischen Reaktionen gegen die gesellschaftlichen Veränderungen und Werte, die durch den globalen Wandel und die Modernisierung hervorgerufen werden. Alex Demirović hebt die Bedeutung von Klassenverhältnissen und sozialer Ungleichheit hervor, wobei er autoritären Populismus als Reaktion auf soziale, politische und ökonomische Krisen versteht, die zugleich bestehende Machtverhältnisse herausfordern und festigen. Er nutzt ein integratives Modell um die diskursiven, institutionellen, sozialpsychologischen und ökonomischen Ansätze miteinander zu verbinden und von einem mehrdimensionalen Analyseinstrument zu profitieren. Bob Jessop versteht den Autoritären Populismus als eine politische Strategie die Elemente autoritärer Herrschaft mit populistischen Mobilisierungsformen kombiniert, wobei er als wesentliches Merkmal die Forderung der Notwendigkeit eines starken Staates konstatiert.

Stuart Hall definiert autoritären Populismus mit Verweis auf Gramscis Hegemonietheorie als "eine Bewegung in Richtung [einer] »autoritären« Form demokratischer Klassenpolitik von oben, paradoxerweise offenbar wurzelnd im »Transformismus« (Gramscis Begriff) der Unzufriedenheiten der Massen" (Hall 2014: 124). Diese Definition entwickelte Hall im Zuge der Auseinandersetzung mit Nicos Poulantzas staats-theoretischen Analyse der Regierungszeit Margaret Thatchers in seinem Werk *Staatstheorie* aus dem Jahre 1978 (Hall 2014; Kannankulam/Poulantzas 2008). Poulantzas sah am Ende der 1970er Jahre, im Zuge der Krise des Fordismus, das Heraufkommen einer neuen Staatsform, durch tiefgreifende ökonomische und demokratische Veränderungen, welche autoritäre Züge annahm, wobei die Demokratie jedoch formal bestehen blieb. Um diese Transformationen begrifflich fassen zu können, entwickelte Poulantzas das Konzept des autoritären Etatismus, um das neue Verhältnis zwischen dem Staat und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen charakterisieren zu

können und zum anderen die Machtkonzentration in der Exekutive aufzuzeigen, welche Einschränkungen demokratischer Rechte und Freiheiten mit sich brachte. Dabei können vier zentrale Elemente ausgemacht werden:

- „1) Eine Machtverschiebung weg von der (parlamentarischen) Legislative hin zur Exekutive, bei der sich die Macht gewissermaßen konzentriert, und die einhergeht mit einer Verschiebung (und Verselbständigung) der Dominanzen innerhalb des staatsapparativen Gefüges insgesamt.
- 2) Ein Prozess der zunehmenden Verschmelzung zwischen der Legislative, der Exekutive und der Jurisdiktion bei gleichzeitigem Verfall der Funktion des Gesetzes.
- 3) Ein Funktionsverlust der politischen Parteien als zentrale Organe der Herstellung gesellschaftlicher Hegemonie und als Vermittlungsglieder des politischen Dialogs zwischen Verwaltung, Regierung und Wahlvolk.
- 4) Eine zunehmende Verlagerung dieser Vermittlung hin zu parallel operierenden Machtnetzen, welche die offiziellen und formalen Wege und Kanäle umgehen und sich zusehends ausweiten“ (Kannankulam/Pulantzas 2008: 20).

In Anlehnung an den Begriff autoritären Etatismus, entwickelt Hall den Begriff des Autoritären Populismus aus zwei Kritikpunkten heraus, um zu beschreiben, dass der Thatcherismus nicht nur durch eine autoritäre Staatsstruktur, sondern auch durch eine populistische Mobilisierung gekennzeichnet war. Zum einen macht Hall, im Gegensatz zu Poulantzas, eine Veränderung hinsichtlich der sozialdemokratischen Idee des Korporatismus hin zu einer anti-etatistischen Strategie der neuen Rechten (Hall 2014: 123; Kannankulam/Pulantzas 2008: 249ff.). Korporatismus, das ursprüngliche Prinzip sozialdemokratischer Organisationsform, die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder Berufsverbände durch deren Einbindung in Entscheidungsprozesse zu koordinieren und miteinzubeziehen, um Konsens und soziale Stabilität zu fördern, hat sich nach Hall zum Grundsatz gewandelt, die Rolle des Staates hinsichtlich der Lenkung und Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft zu begrenzen. Hall betont zwar, dass über den bzw. mit Hilfe des Staates agiert wird. Die anti-etatistische Ideologie dient jedoch dazu populistische Bewegungen zu mobilisieren, indem der Staat als unverhältnismäßiger oder unterdrückender Akteur dargestellt wird, der die Interessen des Volkes bedroht, und so spezifische machtpolitische Entwicklungen verschleiern zu können. Ausgangspunkt ist hierfür die Annahme, dass der Staat durch die Legitimierung neuer Grenzziehungen weitere

Interventionsbereiche besetzt. Intendiert ist damit zum einen, die Ersetzung einer korporatistischen Strategie durch eine anti-etatistische, wobei damit nicht gemeint ist das ökonomische, soziale oder ökologische Probleme ohne staatliches Handeln zu bewältigen sind, sondern vorgesehen ist die Rolle des Staates zu begrenzen, wobei auf dessen Strukturen zurückgegriffen wird. Dies hat die politisch-ideologische Funktion sich selbst zum Zwecke populistischer Mobilisierung als anti-staatlich darzustellen. Diese Widersprüchlichkeit zeigt sich zugleich beim Abbau des Wohlfahrtsstaat und dessen Sozialsystem, sowie dessen staatszentralistische Umsetzung und strategischen Eingriffen. Zum anderen präsentieren sich die neuen Grenzziehungen und Interventionsbereiche in der Umgestaltung gesellschaftlicher Ordnungen. Hall beobachtet im Zuge des ambivalenten Verhältnisses der anti-etatistischen Strategie, staatliche Institutionen und Strukturen zu nutzen und sich gleichzeitig als Gegner des Staatsapparats zu präsentieren, eine Zunahme und Intensivierung der Konflikte sowohl zwischen den herrschenden Klassen und den Volksmassen als auch innerhalb des Machtblocks selbst. Dies führt zu einer Verschiebung der Macht von der parlamentarischen Legislative hin zur Exekutive, wodurch die Macht konzentriert wird und interne Dominanzen innerhalb des Staatsapparats neu geordnet werden. Parallel dazu kommt es zu einer zunehmenden Verschmelzung der Funktionen von Legislative, Exekutive und Judikative, während die Rolle des Gesetzes schwindet. Politische Parteien verlieren ihre Funktion als zentrale Organe der gesellschaftlichen Hegemonie und als Vermittlerinnen zwischen Verwaltung, Regierung und Wahlvolk. Diese Vermittlungsfunktion wird zunehmend von parallelen Machtnetzen übernommen, die die offiziellen demokratischen Wege umgehen und an Einfluss gewinnen. John Kannankulam schreibt dazu: „Nicht mehr staatlich-antizyklische Krisensteuerung, sondern Privatisierung, mehr Markt und Wettbewerb, sowie schlanker und aktivierender Staat stehen auf der Tagesordnung“ (Adolphs et al. 2010: 232). Halls zweiter Kritikpunkt an Poulantzas historischer Bewertung im Zug der Entwicklung des Analyseinstruments autoritären Etatismus, ist die strategische Dimension hegemonialer Orientierungen in der Zivilgesellschaft. Damit ist die demokratische Klassenpolitik von oben gemeint, die Hall mit Gramscis Konzept des „Transformismus“ (Hall 2014: 124) erschließt. In diesem Zusammenhang ist der Willensbildungsprozess der Gesellschaft zur Zustimmung bestimmter Projekte und der Herausbildung handlungsleitender Normen, von einer Verständigungsorientierung geprägt, in der progressive oder revolutionäre Positionen in das bestehende politische und soziale System integriert und letztlich neutralisiert werden, indem

ihre Führungsschichten kooptiert werden. Auf diese Weise werden die radikalen Ziele dieser Kräfte in Richtung der Stabilisierung des Status quo verschoben. Die auf Hegemonie abzielende Strategie des Thatcherismus, oppositionelle Kräfte von Diskursen abzukoppeln, gesellschaftliche Unzufriedenheit populistisch nutzbar zu machen um daraus Unterstützung zu generieren, die Opposition zu spalten und einige strategische Elemente der gesellschaftlichen Meinung tatsächlich in sein eigenes hegemoniales Projekt zu integrieren, sah Hall als Kernelement des autoritären Populismus an und verwendete deswegen den Begriff in Anlehnung an den autoritären Etatismus (Hall 2014; Kannankulam/Poulantzas 2008). Im Zuge dieser strategischen Ausrichtung ist erwähnenswert, dass Hall hier implizit Stellung zu Gramscis Begriff des historischen Blocks nimmt, welcher nach Ulrich Brand, im Sinne einer historischen Entwicklungsweise zu verstehen ist und kulturelle und ideologische Dimensionen in den Blick nimmt (Adolphs et al. 2010: 105). Als historischer Block ist dabei das Korrelat zwischen den Institutionen und Kräften der Zivilgesellschaft und des Staates, bei gleichzeitiger Affirmation der gegenwärtigen ökonomischen Ordnung zu verstehen (Kannankulam 2008: 258). Wohingegen Poulantzas den Begriff des Machtblocks (oder politischer Block) verwendete um staatlich organisierte Klassenbündnisse zu analysieren, und auch auf kulturelle und ideologische Dimensionen Bezug nimmt, jedoch über die klassische marxische Basis-Überbau-Dichotomie hinaus geht, indem er die Rolle des Staates und die politische Dynamik in den Vordergrund stellt. Poulantzas betont die Rolle des Staates als einen aktiven Bestandteil des Überbaus, der nicht nur passiv die ökonomischen Interessen widerspiegelt, sondern auch aktiv an der Organisation und Reproduktion der sozialen Ordnung beteiligt ist. Der Staat wird hier als ein Ort gesehen, an dem Klassenkämpfe ausgehandelt und politische Machtstrukturen aufgebaut werden (Adolphs et al. 2010: 105; Hall 2014: 120ff.). In Bezug auf den autoritären Populismus des Thatcherismus kann hier auf die Diskussion von Bob Jessop und John Kannankulam aufmerksam gemacht werden. Beide argumentieren, dass der Machtblock in Großbritannien von einem One-Nation-Konservatismus geprägt war, welcher sich insbesondere durch die Nachkriegserfahrungen dafür einsetzte, benachteiligte Gruppen in die Gesellschaft zu integrieren und ökonomisch-korporativen Interessen bezüglich niedriger Steuern und niedriger Inflation zu verfolgen, damit möglichst viele am Aufbau der Nation partizipieren können (Jessop 1988; Kannankulam 2008). Diese horizontaler Integrationsprozess sozialer Schichtung änderten sich mit der produktiven ideologischen Verknüpfung des autoritären Populismus und des Neoliberalismus innerhalb des

Thatcherismus dahingehend, als das dann soziale Schichten in vertikaler Weise geordnet wurden. Es kam zu einer "Vereinigung der privilegierten Nation der ›guten Bürger‹ und ›harten Arbeiter‹ gegen eine eingrenzbare und subordinierte Nation" (Kannankulam 2008: 253), welche den sogenannten *produktiven* Sektor durch den Markt zu belohnen und den *parasitären* Sektor wiederum zu bestrafen beabsichtigte. Auch deshalb kann dies als historischer Block verstanden werden, als dass sich die konservative Arbeiterklasse in Großbritannien in einer „säkularen, instrumentalistischen und privatisierten Weise“ (ebd.) neuformatierte um den neuen neoliberalen Paradigmen effizienter Produktionsweisen zu folgen. Der Autoritäre Populismus nach Hall, kann auch als Analyserahmen, zur Beschreibung der Instrumentalisierung gesellschaftlicher Bedürfnisse und Unzufriedenheiten dienen, um aufzuzeigen, wie bestimmte Praktiken und Ideologien, die ursprünglich darauf abzielten, den sozialen und politischen Status quo in Frage zu stellen, letztlich in das bestehende System integriert werden können, was wiederum zu einer Festigung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse führt. Indem Hall den Thatcherismus als Beispiel für autoritären Populismus betrachtet, konnte dieser herausarbeiten, wie die Regierung Thatchers eine ideologische, ökonomische, politische und kulturelle Transformation durchsetzen konnte. Allerdings betrachtet Hall den autoritären Populismus zwar als generelle Erklärung des Thatcherismus, betont jedoch, dass der Thatcherismus ohne seinen spezifisch ökonomischen Kern nicht adäquat verstanden werden kann und im Sinne Gramscis auch nicht mit dem Konzept der Hegemonie argumentiert werden kann, da eine vollständige politische, intellektuelle und moralische Führung nicht nachgewiesen werden konnte.

Eine weitere Konzeption des Autoritären Populismus findet sich im gleichnamigen Sammelband der Autor*innen Carina Book, Nikolai Huke, Norma Tiedemann, Olaf Tietje. Für sie ist der autoritäre Populismus synonym zum Rechtspopulismus, rechtsradikalem Populismus und zum völkisch-autoritären Populismus zu verstehen (Book et al. 2020). Der Begriff reiht sich somit nicht nur in seiner Gestalt und prozessualen Ausgestaltung in die politischen Konstellationen rechter und autoritär-konservative Gruppen ein, sondern ist dementsprechend inhaltlich an deren spezifischen Strategien und Ideologien gebunden. Im Mittelpunkt des Konzepts steht somit eine politisch-ideologische Dimension, die durch ihren Charakter geprägt ist, hegemoniale Ansprüche zu erheben. Dabei wird der Zustand der Hegemonie nicht notwendigerweise erreicht, sondern bleibt ein angestrebtes Ziel. In diesem Zusammenhang ist die Konzeption des Autoritären Populismus der Autor*innen von der von

Stuart Hall zu unterscheiden. Während dieser die Transformation demokratischer Klassenpolitik durch autoritäre Elemente im Blick hat und die die paradoxe Integration von autoritären Praktiken in ein demokratisches System betont, nehmen die Autor*innen Book, Huke, Tiedemann und Tietje eine stärkere Perspektive hinsichtlich des historischen Kontextes Deutschlands ein und legen ihren Fokus eher auf rechtsextreme, nationalistische, völkische als auf sozioökonomische Elemente. Die Autor*innen definieren Autoritären Populismus wie folgt:

„Autoritären Populismus begreifen wir als konservative Mobilmachung gegen liberale Demokratie, die die zugrundeliegende Kompromiss- und Verständigungsorientierung aufkündigt. Im Zentrum steht eine dichotome Freund-Feind-Konstruktion von Zugehörigkeit zu einem nationalen Kollektiv und bedrohlichen 'Anderen' (z.B. Flüchtlinge, Migrant*innen, Sinti und Roma, Jüd*innen und Juden)“ (Book et al. 2020: 10).

Personen, deren politische Ansichten angeblich nicht dem Willen des Volkes entsprechen, werden in diesem Zusammenhang als Außenstehende des Volkskörpers dargestellt. Dadurch werden gesellschaftliche Trennlinien und Dynamiken der Ausgrenzung verstärkt und als autoritäre Elemente kenntlich gemacht. Ein wichtiges Element dieser Konzeption ist demnach die Exklusion und Konstruktion des *Anderen*. Um die Fokussierung auf die hegemonialen und kulturellen Aspekte, einschließlich ideologischer, sozialer und politischer Dimensionen, besser zu verstehen, kann die Typologisierung von Jeremiah Morelock und Felipe Ziotti Narita zu den populistischen Narrativen im Kontext des Autoritären Populismus herangezogen werden (Morelock 2021). In ihrem Beitrag zur Konstellation des Autoritären Populismus in den USA und in Brasilien differenzieren sie analytisch zwischen drei Formen populistischer Narrative, die paradigmatisch für den Autoritären Populismus stehen. Sie unterscheiden dabei die Gegenüberstellung von Volk und Elite unter dem Aspekt der Befreiung, die Relation von Volk zu Migrant*innen im Rahmen nationaler Identitätsbildung und die Abgrenzung zwischen Volk und einer diffusen Nicht-Volk-Gruppe als Ausdruck autoritärer Tendenzen (Morelock 2021).

Eine alternative Konzeption, die sich stärker an der von Stuart Hall orientiert, und Nicos Poulantzas Aspekte zum autoritären Etatismus reaktualisiert, findet sich bei Alex Demirović. Die von ihm entwickelte Konzeptionierung erweist sich als geeignet, den Anforderungen dieser Forschungsarbeit gerecht zu werden, da es Demirović gelingt Poulantzas

staatstheoretischen Fokus der systematischen und langfristigen Analyse der kapitalistischen Staaten mit der kulturalistischen Perspektive Halls, auf kurzfristige politische Mobilisierung und kulturelle Dynamiken, zu vernetzen (Demirović 2007; Jessop 2019). Er begreift das Phänomen des autoritären Populismus als eine neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in der sich Herrschaftsstrategien wandeln und sich insbesondere „ein neues Repräsentationsverhältnis aufbaut“ (Demirović 2018: 28), folglich ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. In diesem Zusammenhang betont er die Verbindung zwischen autoritären Tendenzen der Politik und neoliberaler Ökonomie, insbesondere in Krisenzeiten. Diese Verbindung zeigt sich in der Durchsetzung neoliberaler Maßnahmen durch autoritäre Mittel. Diese Argumentation von Demirović lehnt sich stark an die Thesen von Hall an, insbesondere an die Aussage, dass der autoritäre Populismus eine Mischung aus neoliberalen Wirtschaftsreformen und autoritären sozialen Maßnahmen ist (Hall 2014: 110ff.). Demirović greift Halls marxistische und dialektische Methodik auf, um zu verdeutlichen, dass diese Konstellation widersprüchlich ist: Der Neoliberalismus propagiert in der Regel die Deregulierung und den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, während autoritäre Praktiken durch intensive staatliche Kontrolle und Unterdrückung gekennzeichnet sind (Hall 2014; Jessop 2019; Demirović 2020). Politökonomische und staatstheoretische Ansätze verdeutlichen, dass der Staat als ein wichtiger Akteur im kapitalistischen System agiert, der sowohl ökonomische Interessen unterstützt als auch politische Stabilität gewährleistet. Der Staat fungiert hierbei als Vermittler zwischen verschiedenen Klasseninteressen und trägt zur Reproduktion der bestehenden Machtverhältnisse bei. Die gesellschaftlichen Verhältnisse werden zudem als transnational betrachtet, womit bezeichnet ist, dass diese Verhältnisse in Institutionen und sozialen Strukturen münden, die historisch veränderbar sind und das Ergebnis von kollektivem Handeln darstellen. Die autoritäre Krisenbewältigung unterstreicht diese zugrunde liegenden Machtverhältnisse, wobei der Kampf um Herrschaft zwischen sozialen Gruppen stattfindet und Macht- und Herrschaftsverhältnisse als das Produkt sozioökonomischer Reproduktionsmuster und politischer Kämpfe erscheinen. So stellt der Staat eine materialistische Verschiebung und Verdichtung der Klassenkräfte dar, was durch Kämpfe und Strategien sichtbar wird (Demirović 2007: 101). Hier rekurriert Demirović auf Poulantzas essenzielle Konkretisierung des Staats als „materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“ (Kannankulam/Poulantzas 2008: 11).

Autoritäre Tendenzen und Strategien stellen somit keine Abweichung dar, sondern eine Fortsetzung der kapitalistischen Herrschaftslogik, die eng mit der Organisierung und Verbreitung rechter Ideologien verknüpft ist. Die Verknüpfung zwischen ökonomischen und politischen Strategien umfasst für Demirović die Verwendung autoritärer Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der neoliberalen Ordnung, die Veränderung demokratischer Prozesse, die Stärkung exekutiver Macht und die Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen (Demirović 2018). Des Weiteren zeigen sich diese Strategien auch über Handels- und Kapitalverflechtungsstrukturen, Entwicklungen der kapitalistischen Akkumulation, Klassenkämpfe und zwischenstaatliche Konflikte, die als Folgen und Widersprüche des neoliberalen Kapitalismus zu veränderten politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungsmustern und Kräftekonstellationen führen (Hirsch 2005; Jessop 2016). In seiner spezifischen Konzeption des Autoritären Populismus distanziert sich Demirović von einer Gleichsetzung mit dem Rechtspopulismus oder dem rechtsradikalen Populismus. Er betont, dass das autoritär-populistische Herrschaftsverhältnis vom linksliberalen Milieu über die bürgerliche Mitte bis hin zum rechten Rand konsensfähig getragen wird. Dies zeigt, dass der autoritäre Populismus nicht auf eine Randerscheinung zu beschränken ist, sondern breite gesellschaftliche Akzeptanz findet (Demirović 2018: 27). Stimmungen und Gefühlslagen auf individueller und kollektiver Ebene sind wichtige Faktoren, um politische Kommunikation und Mobilisierungen zu beeinflussen und zu instrumentalisieren. Der Staat wird hier als ein spezifisch strukturiertes, materiell organisiertes Kräfteverhältnis betrachtet. Gramsci und Poulantzas herrschaftstheoretische Ansätze verdeutlichen, dass der Staat kein neutrales Feld für den freien Wettbewerb pluralisierter Klassenkräfte darstellt, sondern eine materielle Verdichtung von Klassenkräften. So agiert dieser als einheitlicher souveräner Apparat mit bürokratischer, hierarchischer Ordnung, was seine Fähigkeit zur Kontrolle und Organisation der gesellschaftlichen Verhältnisse stärkt (Demirović 2007: 222ff.). Mit der Vernetzung Poulantzas, der systematischen und langfristigen Analyse der kapitalistischen Staaten und der kulturalistischen Perspektive Halls, schlussfolgert Demirović das dem autoritären Populismus eine metapolitische Strategie zugrunde liegt, welche auf „eine langfristige Veränderung in den Überzeugungen der Bevölkerung zielt und die Gedanken und Praktiken der modernen Aufklärung und Wissenschaft, der Demokratie und der Freiheit beseitigen will“ (Demirović 2018: 33). Darüber hinaus wendet sich Demirović gegen Halls Adaption des gramscianischen Rahmens, die politischen Transformationen des Thatcherismus in Großbritannien durch

Zwang und Hegemonie zu erklären, indem er argumentiert, dass sich die gegenwärtige Konstellation in einer historischen Divergenz zum Thatcherismus befindet. Um dies zu verdeutlichen, wird bei Demirović eine Kontextualisierung verschiedener Phasen neoliberaler Anordnungen vorgenommen, insbesondere im Hinblick auf die Austeritätspolitiken nach der Finanzkrise 2008 und der Eurokrise 2014. Nach Gramsci basiert Hegemonie auf Konsens und Zwang, wobei die herrschende Klasse durch Zugeständnisse und ideologische Kontrolle ihre Position sichert. (Die herrschende Klasse setzt sich aus marxistischer Sichtweise aus Gruppen von Personen oder sozialen Klassen zusammen, die insofern ökonomische und politische Macht in einer Gesellschaft innehaben, als dass sie anteilig den Besitz an Produktionsmitteln wie Fabriken, Land, Rohstoffe, Finanzkapital dominieren und/oder zentrale Institutionen der Gesellschaft, wie den Staat politisch, und Medien kulturell bzw. ideologisch kontrollieren). Demirović stellt jedoch die These auf, dass „die neoliberale Reorganisation der kapitalistischen Reproduktion nicht auf Hegemonie zielt und sich deswegen die Hegemonie auch nicht in der Krise befindet“ (Demirović 2018: 30), sondern eben auf direkte Durchsetzungsmacht der herrschenden Klasse. Intendiert ist damit, dass die Veränderungen in der Art und Weise, wie die kapitalistische Ökonomie und Gesellschaft strukturiert und betrieben wird, von einer neoliberalen Strategie durchzogen ist, welche gar nicht erst versucht, eine hegemoniale Führung im Gramscianischen Sinne zu etablieren, sondern auf der direkten Durchsetzungsmacht von Interessen der herrschenden Klasse beruht. Abgesichert wird diese Machtposition und Herrschaftsposition durch den Konsens der beherrschten Klassen und nicht durch Zwang, da diese neoliberale Reorganisation keine bedeutenden Zugeständnisse an die subalternen Klassen braucht, um deren Zustimmung zu gewinnen (ebd.). Subalterne Gruppen sind jene gesellschaftlichen Schichten, die in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen marginalisiert und unterdrückt werden, oft ohne Zugang zu Macht und Einfluss, wie z. B. prekär Beschäftigte, Langzeitarbeitslose und Migrant*innen. Der Fokus liegt also weniger auf der Errichtung einer hegemonialen Führung im Gramscianischen Sinne, sondern vielmehr auf der direkten Sicherung der Interessen der herrschenden Klasse. Während frühere Phasen des Neoliberalismus durch einen aktiven Konsens der neoliberalen Ordnung gekennzeichnet waren, ist die heutige Phase eher von passivem Konsens geprägt. Diese passive Zustimmung wird durch die Tatsache gestärkt, dass die herrschende Klasse, die am meisten vom neoliberalen System profitiert, ihre Position trotz Krisen halten können, ohne bedeutende Zugeständnisse machen zu müssen. Dementsprechend beinhaltet das neu-

ordnen bzw. neu-organisieren weit mehr als die Kontingenz des bestehenden Ordnungssystems.

Aus dem Verständnis des strukturfunktionalen Zusammenhangs von Kapital und Staat als Trennungs,- und Verbindungsverhältnis, ergibt sich die Einsicht, dass mit dem Autoritären Populismus gleichermaßen eine neue Staatsform hervorgeht. Schließlich werden die Interessen der herrschenden Klasse, durch autoritäre Mittel, wie z. B. der direkten Kontrolle ökonomischer Produktionsmittel und politischer Institutionen, repressiver Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung oder der Spaltung gesellschaftlicher Gruppen, um deren kollektive Handlungsfähigkeit zu schwächen, durchgesetzt (Book et al. 2020; Demirovic 2018; Hall 2014; Müller 2017). Daneben geht es um die Verselbständigung der staatlichen Politik zur Bearbeitung der ökonomischen Prozesse, folglich um die exekutive Bearbeitung von Krisen mit sozialen Konsequenzen. Die Synthese von autoritärer Herrschaft und populistischer Mobilisierung verdeutlicht die Transformation hin zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, als vermeintlich notwendige Wiederherstellung von Ordnung und Prosperität, in der Kombination mit dem Antagonismus zwischen dem sogenannten Volk und jeglichen anderen Sonderinteressen, bei gleichzeitiger Betonung von Recht und Ordnung sowie der Durchsetzung von Disziplin und Autorität. Die sozialdemokratische Maxime von Vollbeschäftigung und Wohlfahrt für alle Gesellschaftsschichten wird zunehmend durch die Prinzipien Leistung, Wettbewerb und *mehr Markt* abgelöst. Diese Werte stehen zusammen mit dem neokonservativen (v. a. in Deutschland traditionell dominanten) Leitbild des starken Staates im Vordergrund, der die Aufgabe hat, die Bedingungen für Leistungs- und Effizienzprinzipien zu schaffen. Da der liberal-demokratische Staat das Terrain bildet, auf dem Bürger*innen und Interessengruppen Ziele ausarbeiten und Kompromissfindungen institutionalisiert werden und der Staat so in relativer Autonomie zu verschiedenen Interessenkonflikten steht, entwickelt sich ein neues Staatsverhältnis, das durch die Veränderungen der globalen sowie insbesondere nationalen Machtverhältnisse geprägt ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der bürgerliche Staat auf einer doppelten Trennung basiert: Erstens auf der Trennung der Lohnarbeit von den Produktionsmitteln, die die kapitalistische Produktionsweise prägt, und zweitens auf der Trennung der Staatsfunktion von den staatlichen Funktionsmitteln, insbesondere den Gewaltmitteln, die institutionell gebunden

und formal vom direkten Zugriff politischer Akteure getrennt sind (Adolphs et al. 2010; Hall 2014; Kannankulam 2022).

Mit Poulantzas, Hall und Demirović konnte gezeigt werden, dass die materielle Verdichtung der gesellschaftlichen Konflikte im autoritären Populismus zu dem paradoxen Ergebnis führte, dass einerseits zwar die Exekutive gestärkt wurde, dies aber andererseits nicht wirklich zu einem Autonomiegewinn staatlicher Politik führte. In diesem Kontext entsteht ein transnationaler Machtblock, der zunehmend unabhängig von den traditionellen Nationalstaaten agiert. Da das transnationalisierte Kapital immer weniger an einzelne Nationalstaaten gebunden ist, wird es auch schwieriger, klassenübergreifende Kompromisse zu organisieren. Der Nationalstaat bleibt dennoch Brennpunkt der Reproduktion des Kapitals, da er eine relative Autonomie gegenüber dem internationalen System bewahrt und weiterhin das zentrale Terrain zur Institutionalisierung von Kompromissen darstellt. Die abnehmende Notwendigkeit solcher Kompromisse führt jedoch zu Fragmentierungen sowie zu autoritären und entdemokratisierenden Entwicklungen (ebd.). Gleichzeitig zeigt sich, dass sich der Staat internationalisiert und dennoch wesentlich Nationalstaat bleibt. Eine Entwicklung, die im Kontext sich transformierender Klassenverhältnisse und Formen der Kapitalreproduktion zu sehen ist. Der Neoliberalismus, der auf Deregulierung, Privatisierung und die Minimierung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft setzt, hat das Staatsverhältnis dahingehend verändert, dass der Staat zunehmend als Garant von Marktmechanismen fungiert und soziale Sicherungssysteme abbaut. Hierbei ist wieder auf die Selbstabspaltungsthese von Demirović verwiesen, sich auf die zunehmende Polarisierung und Fragmentierung innerhalb der bürgerlichen Kräfte bezieht, die traditionell die politische und wirtschaftliche Ordnung des liberal-demokratischen Staates stützen (Demirovic 2018). Im Zuge dieser Selbstabspaltung positionieren sich Teile des bürgerlichen Lagers zunehmend gegen die eigenen Liberalen und demokratischen Werte, die die Basis des gesellschaftlichen Konsenses bilden, wobei diese Strömungen die Pluralität und Kompromissorientierung des liberalen Staates infrage stellen und eine Politik fördern, die auf Ausgrenzung, Nationalismus und die Stärkung exekutiver Macht abzielt. Die Kombination aus autoritärem Populismus und neoliberalen Politiken hat das Staatsverhältnis somit doppelt verändert: Der Staat wird einerseits repressiver und stärker auf Kontrolle und Durchsetzung fokussiert, während er andererseits seine sozialen und regulierenden Funktionen zugunsten marktorientierter Lösungen abbaut (ebd.). Diese

Entwicklung trägt zu einer weiteren Spaltung innerhalb des bürgerlichen Lagers bei, da der zunehmende Autoritarismus nicht nur mit den liberalen Traditionen des bürgerlichen Staates kollidiert, sondern auch den neoliberalen Flügel des Bürgertums in seiner Betonung individueller Freiheit und Marktfreiheit beeinflusst.

2.3 Ursachen des Rechtspopulismus

Für eine klare Diskussion des Aufstiegs rechter und autoritärer Populisten ist von entscheidender Bedeutung dessen Ursachen zu analysieren, um ein tieferes Verständnis für die sozialen, ökonomischen und politischen Faktoren zu gewinnen. Um die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge und Dynamiken zu beleuchten, ist es wichtig die vorangegangenen definitorischen und konzeptionellen Ebenen mit einer konkreten Ursachenanalyse des Phänomens in Beziehung zu setzen, um das Verständnis über die Ursachen und Dynamiken einer differenzierteren wissenschaftlichen Debatte öffnen zu können.

Gründe und Ursachen für den Aufstieg des Rechtspopulismus im Allgemeinen und dem Autoritären Populismus im Besonderen, werden in wissenschaftlichen Diskussionen breit und vielfältig diskutiert (Bieling 2017; Crewe/Sanders 2020; Deringer/Ströbel 2022; Kochi 2023; Manow 2018; Panreck 2020; Rippl/Seipel 2018). Besonders stark treten diese Phänomene in Europa, Nordamerika und in Teilen Lateinamerikas auf, so z.B. in Brasilien, den USA, aber auch in Deutschland, Frankreich, Italien, Ungarn. Gemeinhin werden wirtschaftliche Unsicherheit und Ungleichheit, Ängste vor Globalisierung, Migration und Verlust nationaler Identität, kulturelle Veränderungen, die Rolle (sozialer) Medien in der Verbreitung populistischer Botschaften, aber auch Vertrauensverlust in traditionelle politische Eliten und Institutionen bei zunehmendem Demokratie- und Legitimitätsdefizit auf nationaler und europäischer Ebene, als Ursachen angesehen. Als zentrale Akteure und Gruppen werden meist populistische Parteien und Bewegungen wie die AfD, FPÖ, Front National usw. genannt, wobei politische Führungspersonlichkeiten wie Donald Trump, Marine Le Pen oder Alice Weidel

hinzukommen. Der Aufstieg wurde maßgeblich durch die Krisen und die darauffolgenden politischen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte begünstigt. Zu nennen sind hier insbesondere die Finanzkrise 2008 und die Eurokrise, aber auch die Migrationsbewegungen ab 2015. In Reaktion auf diese Krisen haben sich populistische Parteien, Bewegungen und Akteure verbreitet und etabliert, um mittels populistischer Rhetorik, Antifeminismus, antisemitischer Verschwörungserzählungen, Politisierung und Instrumentalisierung von Migration und nationaler Identität sowie dem Auf- und Ausbau von Netzwerken und Allianzen unter anderem mithilfe der Nutzung sozialer Medien und digitaler Plattformen Wählerstimmen zu gewinnen. Ursachen hinsichtlich des weltweiten Aufstiegs des Populismus werden in verschiedenen Erklärungsansätzen dargeboten. Dabei ist es wichtig eine strukturierte Herangehensweise zu wählen, die es ermöglicht, verschiedene Erklärungsansätze systematisch zu erfassen und zu analysieren, um den komplexen gesellschaftliche Phänomenen gerecht zu werden. Diese Konzepte können drei verschiedenen Dimensionen zugeordnet werden. Da wäre zum einen ökonomische Erklärungsansätze, zum anderen ein kulturalistischer und ein politischer Erklärungsansatz.

2.3.1 Ökonomische Erklärungsansätze

Ökonomische Erklärungsansätze sehen die Ursachen des Aufstiegs des Rechtspopulismus und Autoritären Populismus in den Reaktionen auf die Globalisierung, Arbeitsplatzverluste, stagnierende Einkommen und Armut und den damit einhergehenden wirtschaftlichen Unsicherheiten, Ungleichheiten und sozioökonomischen Veränderungen. So kann die Zunahme von Einkommens- und Vermögensungleichheit in vielen Gesellschaften das Vertrauen in etablierte politische Systeme untergraben und sozioökonomisch marginalisierte Gruppen, autoritäre und populistische Forderungen bekräftigen. Wirtschaftliche Krisen und soziale Desintegration in Phasen ökonomischer Destabilisierung und Stagnation können durch eine erhöhte Arbeitslosigkeit, sinkender Wirtschaftsleistung und Einschnitten in den Sozialstaat ebenfalls das politische Umfeld destabilisieren und das Aufkommen des autoritären Populismus begünstigen. Zudem können staatliche Sparprogramme und die Verringerung öffentlicher Leistungen für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien und einem allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft angeführt werden, so Stephan Kaufmann (Kaufmann 2024). So erzeugen neoliberale Wirtschaftspolitiken z. B. internationalen

Wettbewerbsdruck, welcher einen Preisdruck auf lokale bzw. nationale Unternehmen nach sich ziehen kann, auf welchen mit dauerhaften niedrigen Lohnstückkosten reagiert werden könnte, was zugleich eine Abwanderung in Regionen mit niedrigeren Lohnkosten und somit zu Abbau von lokalen Arbeitsplätzen führt und daneben Einkommensungleichheiten innerhalb derselben nationalen Wirtschaft verschärft (Crewe/Sanders 2020; Rippl/Seipel 2018). Nach Ansicht von Philip Manow lässt sich in der Europäischen Union auch eine räumliche Differenz in der Artikulationsform des Populismus beobachten. Ausgangshypothese dabei ist das sich der populistische Protest in Südeuropa gegen Kapitalströme aus den europäischen Wirtschafts- und Finanzzentren richten, während sich in Nordeuropa der Protest gegen Migrationsströme aus der Peripherie richtet. Diese Abwehr von Bewegungsflüssen ist demnach Ausdruck von politischen und ökonomischen Ungleichheiten innerhalb eines suprastaatlichen Systems, welches die Migrationsbewegungen und Finanzflüsse selbst reguliert (Manow 2018). Manow argumentiert, dass sich dies unter anderem daran erkennen ließe, dass sich die Einsprüche der Syriza-Allianz in Griechenland gegen eine Austeritätspolitik richtete, die die Vergabe von Krediten an harsche Bedingungen knüpfte und von der sogenannten Troika überwacht wurde, dessen Dreiergespann sich aus der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank zusammengesetzt hat. Der in Südeuropa weniger ausgebaute Wohlfahrtsstaat wird dann von einer neoliberalen Wirtschaftsordnung und EU geförderten Austeritätspolitik zersetzt gesehen, wohingegen die starken Wohlfahrtssysteme in Nordeuropa von Migrant*innen bedroht gelten (Manow 2020). Im Zuge von aufkommenden Austeritätspolitiken in Europa analysiert Kaufmann verschiedene Studien zum Verhältnis staatlicher Fiskalpolitik und Rechtspopulismus. Er argumentiert, dass staatliche Sparprogramme, die Einschränkungen öffentlicher Leistungen – wie Krankenhäusern, staatlichen Schulen, erschwierlichen öffentlichen Verkehrsmitteln und Wohnungen etc. mit einem Erstarken populistischer Parteien einhergehen, insbesondere Parteien aus dem rechten Lager. So konnte mit einer Studie von Simone Cremaschi u. a. zum Wahlverhalten in italienischen Gemeinden nach fiskalpolitischen Reformen gezeigt werden, dass Krisen, Sparmaßnahmen und verschärfende Ressourcenkonflikte, die Besorgnis in der Gesellschaft über Einwanderung verstärken konnte und der eingeschränkte Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, mit Einwanderung in Verbindung gebracht wurde, da der gestiegene Konkurrenzdruck, die Aufmerksamkeit der unpopulären Wirtschaftspolitik auf soziokulturelle Themen gelenkt hat (Cremaschi et al.

2022). Passend dazu untersuchten Charlotte Cavaille und Jeremy Ferwerda, die Differenzierung zwischen allgemeiner Abneigung und der Frage der so formulierten Verdientheit, d. h. ob Migranten es verdienen, vom Wohlfahrtsstaat und öffentlichen Dienstleistungen zu profitieren. Sie argumentieren, dass das neoliberale Leistungsnarrativ, der kulturellen Konstruktion der Nation gleichkommt, wobei der Nationalstaat als Wirtschaftsprojekt der Wohlstandvermehrung angesehen wird. Diese ordoliberalen Vorstellung von Verdientheit und die Unterstützung für rechte Parteien, insbesondere in Zeiten ökonomischer Unsicherheit, äußern sich dann in Narrativen, dass Migrant*innen zu Unrecht zu viele Leistungen erhalten oder Einheimische zu Unrecht weniger Leistungen als Migrant*innen erhalten (Cavaillé/Ferwerda 2023). Hier finden sich einige Argumente Manows, insbesondere hinsichtlich der räumlichen Trennung von Populismus wieder, vor allem wenn die Studie von Leonardo Baccini und Thomas Sattler angeführt wird, bei der die Wahlergebnisse in Europa seit den 1990er Jahren analysiert werden und gezeigt werden konnte, dass die Unterstützung für populistische Parteien in wirtschaftlich gefährdeten Regionen durch Sparmaßnahmen zunimmt (Baccini/Sattler 2024; Manow 2018). Ökonomische Veränderungen im Zuge der Globalisierung, die die Nationalökonomien, wohlfahrtsstaatlichen Programme und Arbeitsmärkte unterschiedlich beeinflussen, können durch staatliche Sparmaßnahmen weitere Unsicherheiten und Entfremdungen in der Bevölkerung verfestigen und die Bürger*innen zu populistischen Parteien treiben, die im Austausch zu ihren Wählerstimmen versprechen, ihre Interessen besser vertreten zu können. Diese Deprivationserfahrungen können, so Baccini und Sattler, zur Einsicht führen, dass das Individuum bzw. die eigenen Bürger*innen in Zeiten von wirtschaftlicher Instabilität und politischer Unsicherheit keine Priorität für die eigene Regierung genießt. Daran wird deutlich, dass es sich auch um autoritäre Maßnahmen handelt, die den Schluss nahelegen, dass das Wohl der Gemeinschaft über das Wohl des Individuums gestellt und die Wohlstandsvermehrung als kollektives Ziel betont wird, wobei das Individuum für sein eigenes Wohl verantwortlich ist und Eigeninitiative und Selbstverantwortung als Ergebnis der kollektiven Zielerreichung gesehen werden. Die Autor*innen weisen jedoch darauf hin, dass unter normalen makroökonomischen Bedingungen populistische Parteien unterstützt werden. In ökonomisch schwachen Regionen hingegen ist die Unterstützung von ideologisch rechtsradikalen Parteien stärker ausgeprägt (Baccini/Sattler 2024: 10 ff.). In diesem Zusammenhang kann die Studie von Ricardo Duque Gabriel u. a. in Relation gesetzt werden.

Die Autor*innen decken 124 europäische Regionen ab und zeigen, dass Austerität zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung und einem Anstieg des Stimmenanteils extremer Parteien führt (Gabriel et al. 2022). Nach Ansicht von Gabriel u. a. resultieren Austeritätspolitik und fiskalische Konsolidierungen in einem signifikanten Rückgang der Wirtschaftsleistung, der Beschäftigung, der Investitionen und der Löhne. Diese Regressionen tragen zu einem Anstieg extremrechter politischer Parteien, einer Abnahme der Wahlbeteiligung und einer zunehmenden politischen Fragmentierung bei. Dieser wirtschaftliche Abschwung verstärkt das Misstrauen gegenüber dem politischen System, da die von etablierten Parteien implementierten Sparmaßnahmen das Vertrauen stärker untergraben als Rezessionen, die ohne solche Maßnahmen auftreten. Dieser Zyklus der ökonomischen und politischen Instabilität kann noch über Jahre hinweg nach der ursprünglichen Krise fortbestehen (ebd.). Abschließend lässt sich feststellen, dass die ökonomischen Erklärungsansätze zum Populismus die inhärenten Widersprüche des Kapitalismus theoretisch und empirisch herausarbeiten und die Spannungen zwischen individueller Freiheit und der Realität struktureller Ungleichheit betonen. Diese Diskrepanz tritt besonders deutlich im Gegensatz zwischen der Theorie des freien Marktes und der praktischen Notwendigkeit staatlicher Eingriffe hervor, ebenso wie im Konflikt zwischen den Prinzipien des Wettbewerbs und der Notwendigkeit sozialer Sicherheit sowie Kooperation.

Festzuhalten ist, dass Die ökonomischen Erklärungsansätze in diesem Kapitel beleuchten, wie wirtschaftliche Unsicherheit, Ungleichheit und Globalisierungsprozesse den Aufstieg des Rechtspopulismus und autoritären Populismus begünstigen. Arbeitslosigkeit, stagnierende Einkommen und Sparmaßnahmen destabilisieren das politische Umfeld und untergraben das Vertrauen in etablierte Institutionen, besonders bei sozioökonomisch marginalisierten Gruppen. Neoliberale Politiken, die Preisdruck und Arbeitsplatzverluste fördern, verstärken Einkommensungleichheiten und tragen zur Polarisierung bei. Besonders in Europa zeigt sich, dass sich populistischer Protest in Südeuropa gegen Kapitalströme richtet, während er in Nordeuropa gegen Migration gerichtet ist, was auf räumliche und wirtschaftliche Ungleichheiten hinweist. Studien belegen, dass Austeritätspolitik und fiskalische Kürzungen das Erstarken populistischer Parteien begünstigen, insbesondere in wirtschaftlich schwachen Regionen. Der Rückgang öffentlicher Leistungen und der verschärfte Wettbewerb um knappe

Ressourcen werden von populistischen Akteuren genutzt, um kulturelle Ängste und ökonomische Frustrationen politisch über den Wohlfahrtsstaat zu instrumentalisieren.

2.3.2 Kulturalistische Erklärungsansätze

Kulturalistische Erklärungsansätze fokussieren sich auf gesellschaftliche Werte- und Identitätskonflikte und damit auch auf die sozialen Dynamiken innerhalb der Gesellschaften in den Nationalstaaten und in Verbindung dazu auch auf die Wechselbeziehungen zwischen den einzelnen Staaten, wobei sich hinsichtlich der weltweiten Vernetzung durch die Globalisierung regionale und internationale Triebkräfte gegenseitig bedingen. Prominente Erklärungsansätze sind, die von Pippa Norris und Ronald Inglehart formulierte Cultural-Backlash Theorie und die Theoretisierung der Konfliktlinie zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus, in dieser Forschungsarbeit vertreten durch Wolfgang Merkel (Merkel 2017; Norris/Inglehart 2019). Merkel theoretisiert die Konfliktlinie zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus als eine zentrale Achse moderner politischer Auseinandersetzungen, die die politische und kulturelle Spannung zwischen global orientierten und gemeinschaftsorientierten Weltanschauungen beschreibt (Merkel 2017: 9). Prozesse der Globalisierung und Modernisierung verschärfen diese Konflikte, da diese Entwicklungen bestehende soziale und ökonomische Strukturen herausfordern und Ängste vor Identitätsverlust und sozialem Abstieg schüren. Diese Spannungen manifestieren sich in politischen Bewegungen und Wahlverhalten, wobei populistische Parteien oft die Interessen der Kommunitarist*innen artikulieren und vertreten. Die Konzeption des Kosmopolitismus, welche die Hervorhebung der globalen Verbundenheit und allgemeingültiger moralischer Grundsätze über nationale oder kulturelle Grenzen hinweg umfasst, wird von Kosmopolit*innen vertreten. Kosmopolit*innen betrachten sich selbst als Weltbürger*innen und streben häufig nach einer weltweiten politischen Ordnung, die auf den Grundsätzen von Gerechtigkeit, Menschenrechten und Solidarität gründet. Sie legen besonderen Wert auf Offenheit, Toleranz, kulturelle Vielfalt und die Kooperation auf internationaler Ebene. Demgegenüber fordern Kommunitarist*innen die Relevanz lokaler Gemeinschaften und kultureller Identität ein, wobei nationale Souveränität, traditionelle Werte und soziale Kohärenz im Mittelpunkt stehen. Sie betonen die Bedeutung von Traditionen, Werten und Institutionen einer spezifischen Gemeinschaft und argumentieren, dass diese bei der Formung

persönlicher Identitäten sowie bei der Förderung gesellschaftlicher Kohäsion eine zentrale Funktion einnehmen (Merkel 2017: 11ff.). Die Vertreter*innen des Kommunitarismus kritisieren häufig die universalistische Herangehensweise der Kosmopolit*innen und betonen stattdessen die Relevanz von Engagement und Verantwortung vor Ort. Die Gegenüberstellung von Kosmopolitismus und Kommunitarismus verdeutlicht die kulturelle Aufladung gesellschaftlicher Konfliktlinien. In Bezug auf den Populismus werden hier die Polarisierungen verschiedener Narrative ersichtlich, beispielsweise Distinktionsverhältnisse zwischen der Stadt- und Landbevölkerung, traditionelle und moderne Bezugnahmen auf tradierte kulturelle Identitäten oder moralische Rekurse auf demokratische Bindungselemente wie Offenheit und Toleranz, wobei diese meist in Bezug auf religiöse oder ethnische Zuschreibungen erfolgen (Merkel 2017: 22ff.).

Ein weiterer kulturalistischer Erklärungsansatz ist die Cultural-Backlash Theorie. Die von Pippa Norris und Ronald Inglehart formulierte kulturelle Backlash-Hypothese stellt eine prominente Theorie dar, die sich mit der Entstehung autoritärer Gegenbewegungen in modernen Gesellschaften befasst (Norris und Inglehart 2019). Ähnlich wie der Ansatz von Merkel, argumentieren die Autor*innen, dass die fortschreitende Modernisierung und Globalisierung zu einem Wertewandel führen, der traditionelle Normen und Identitäten herausfordert. Dieser Wandel erzeugt einen kulturellen *Backlash* bei Bevölkerungsgruppen, die sich von diesen Veränderungen bedroht fühlen. Ihre Argumentation basiert jedoch auf der Annahme eines generationsbedingten Wertewandels, welcher eine gesellschaftliche Polarisierung zwischen liberalen und autoritären Orientierungen zur Folge hat (Norris und Inglehart 2019: 33). In ihrem Ansatz betonen Norris und Inglehart den Übergang von den traditionellen Leitwerten der Babyboomer-Generation zu den nachfolgenden Generationen, die vermehrt liberale Werte wie Multikulturalität, Diversität, Geschlechtergleichstellung und wirtschaftliche Liberalisierung unterstützen und den Wandel hin zu postmateriellen Werten wie Selbstentfaltung und Toleranz befürworten. Der Wertewandel wird jedoch von älteren und konservativeren Bevölkerungsgruppen oft kritisch betrachtet, da diese die Veränderungen als Bedrohungen ihrer Lebensweise wahrnehmen und als Abwehrmechanismus mit dem Rückzug in autoritäre und populistische Einstellungen reagieren (Norris und Inglehart 2019: 43ff). Diese Gegenbewegung tritt besonders deutlich hervor, wenn liberale Werte im öffentlichen Diskurs eine bestimmte Dominanz erreichen, insbesondere in Verbindung mit Ereignissen wie der Zunahme von Migrationsbewegungen.

Norris und Inglehart identifizieren einen „Tipping Point“ (Norris und Inglehart 2019: 44), an dem abrupte und intensive Gegenreaktionen auftreten können, da ältere Generationen nach wie vor einen bedeutenden Teil der Wählerschaft ausmachen und tendenziell häufiger wählen. Diese Gegenreaktionen, die sich häufig in Form von autoritären Werten äußern, haben einen signifikanten Einfluss auf politische Ereignisse, wie die Brexit-Abstimmung oder die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten 2016, was die Effektivität dieser Bewegungen verdeutlicht. Diese Gegenreaktionen, die sich häufig durch autoritäre Werte manifestieren, haben einen signifikanten Einfluss auf politische Ereignisse wie die Brexit-Abstimmung 2016 und die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten, was die Wirksamkeit dieser Bewegungen zeigt und verdeutlicht, wie tiefgreifend die kulturelle Polarisierung die politischen Diskurse beeinflusst. Norris und Inglehart betonen, dass die Unterscheidung zwischen Rechts- und Linkspopulismus in diesem Kontext von untergeordneter Bedeutung ist (ebd.: 55). Vielmehr ist die neue Spaltungsebene zwischen autoritären und liberalen Werten von entscheidender Bedeutung, da sich das Parteienspektrum entsprechend neuformiert. Es wurde deutlich, dass tiefgreifende soziale und kulturelle Transformationen bestehende gesellschaftliche Strukturen und Werte herausfordern und zu einer verstärkten Polarisierung führen, die sowohl nationale als auch internationale politische Dynamiken beeinflussen, sowie komplexe Wechselwirkungen zwischen Globalisierung, Modernisierung und kultureller Identität hervorrufen. Bestehende Paradigmen der gesellschaftlichen Integration und Identitätsbildung werden neu definiert wobei die Konstruktion und Stabilisierung sozialer Kohäsion in einer zunehmend vernetzten und pluralistischen Welt, brüchig erscheinen.

Es wurde deutlich, dass sich die kulturalistischen Erklärungsansätze auf Werte- und Identitätskonflikte konzentrieren, die durch Globalisierung und Modernisierung verstärkt werden. Die Cultural-Backlash-Theorie von Norris und Inglehart erklärt beispielsweise, wie Modernisierung und der Wandel zu liberalen Werten (wie Diversität und Geschlechtergleichstellung) bei konservativen Gruppen Widerstände und autoritäre Gegenreaktionen hervorrufen. Insbesondere ältere Bevölkerungsgruppen, die sich durch den kulturellen Wandel bedroht fühlen, reagieren mit der Unterstützung populistischer Parteien und verdeutlichen die wachsende Bedeutung des Konflikts zwischen autoritären und liberalen Werten. Dies führt zu einer zunehmenden Instabilität und Spaltung der Gesellschaft und zu einer Neuformierung der politischen Lager entlang kultureller Konfliktlinien.

2.3.3 Politische Erklärungsansätze

Ein weiterer Erklärungsansatz bezieht sich auf die politischen Dimensionen. Als Wurzel für den Rechtsruck wird hier meist auch ein internationaler sowie nationaler ökonomischer Strukturwandel vorgebracht, wobei insbesondere die Auswirkungen auf politische Systeme und Institutionen sowie die Veränderungen hinsichtlich Steuerungs- und Regelungssysteme analysiert werden. Zentrale Elemente der Demokratie, wie Repräsentativität, Responsivität und Legitimität, stehen in einem Spannungsverhältnis zu Institutionen mit umfassender Entscheidungsmacht, die nicht unmittelbar durch Wahlen legitimiert sind und deshalb nicht immer den demokratischen Prinzipien entsprechen. Unterdies wird eine Zunahme von neoliberalen Mechanismen verstanden, welche die nationalstaatliche Souveränität unterminieren und zugleich Anpassungszwänge einfordern. Die zunehmend zentrale Stellung der Finanz- und Wirtschaftsministerien und der Zentralbanken, aber auch internationaler Organisationen wie Weltbank oder IWF, die eine wichtige konsensbildende Funktion haben, verweisen auf eine Institutionelle Umstrukturierung, bei der sich Entscheidungsprozesse, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten verlagern (Adolphs et al. 2010; Bieling 2017; Manow 2018). Im Folgenden beziehe ich mich primär auf das Konzept der Postdemokratie von Colin Crouch (2008) und seiner Analyse von Entfremdungs- und Erosionsprozessen demokratischer Partizipation und Legitimität hinsichtlich Liberalisierungs- und Internationalisierungsprozessen, die bei Armin Schäfer und Michael Zürn als Begründung für den Populismus und Rechtsruck herangezogen werden (Schäfer 2021). Da aufgrund der verschiedenen Entstehungs- und Verwendungskontexte keine theoretische Stringenz im postdemokratischen Diskurs auszumachen ist, jedoch die Ausformulierungen von Colin Crouch die größte Aufmerksamkeit erfuhren und als die elaboriertesten innerhalb des Diskurses gelten, werde ich mich in dieser Forschungsarbeit hauptsächlich auf Crouch beziehen (Crouch 2008). Neben Colin Crouch setzten sich unter anderem auch Jacques Rancière und Sheldon Wolin in ähnlicher Weise mit der Entwicklung der westlichen Demokratien vor dem Hintergrund normativer demokratischer Standards auseinander (Lembcke et al. 2012: 99). Crouchs Ausformulierung des Postdemokratiebegriffs knüpft im weitesten Sinne an die Überlegungen der Kritischen Theorie zu den „Legitimationsproblemen im Spätkapitalismus“ an (Habermas 1973; Schäfer 2010). Colin Crouch entwickelte seine

Überlegungen zur Postdemokratie basierend auf seinen langjährigen Untersuchungen des Neoliberalismus und der umfassenden Analyse der sozialen Veränderungen am Ende des 20. Jahrhunderts (Lembcke et al. 2012: 14). Er erklärt die Krise des Keynesianismus in den 1970ern damit, dass dessen Ideen nicht plötzlich als falsch angesehen wurden, sondern dass die Klassen und Schichten, für deren Interessen der Keynesianismus vorrangig agierte, zurückgingen und ihren sozialen Einfluss verloren. So kam es nicht nur zu einer Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die den Keynesianismus unterstützten, sondern zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse, die sowohl die politischen Ideologien als auch Praktiken beeinflussten, wobei der Neoliberalismus mit neuen politischen und wirtschaftlichen Akteuren die alten keynesianistischen Strukturen ersetzte (Crouch 2008). Die These lautet, dass die fordistischen Wohlfahrtsnationalstaaten durch die Liberalisierungs- und Internationalisierungsprozesse zunehmend in Handlungszwänge geraten sind, was die Beibehaltung nationalstaatlich-keynesianischer Kompromissstrukturen erschwert hat. Denn der Keynesianismus zeichnete sich vor allem durch staatliche Interventionen in die Wirtschaft aus, um Vollbeschäftigung zu gewährleisten und konjunkturelle Schwankungen abzufedern. Dabei behauptet Crouch nicht, dass die gegenwärtigen Verhältnisse bereits in einem Endstadium einer postdemokratischen Gesellschaft angekommen sind, jedoch zu beobachten sei, dass die Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung, des Demos, wieder verloren gehen würden (Crouch 2008: 10). Diese Errungenschaften waren laut Crouch kurz vor dem zweiten Weltkrieg und teilweise in den fünfziger Jahren an ihrem Höhepunkt, da man durch ausreichende nationalstaatlich politische Steuerungskapazität einen „[...] sozialen Kompromiß zwischen den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft und denen der arbeitenden Bevölkerung“ (ebd. 12) gefunden hatte. Diese keynesianischen Wirtschaftspolitik, in welcher Unternehmen noch nationalen Autoritäten unterstanden, verlor Ende der achtziger Jahre „[...] unter dem Einfluß der globalen Deregulierung der Finanzmärkte“ (ebd. 18) an Bedeutung und der Schwerpunkt des Ökonomischen verlagerte sich vom „Massenkonsum auf die Aktienmärkte“ (ebd.). Wie stark oder schnell sich eine Gesellschaft diesem Pol der Postdemokratie nähert, hängt von ihrer politischen Kultur ab, genauer gesagt, wie viele wirtschaftsliberale Elemente eine Demokratie zulässt. Je liberaler, desto systemisch verzerrter wird sich das Gemeinwesen zugunsten wirtschaftlicher Eliten entwickeln, da Lobbygruppen großer Wirtschaftszweige gegenüber der subalternen Klasse, stärkeren Einfluss nehmen können (ebd. 27). Vorangetrieben wird dieser Prozess durch die Globalisierung

wirtschaftlicher Eliten, während die Fragmentierung der restlichen Bevölkerung ihre eigene Organisation stetig erschwert (ebd. 34). Als Folge ist die kleine Minderheit mächtiger Interessengruppen weit aktiver, das politische System für ihre Ziele einzuspannen, als es die Mehrheit der Bürger*innen ist (ebd. 30). Der Staat zieht sich auf die Rolle des Nachtwächterstaates zurück, der Wohlfahrtsstaat sichert keine Teilhaberechte mehr, sondern nur noch das Überleben, Gewerkschaften werden marginalisiert und als Folge steigt die ökonomische Ungleichheit. Im postdemokratischen Staat wird demnach zwar das demokratische Ideal der Gleichheit untergraben, aber „fast alle formalen demokratischen Merkmale überleben [...]“ (ebd. 34). Für die Erklärung des Aufstiegs des Rechtspopulismus, wird über die Postdemokratiethese hinaus, hinsichtlich der oben kurz skizzierten Argumente, die politischen Entfremdungs- und Erosionsprozesse demokratischer Partizipation als primäre Begründung herangezogen (Rippl und Seipel 2018). Die fortschreitende Globalisierung sowie die Ökonomisierung, verbunden mit neoliberalen Politikregimen, haben zu einem Rückbau des demokratischen Einflusses geführt, was Armin Schäfer und Michael Zürn als Wandel politischer Entscheidungen von Mehrheitsinstitutionen zu „nichtmajoritären Institutionen“ (Schäfer 2021: 14) beschreiben. Die daraus resultierenden Gefühle der Politikverdrossenheit und Distanz zum politischen System, welche durch das Fehlen demokratischer Partizipation bedingt sind, schaffen so ein Vertrauensverlust in das politische System. Im Kontext dessen lässt sich beobachten, dass die Problemlösungskompetenz der Politik seitens vieler Bürger als zunehmend erodiert wahrgenommen wird, sodass das Funktionieren der Demokratie zunehmend durch Lobbyismus und wirtschaftliche Interessen und nicht durch die Orientierung am vermeintlichen Gemeinwohl bestimmt wird (vgl. ebd. 241). Diese Entwicklungen werfen grundsätzliche Fragen nach der Zukunft demokratischer Prinzipien wie Legitimität, Repräsentativität und Responsivität auf und fordern eine kritische Reflexion der Mechanismen, durch die Macht und Einfluss in modernen Gesellschaften verteilt werden. Die Aushöhlung traditioneller demokratischer Institutionen und die Verlagerung von Entscheidungsprozessen zu nichtmajoritären Institutionen untergräbt die normative Basis der Demokratie und verhindert die Sicht auf notwendige staatliche Eingriffe, hinsichtlich der Realität struktureller Ungleichheit, sowie sozialer Sicherheit und Kooperation.

Ein wichtiges Ergebnis ist, dass die politischen Erklärungsansätze zum Aufstieg des Rechtspopulismus eine Entfremdung der Bürger*innen von demokratischen Prozessen und

eine Aushöhlung zentraler Prinzipien wie Legitimität, Repräsentativität und Responsivität thematisieren. Der Einfluss neoliberaler Mechanismen und die Verlagerung von Entscheidungen hin zu nicht direkt legitimierten Institutionen (z.B. Zentralbanken und internationale Organisationen) schwächen die nationalstaatliche Souveränität und vertiefen die soziale Ungleichheit. Crouch beispielsweise argumentiert, dass der Rückbau keynesianischer Wohlfahrtsstaaten, die einst einen sozialen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit ermöglichten, zugunsten neoliberaler Strukturen erfolgt ist. Dieser Wandel stärkte die Macht wirtschaftlicher Eliten, während die Partizipation und der Einfluss der breiten Bevölkerung abnahmen. Infolgedessen erodiert das Vertrauen in die Demokratie, was den Aufstieg populistischer Bewegungen fördert, die sich gegen die wahrgenommene Ohnmacht der politischen Institutionen stellen. Der schwindende Einfluss der Mehrheit und die Dominanz wirtschaftlicher Interessen untergraben somit die Demokratie, auch wenn ihre formalen Strukturen weiter bestehen. Die daraus resultierende Politikverdrossenheit, die als Folge der Demokratisierungskrise verstanden wird, trägt maßgeblich zur Popularität rechter Bewegungen bei, die sich als Verteidiger*innen der nationalen Souveränität und der vermeintlich wahren Interessen des Volkes darstellen.

2.4 Ursachen des autoritären Populismus

Da sich das Konzept des autoritären Populismus aus einer materialistischen Staatstheorie heraus entwickelt hat, ist dessen Ursachenbegründung komplexer als von liberaldemokratischen oder Diskurstheoretischen Ansätzen und vereint kulturelle, politische sowie ökonomische Erklärungsansätze. Der Aufstieg des autoritären Populismus wird als Reaktion auf verschiedene sich gegenseitig verstärkende Krisendynamiken wie Klimawandel, Demokratiekrise, Wirtschaftskrise und Flucht- und Migrationsprozesse gesehen (Demirović 2018). Im Zuge dessen kam es zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb der verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen in der herrschenden Klasse. Da der Staat bei diesem Konzept, nach Poulantzas, als Verhältnis der materiellen Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen betrachtet wird, liegt der Fokus auf sich verändernden Machtverhältnissen und Herrschaftsformen. Der Staat als Organisations- und Exekutivinstanz, ausgestattet mit politischen und administrativen Institutionen, vermittelt in der gegenwärtigen Phase des autoritären Populismus, zwischen Allgemeininteressen und Einzelinteressen, wobei sichtbar wird, dass der Staat verschiedene Konflikte und Widersprüche reflektiert. Demirović identifiziert das populistische Moment in

der Modernisierung der Rechten und diese als Antwort auf progressive Bewegungen und Forderungen nach sozialer und kultureller Anerkennung in Allianz mit neoliberaler Wirtschaftspolitik (Morelock 2021: 72ff; Demirović 2018). Die Allianz zwischen diesen zwei scheinbar gegensätzlichen Kräften lässt sich wie folgt charakterisieren: Einerseits unterstützen die wirtschaftlichen Eliten die Deregulierung, Privatisierung und die Durchsetzung von Marktmechanismen. Andererseits setzen sich die Vertreter*innen progressiver sozialer Bewegungen für soziale Gerechtigkeit, Diversität und kulturelle Anerkennung ein. Dies ermöglichte eine politische und ökonomische Konstellation neoliberaler Wirtschaftspolitik mit progressiven sozialen und kulturellen Werten und wurde von Nancy Fraser euphemistisch als „progressiver Neoliberalismus“ (Fraser 2019) bezeichnet. Erwartungsgemäß wird diese Konstellation von Fraser kritisiert, indem sie die wirtschaftliche Deregulierung und Globalisierung mit Forderungen nach sozialer und kultureller Anerkennung als instrumentelles Verhältnis bewertet, das die strukturellen Probleme des kapitalistischen Systems stabilisiert und soziale Ungleichheiten sowie Unsicherheiten reproduziert (ebd.). Nach Ansicht von Fraser ist zwar das Versprechen des progressiven Neoliberalismus, soziale Gerechtigkeit mit neoliberalen Wirtschaftsprinzipien zu verbinden, gescheitert, wobei der Autoritäre Populismus bei ihr als Versuch des Rollbacks gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse verstanden wird. Zugleich wird der autoritäre Populismus als Indikator für die Erosion neoliberaler Herrschaft gedeutet, da sich dieser Versuch des Rollbacks gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse auch gegen das vermeintliche Bündnis zwischen Neoliberalismus und Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und die Rechte von LGBTQ richtet (Fraser 2019; Huke 2019). Der Autoritäre Populismus richtet sich gemäß Fraser gegen die neoliberale Vereinnahmung gesellschaftlicher Liberalisierungsprozesse durch progressive Kräfte. Vor allem Konservative in der Gesellschaft sehen sich durch die zunehmende Kritik an ihren Wertvorstellungen und unantastbaren Privilegien bezüglich Geschlecht, Hautfarbe und nationaler Zugehörigkeit bedroht, welche von Bewegungen für Gleichberechtigung und Diversität ausgehen. Dies führt zu einer Radikalisierung konservativer Kräfte. Wie Nikolai Huke hervorhebt, beschreiben Dowling u. a. diese Ursachenbeschreibung Frasers, als eine Sehnsucht nach einem revolutionären Subjekt, das zwar fehlgeht, aber aus den richtigen Gründen handelt, und daher von links zurückgewonnen werden muss (Dowling et al. 2017: 419; zitiert nach Huke 2019). Huke kritisiert dabei, dass die Abwehrreflexe gegen die progressiven gesellschaftlichen Liberalisierungsprozesse, auch wenn sie sich gegen

neoliberale Wirtschaftsprinzipien richten, nur wenig Anknüpfungspunkte mit herrschaftskritischen Positionen bieten (Huke 2019: 641). Nach Demirović setzt der Aufstieg der Rechten allerdings nicht erst da an, wo es eine Linke oder bürgerliche Mitte versäumt hat, gegenzusteuern. Demirović schreibt in Book et al.:

"Nach meinem Verständnis sollte dabei aber bedacht werden, dass die Rechte nicht plötzlich entsteht, sondern zumeist sehr langfristig als eine der grundlegenden gesellschaftlichen Strömungen existiert und politisch aktiv ist, also über organisatorische Kerne, ein Führungspersonal, eine Ideologie verfügt, national und international vernetzt ist und sich um Allianzen bemüht." (Book et al.: 28).

National-konservative, ethnozentristische, rassistische und autoritäre Einstellungen lägen in der Bevölkerung schon vor, nur ergibt sich im Zuge des autoritären Populismus das Muster, das sich diese Einstellungen und Ideologien vermehrt nach außen drängen und sich ein neues Repräsentationsverhältnis auftut. Insofern als dass sich im Zuge der oben schon skizzierten Krisendynamiken ab der Finanzkrise 2007, verschiedene politische Konstellationen ergeben haben, die von Lähmung, Stagnation, Blockade und einer Verweigerung politischer Maßnahmen gekennzeichnet sind. Aus dieser spezifischen dialektischen Konstellation, entwickelt Demirović die Annahme, dass es im Zuge dessen teilweise zu einer Selbstabspaltung des bürgerlichen Lagers vom Machtblock gekommen ist, das den vermeintlich liberal-progressiven Entwicklungen misstrauisch gegenübersteht (Demirovic 2018). Um das dominante Bündnis der Klassenfraktionen innerhalb des Machtblocks zu kritisieren und eine Machtverlagerung zu vertiefen und auszuweiten, stützen sich die Teile des abgespaltenen bürgerlichen Lagers auf die Ressentiments der subalternen Klasse, die ihre Unzufriedenheit ideologisch gegen die liberal-progressiven kulturellen und politischen Veränderungen mobilisieren, um die Aufmerksamkeit von den wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten der Subalternen abzulenken und ihren politischen Einfluss zu stärken. Als Machtblock werden hier diejenigen gesellschaftlichen Kräfte zusammengefasst die ökonomische und politische Macht innehaben und das strategische Ziel verfolgen, die bestehende Ordnung, in diesem Fall die neoliberale Ordnung, zu erhalten, abzusichern und zu erweitern (Poulantzas 1978; Jessop 1990). Konkret besteht der Machtblock aus konservativen und neoliberalen Parteien, großen Banken, multinationalen Konzernen und Medienimperien, die eine gemeinsame Agenda zur Förderung der Marktfreiheit und Deregulierung verfolgen. In ein bürgerliches Lager können diejenigen politischen Parteien und gesellschaftlichen

Gruppen eingeordnet werden, welche traditionell bürgerliche Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Eigentumsrechte und marktwirtschaftliche Prinzipien unterstützen (Jessop 2019; Poulantzas 1978). Dazu können konkret, christdemokratische oder liberale Parteien, Mittelstandsverbände oder alteingesessene Familienunternehmen zählen. Innerhalb des bürgerlichen Lagers kam es dann zu einer Neuausrichtung und der Abspaltung von Kräften, die sich unzufrieden mit der als zu mittig, sozialdemokratisch oder kompromissbereit wahrgenommenen bürgerlichen Politik zeigten.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Ursachen des autoritären Populismus kulturelle, politische und ökonomische Faktoren umfassen. Der Ansatz beruht auf materialistischer Staatstheorie, die den Staat als Ausdruck sich verändernder Kräfteverhältnisse zwischen Klassen und Klassenfraktionen begreift. Der Aufstieg autoritärer populistischer Bewegungen ist dabei eine Reaktion auf multiple Krisen wie Klimawandel, Wirtschafts- und Demokratiekrise sowie Migrationsprozesse. Insbesondere konservative Kräfte sehen sich durch progressive gesellschaftliche Bewegungen bedroht, was zu einer Radikalisierung und einer Abwehrhaltung gegenüber kultureller Liberalisierung führt. Nancy Fraser kritisiert in ihrem Buch den sogenannten progressiven Neoliberalismus, der soziale Gerechtigkeit und neoliberale Wirtschaftspolitik zu verbinden sucht, als gescheitert (Fraser 2019). Der autoritäre Populismus wird als Gegenbewegung verstanden, die gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse zurückdrängen und neoliberale Herrschaftsstrukturen verteidigen möchte. Diese Allianz zwischen neoliberalen und konservativen Kräften nutzt bestehende Ressentiments und soziale Unsicherheiten, um die Unzufriedenheit der subalternen Klassen ideologisch gegen progressive Reformen zu mobilisieren. Dadurch wird die Aufmerksamkeit von den strukturellen Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems abgelenkt, während der Einfluss konservativer und neoliberaler Kräfte gesichert bleibt.

3. Einführung in die deutsche Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft zählt zu den stärksten Volkswirtschaften Europas und der Welt. Im Jahr 2023 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands etwa 3,6 Billionen Euro, was die deutsche Wirtschaft zur größten in der Europäischen Union und zur viertgrößten weltweit macht (Statistisches Bundesamt 2023; Weltbank 2023). Das BIP-Wachstum lag in den letzten Jahren vor der Pandemie 2020-2023 bei durchschnittlich etwa 1,5% bis 2% jährlich. Das Handelsvolumen, welches sich aus Exporten und Importen zusammensetzt, belief sich im Jahr 2023 auf rund 2,3 Billionen Euro. Dabei konnte Deutschland einen Exportüberschuss von etwa 200 Milliarden Euro verzeichnen (Deutsche Bundesbank 2023). Im Jahr 2022 betrug das durchschnittliche Nettovermögen der reichsten 10% der Haushalte in Deutschland etwa 60% des gesamten Nettovermögens. Im Vergleich dazu hatten die ärmsten 50% der Haushalte nur etwa 2% des Nettovermögens. Der Gini-Koeffizient für die Einkommensverteilung in Deutschland lag im Jahr 2021 bei etwa 0,29 (OECD 2018). Ein Wert von 0 bedeutet vollständige Gleichheit, und ein Wert von 1 bedeutet vollständige Ungleichheit, wobei dieser Wert im internationalen Vergleich zwar relativ niedrig ist, aber bezogen auf die Produktivität

Deutschlands, eine signifikante Einkommensungleichheit anzeigt. Die durchschnittliche Steuerlast für hohe Einkommen liegt in Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Ländern relativ niedrig. Im Jahr 2023 liegt der Spitzensteuersatz bei 42% für Einkommen oberhalb von 62.810 Euro jährlich, während der Reichensteuersatz bei 45% für Einkommen oberhalb von 277.826 Euro jährlich gilt (Statistisches Bundesamt 2023). Im Jahr 2023 lag die Armutsgefährdungsquote in Deutschland bei etwa 15,5% (ebd.). Dies bedeutet, dass 15,5% der Bevölkerung ein Einkommen haben, das unter 60% des mittleren Einkommens liegt. Im Jahr 2022 waren etwa 8,2% der Beschäftigten in Deutschland in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig. Die Sozialausgaben in Deutschland betrugen im Jahr 2023 etwa 1.000 Milliarden Euro oder etwa 29% des Bruttoinlandsprodukts (Statistisches Bundesamt 2023). Dies umfasst Ausgaben für Renten, Gesundheit, Arbeitslosenversicherung und weitere Sozialleistungen. Dabei lag die Staatsverschuldung Deutschlands im Jahr 2023 bei etwa 66% des BIP.

Darüber hinaus ist Deutschland eine der führenden Exportnationen weltweit und unterhält ein exportgetriebenes Wachstumsmodell, ist somit stark abhängig von seinem Außenhandel. Die wichtigsten Handelspartner sind die Mitgliedstaaten der EU, die USA, China und andere asiatische Länder, wobei die Leistungsbilanzüberschüsse insbesondere in den finanzierten Volkswirtschaften wie den USA angelegt werden und deutsche Banken und Investoren dabei große Mengen von US-Staatsanleihen halten und indirekt das kreditbasierte Wachstumsmodell durch die Finanzierung der US-Staatsverschuldung mittragen. Die Einführung des Euro und die damit verbundene Integration der Finanzmärkte haben Deutschlands wirtschaftliche Verflechtung mit den anderen EU-Mitgliedstaaten weiter vertieft und die Abhängigkeiten anderer Mitgliedstaaten der EU von den deutschen Exporten weiterverschärft. Zwar hat Deutschland keinen direkten Einfluss mehr auf seine nationale Geldpolitik, da diese von der Europäischen Zentralbank (EZB) bestimmt wird, durch die wirtschaftliche Stärke und als größter Beitragszahler hat Deutschland jedoch erheblichen Einfluss auf die europäische Fiskalpolitik, insbesondere auf die Durchsetzung von Stabilitäts- und Wachstumspakten und der Schuldenbremse, die maßgeblich zur Austeritätspolitik in der Eurozone beigetragen haben. Daneben ist die deutsche Industrie, insbesondere der Automobil- und Maschinenbausektor, auf globale Güterketten angewiesen, während gleichzeitig deutsche Produkte in zahlreichen Ländern weltweit weiterverarbeitet oder direkt

konsumiert werden. Diese Abhängigkeit von internationalen Zulieferern macht die deutsche Wirtschaft anfällig für Störungen in den globalen Produktions- und Handelsketten, wie sie während der COVID-19-Pandemie und durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aufgetreten sind. Hier zeigten sich auch die Abhängigkeiten Deutschlands, die erhebliche Auswirkungen auf die nationale Wirtschaft und Sicherheitspolitik hatten. Vor dem Ukraine-Krieg war Deutschland stark von russischem Gas abhängig. Russland lieferte etwa 55% des deutschen Erdgases die Energiepreise und -versorgung war somit direkt durch geopolitische Spannungen und Konflikte beeinflusst. Ebenso die Rohstoffabhängigkeit. Ein Großteil der industriellen Rohstoffe, aber auch Grundnahrungsmittel und Medikamente sowie medizinische Produkte werden aus dem Ausland importiert und können somit Versorgungsengpässen und Preisschwankungen unterliegen.

Zusammenfassend lässt sich die deutsche Wirtschaftspolitik als ein komplexes System beschreiben, indem sich die Widersprüche zwischen kapitalistischer Marktfreiheit und staatlicher Intervention manifestieren. Die Form der politischen Ökonomie ist geprägt von einer Spannung zwischen dem Bestreben, die Akkumulation von Kapital zu maximieren, und der Notwendigkeit, soziale Ungleichheiten und Marktversagen durch gezielte staatliche Eingriffe zu regulieren. Christoph Butterwegge spricht hier ideologisch von einem Standortnationalismus und einer diskursiv von einer Standorterzählung (Butterwegge et al. 2017). Die konzeptionellen Grundlagen dieses Systems wurden in der sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt, mit dem Ziel, eine Balance zwischen wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit, definiert durch einen Ordnungsrahmen, zu schaffen. Das Leitmodell der deutschen Wirtschaftspolitik, die soziale Marktwirtschaft, basiert auf der Idee, dass ein funktionierender Marktmechanismus durch eine Reihe staatlicher Maßnahmen und Regeln ergänzt werden muss, um soziale Gerechtigkeit und einen funktionierenden Wettbewerb zu gewährleisten (Wullweber et al. 2014). Die deutsche Wirtschaftspolitik ist stark von verschiedenen staatstheoretischen und ökonomischen Ansätzen geprägt, insbesondere vom Ordoliberalismus und Neoliberalismus. Der Ordoliberalismus, als eine spezifische Form des Neoliberalismus, legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Notwendigkeit einer ordnungspolitischen Rahmung des Marktes durch den Staat (Havertz 2019). Dieser Ansatz postuliert, dass der Staat eine aktive Rolle in der Schaffung und Erhaltung eines funktionierenden Wettbewerbsrahmens einnehmen muss, um

Marktversagen zu verhindern und faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten (Jäger/Springler 2015; Mause 2018; Wullweber et al. 2014). In den letzten Jahrzehnten hat der Neoliberalismus in Deutschland zunehmend Einfluss gewonnen. Dieser zielt, auf eine weitgehende Deregulierung der Märkte und eine Reduzierung der staatlichen Eingriffe ab. Neoliberale Theorien betonen die Bedeutung des freien Marktes als Hauptmotor für wirtschaftliches Wachstum und individualisierte Wohlstandserhöhung (ebd.). Im Rahmen neoliberaler Reformen wurden sowohl strukturelle Anpassungen im Bereich des Arbeitsmarktes als auch umfassende Privatisierungen öffentlicher Unternehmen vorgenommen. Der Übergang von ordoliberalen zu neoliberalen Prinzipien reflektiert dabei einen bedeutenden Paradigmenwechsel, bei dem die Rolle des Staates neu definiert, Marktmechanismen stärker betont und eine Reduzierung öffentlicher Ausgaben vorgenommen wurde. In diesem Kontext sind die Privatisierungen staatlicher Unternehmen in Deutschland zu nennen, wie beispielsweise die der Deutschen Bundespost, der Deutschen Bahn und verschiedener Energieunternehmen, darunter kommunale Energieversorger, die vor allem in den 1980er und 1990er Jahren stattfanden (Mause 2018; Wullweber et al. 2014). Die Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen haben zwar zur Effizienzsteigerung beigetragen, jedoch auch zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten. Die Einführung von Hartz IV (Arbeitslosengeld-Gesetz) und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes führten zu einer Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen und einer signifikanten Vergrößerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit (Butterwegge et al. 2019). Die Agenda 2010, unter der Regierung Gerhard Schröder eingeführt, führte zu neoliberalen Arbeitsmarktreformen und einer zunehmenden Flexibilisierung, die jedoch auch die soziale Ungleichheit verstärkte. Die Arbeitslosigkeit sank zwar, jedoch auf Kosten von prekären Arbeitsverhältnissen und einem Anstieg der Niedriglöhne (ebd.). Im Jahr 2023 betrug der Anteil der Bevölkerung, der im Niedriglohnbereich beschäftigt ist, rund 25% (Statistisches Bundesamt 2023). Die Finanzkrise 2008/2009 und die Eurokrise führten zu umfangreichen staatlichen Interventionen und Austeritätsmaßnahmen (Voßkuhle et al. 2012). Während die Finanzkrise durch Konjunkturpakete und Bankenrettungspakete gemildert wurde, führte die Eurokrise zur Einführung der Schuldenbremse, welche die Staatsverschuldung limitieren sollte. Allerdings hatte dies einen massiven Einfluss auf die wirtschaftliche bzw. konjunkturelle Revitalisierung peripherer Staaten in Südeuropa. Zudem intensivierte es die ökonomischen Disparitäten

zwischen der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft und den importabhängigen Volkswirtschaften der europäischen Peripherie. Dies führte zu einer weiteren Verschärfung der strukturellen Ungleichheit innerhalb der Europäischen Union (ebd.). Die COVID-19-Pandemie stellte die Wirtschaftspolitik vor neue Herausforderungen und führte zu umfangreichen fiskalpolitischen Maßnahmen, wie Konjunkturpaketen und Unterstützung für Unternehmen, die insbesondere Fragen hinsichtlich einer möglichen Rückkehr zu stärkerer staatlicher Intervention und einer Neubewertung der Schuldenbremse aufwarfen (Papier/El-Mafaalani 2023). Diese rückten in den nachfolgenden Jahren jedoch wieder in den Hintergrund.

3.1 Die Agenda 2010: Beginn der neoliberalen Wende

Die Agenda 2010, initiiert unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, wurde als Antwort auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und stagnierende Wirtschaftswachstumsraten entwickelt und markierte einen signifikanten Wendepunkt in der deutschen Wirtschaftspolitik und ist emblematisch für die neoliberale Reformpolitik Deutschlands. Eingeführt im Jahr 2003, verfolgte die Agenda 2010 das Ziel, den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme grundlegend zu reformieren, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu senken (Adolphs et al. 2010; Kannankulam 2022). Die Reformen beinhalteten umfassende Maßnahmen zur Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, insbesondere durch die Einführung der Hartz-Reformen, die eine zentrale Rolle in der Agenda 2010 einnahmen. Diese Reformen beinhalteten die Einführung von Hartz I bis IV, die unter anderem die Arbeitsvermittlung und -förderung neu strukturierten, Arbeitslosengeld II (Hartz IV) einführten und die Bedingungen für Arbeitslosengeld I veränderten und auf eine stärkere Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt abzielten unter dem programmatischen Leitprinzip „Fördern und Fordern“ (Adolphs et al. 2010). Kritisch betrachtet, führte diese Umgestaltung zu einer verstärkten bürokratischen Verwaltung, die zugleich eine zunehmend regulierte und überwachte Arbeitsmarktlanschaft vorsah. Zudem kam es zu einem deutlichen Umbau des Wohlfahrtsstaates, indem dieser auf seine Kernaufgaben beschränkt wurde und marktförmige Effizienz und Leistung in den Vordergrund rückten (Kannankulam/Poulantzas 2008). Die Reformen hatten weitreichende Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt. Einerseits

trugen sie zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei und führten zu einem Rückgang der registrierten Arbeitslosenquote. Andererseits führte die erwünschte Flexibilisierung dazu, dass auf dem Arbeitsmarkt eine Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und ein Anstieg des Niedriglohnbereichs zu verzeichnen war (ebd.). Der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich stieg von etwa 17% im Jahr 2004 auf rund 25% im Jahr 2023 (Statistisches Bundesamt 2023). Die Hartz-Reformen fungieren als prägnantes Beispiel für die neoliberale Arbeitsmarktkliberalisierung und stellen ein Schlüsselereignis dar, das den Paradigmenwechsel zu einer verstärkten Fokussierung auf Marktfreiheit und Individualverantwortung sowie eine Reduzierung staatlicher Sozialausgaben und Regulierung markiert. In der Folge übernahm der Staat eine aktivere Rolle in der Umgestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dabei trat die soziale Absicherung in den Hintergrund, während die Marktmechanismen an Bedeutung gewannen. Die Maßnahmen resultierten in einer Reduzierung der staatlichen Verantwortung im sozialen Bereich und in der Förderung einer wirtschaftlichen Ordnung, die durch Wettbewerb und individuelle Verantwortung geprägt ist. Exemplarisch sei hier die Verknüpfung von Arbeitslosengeld und aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen genannt. Gleichzeitig führten die Hartz-Reformen zu einer Verdrängung stabiler Arbeitsverhältnisse und einem Anstieg von Arbeitsplätzen mit unsicheren Arbeitsbedingungen, wodurch die Expansion des Niedriglohnbereichs durch die Deregulierung der Arbeitsmarktbedingungen vorangetrieben wurde. Dies äußerte sich in einer Zunahme von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und Teilzeitbeschäftigungen. Die langfristigen Auswirkungen der Reformen führten zu einer verstärkten Arbeitsmarktsegregation und einer eingeschränkten sozialen Mobilität. Der Arbeitsmarkt wurde zunehmend durch unsichere und niedrige Arbeitsplätze gekennzeichnet, während der Zugang zu sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen erschwert wurde.

3.2 Die Finanzkrise 2008/2009: Krise und Neustrukturierung

Die Finanzkrise 2008/2009 markiert einen signifikanten Wendepunkt in der globalen und insbesondere der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Krise, deren Ursprung in den kollabierenden Finanzmärkten und der damit einhergehenden globalen Rezession zu verorten ist, führte zu einer Reihe umfassender fiskalpolitischer und struktureller Reaktionen, welche die Rolle des Staates und die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik nachhaltig geprägt haben. Die Bundesrepublik Deutschland hat auf die Finanzkrise mit einer Reihe von fiskalpolitischen

Maßnahmen reagiert, um die wirtschaftlichen Auswirkungen zu dämpfen und die Stabilität des Finanzsystems zu gewährleisten. Die Bundesregierung initiierte eine Reihe von Maßnahmen zur Stimulierung der Nachfrage und Stabilisierung der Wirtschaft. Im November 2008 wurde das erste Konjunkturpaket in Höhe von 31 Milliarden Euro verabschiedet, gefolgt von einem zweiten Paket im Januar 2009 über 50 Milliarden Euro (Bundesministerium der Finanzen, 2009). Die Pakete beinhalteten unter anderem Steuererleichterungen, Investitionen in die Infrastruktur sowie Unterstützungsmaßnahmen für die Automobilindustrie. Parallel zu den Konjunkturpaketen wurden zudem umfangreiche Rettungsschirme für Banken implementiert. Zur Stabilisierung des Finanzmarktes wurde der Bankenrettungsfonds, auch als Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) bezeichnet, eingerichtet. Dieser hat zum Ziel, den Banken Liquidität zur Verfügung zu stellen und ihr Eigenkapital zu stärken. Der Fonds verfügte über finanzielle Ressourcen in einer Größenordnung von bis zu 500 Mrd. Euro, die für Kapitalbeteiligungen und Garantien vorgesehen waren.

Die Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung avancierte insbesondere auf europäischer Ebene zum dominierenden Agenda-Thema. Die Eurokrise führte zu einer intensiven Diskussion über Staatsverschuldung und Haushaltsdefizite, welche letztlich in der Einführung strenger Sparmaßnahmen und der Schuldenbremse resultierte (European Commission 2011). Die 2009 im Grundgesetz des Bundes verankerte Schuldenbremse zielte darauf ab, die Neuverschuldung des Staates zu begrenzen und eine nachhaltige Haushaltsführung sicherzustellen (Bundesregierung 2009). Die Hinwendung zur Austeritätspolitik hatte weitreichende Konsequenzen für die soziale und wirtschaftliche Landschaft. Die Reduktion sozialer Leistungen sowie eine Verringerung öffentlicher Investitionen resultierten in einer Zunahme sozialer Ungleichheit und einer zusätzlichen Belastung der bereits hoch beanspruchten Systeme der sozialen Sicherung (Keller 2013). Die Austeritätspolitik wurde von vielen als ein Mittel erachtet, um die Marktverhältnisse zu stabilisieren, jedoch auf Kosten des sozialen Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Stabilität (Stiglitz 2015). Die anfänglichen staatlichen Rettungsmaßnahmen standen im Widerspruch zu den späteren Austeritätsmaßnahmen, die eine neoliberale Reformagenda verstärkten. Die staatlichen Rettungsmaßnahmen, insbesondere die Bankenrettungen, trugen zur Stabilisierung des Finanzsystems bei, wiesen jedoch auch auf die Ambivalenz der neoliberalen Wirtschaftspolitik hin. Während die Rettungspakete und Konjunkturprogramme kurzfristig zur

Krisenbewältigung beitrugen, wurden langfristig die Prinzipien der Marktneutralität und der staatlichen Zurückhaltung betont.

3.3 Die Eurokrise: Austerität und Schuldenbremse

Die Eurokrise, die zunächst als Banken- und Finanzmarktkrise 2007 in den USA begann, entwickelte sich ab 2009 zu einer Staatsschuldenkrise in mehreren Mitgliedstaaten der Eurozone, insbesondere in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland. Die Krise offenbarte die strukturellen Schwächen der Währungsunion, insbesondere die fehlende Fiskalunion, die eine koordinierte wirtschaftliche Steuerung innerhalb des Euroraums erschwerte. Die deutsche Regierung unter Angela Merkel und dem damaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble, setzte sich vehement für die Implementierung strikter Austeritätsmaßnahmen in den betroffenen Ländern ein, die an die Gewährung finanzieller Hilfen durch die Troika (bestehend aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds) geknüpft waren (Keil/Wissel 2019; Voßkuhle et al. 2012). Diese Austeritätspolitik, als Instrument zur Durchsetzung neoliberaler Disziplinierung, zielte darauf ab, die Staatshaushalte durch drastische Sparmaßnahmen zu konsolidieren, was jedoch zu erheblichen sozialen Verwerfungen in den betroffenen Ländern führte, da Kürzungen im Sozialbereich, Lohnsenkungen und Steuererhöhungen die wirtschaftliche Erholung bremsten und soziale Ungleichheiten verschärften.

In Reaktion auf die Eurokrise und als Teil der Bemühungen, fiskalische Stabilität in der Eurozone zu gewährleisten, führte Deutschland im Jahr 2009 die sogenannte Schuldenbremse ein (Biebricher 2024; Hüther/Südekum 2020; Voßkuhle et al. 2012). Diese ordoliberalen Regelung, die den Staat als Hüter eines wettbewerbsfähigen Marktumfelds sieht, der seine Ausgaben strikt kontrollieren muss, um eine stabile Währung und gesunde öffentliche Finanzen zu gewährleisten, wurde als Verfassungsänderung im Grundgesetz verankert und schreibt vor, dass der Bundeshaushalt ab 2016 strukturell ausgeglichen sein muss, wobei ein jährliches Defizit von höchstens 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts erlaubt ist. Für die Bundesländer gilt ab 2020 ein vollständiges Neuverschuldungsverbot. Dieser Mechanismus hat die Möglichkeiten für eine antizyklische Fiskalpolitik, wie sie noch im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgesehen war, stark einschränkt. Diese Austeritätsmaßnahmen haben

nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Eurozone zu einer Einschränkung der staatlichen Souveränität geführt, da fiskalische Disziplin und Sparmaßnahmen als notwendige Mittel zur Bewältigung der Krise dargestellt und demokratische Entscheidungsprozesse in den betroffenen Ländern untergraben wurden. Denn auf EU-Ebene wurde 2012 mit dem Fiskalpakt (formell: Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion) vergleichbare Mechanismen eingeführt, die die Haushaltsdisziplin der Länder der Europäischen Union verschärfen. Die Übertragung von Befugnissen auf supranationale Institutionen wie die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank hat die technokratische Kontrolle über die nationale Wirtschaftspolitik verstärkt, während der Spielraum für autonome fiskalpolitische Maßnahmen deutlich abgenommen hat (Bieling 2017; Schäfer 2021). Durch die Reduzierung öffentlicher Investitionen und die Beschränkung staatlicher Ausgaben wurden langfristige Wachstumsperspektiven vermindert, insbesondere in Schlüsselsektoren wie Bildung, Gesundheit und öffentliche Infrastruktur. Deutschland spielte in diesem Prozess eine doppelte Rolle: Einerseits als Vorreiter und Verteidiger strikter fiskalischer Disziplin, andererseits als Nutznießer der Strukturreformen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im europäischen Kontext weiter stärkte und das exportgetriebene Wachstumsmodell weiter Überschüsse generieren ließ. Dies führte jedoch zu einer zunehmenden Divergenz innerhalb der Eurozone, bei der die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Kern- und Peripherieländern zementiert wurden, wobei die staatliche Souveränität der betroffenen Peripherieländern, insbesondere durch Strukturanpassungsprogramme der EZB, dem IWF und der Europäischen Kommission, untergraben wurde.

3.4 COVID-19: Der Staat zwischen Interventionsanspruch und neoliberaler Kontinuität

Die COVID-19-Pandemie stellte nicht nur eine Gesundheitskrise, sondern auch eine tiefgreifende ökonomische und gesellschaftliche Herausforderung dar, die den Staat in eine außergewöhnliche Verantwortungsposition drängte. Dabei hat die Pandemie bestehende Ungleichheiten offengelegt und verstärkt, insbesondere in Bezug auf den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung. Die staatlichen Reaktionen auf die Krise waren in erster Linie darauf ausgerichtet, die Funktionsfähigkeit der Märkte zu sichern, während die ungleichen Gesundheitsversorgungen und

Arbeitsbedingungen nur am Rande behandelt wurden. Die COVID-19-Pandemie stellte die Wirtschaftspolitik vor neue Herausforderungen und führte zu umfangreichen fiskalpolitischen Maßnahmen, wie Konjunkturpaketen und Unterstützung für Unternehmen, wobei der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) als Sondervermögen ein Volumen von 250. Mrd. Euro umfasste und Stabilisierungsinstrumente wie Kurzarbeitergeld, Steuerstundungen, Liquiditätshilfen für Unternehmen und direkte staatliche Beteiligungen an systemrelevanten Unternehmen vorsah. Hervorzuheben ist das Kurzarbeitergeld, das nicht nur zur Stabilisierung der Beschäftigung beitrug, sondern auch als Mittel der sozialen Absicherung diente, um den massiven Verlust von Einkommen und Kaufkraft zu vermeiden. Dies zeigte eine deutliche Abweichung, von der sonst strikt auf Haushaltsdisziplin fokussierten, deutschen Wirtschaftspolitik und suggerierte eine Wiederbelebung keynesianischer Prinzipien, die durch die direkte staatliche Nachfrageförderung charakterisiert sind. Zu den zentralen Elementen zählen dabei die staatliche Stabilisierung von Arbeitsmärkten durch Kurzarbeitsregelungen und die Bereitstellung von Liquidität für Unternehmen. Aus der Perspektive kritischer politischer Ökonomie können diese Maßnahmen jedoch auch dahingehend interpretiert werden, dass sie die Akkumulationsinteressen schützen und die Bedingungen für diese Strategien sichern. Darüber hinaus führt Alex Demirović an:

„Für den Profit kann es auch aus anderen Gründen sinnvoll sein, die Betriebe zu schließen: Der Markt wird bereinigt, angesichts geringer Nachfrage lassen sich Kosten vermeiden, staatliche Unterstützung kassieren und die Lohnabhängigen, mit Kurzarbeitsgeld an die Unternehmen gebunden, gleichzeitig gesundheitlich schützen, um sie dann, wenn die Wirtschaft wieder anzieht, sofort in die Produktion zurückzuholen“ (Demirović 2021).

Trotzdem stellte die Pandemie die bisherigen Grundsätze der deutschen Wirtschaftspolitik in Frage und führte zu einer intensiven Debatte über die Rolle des Staates in der Wirtschaft, insbesondere über die Lockerung der Schuldenbremse. Die massiven staatlichen Interventionen deuteten darauf hin, dass der Staat wieder eine aktivere Rolle in der Wirtschaftsgestaltung übernimmt, wobei die Pandemie als Katalysator für eine strukturelle Transformation hin zu einem nachhaltigen und sozial gerechteren Wirtschaftssystem genutzt wird. Bisherige Anzeichen deuten darauf hin, dass der Staat versucht, die wirtschaftliche Revitalisierung mit Investitionen in grüne Technologien und digitale Infrastrukturen zu fördern, jedoch ohne eine grundlegende Neuausrichtung der Produktionsverhältnisse, die

notwendig wäre, um die systemischen Ursachen sozialer Ungleichheit und ökologischer Zerstörung anzugehen. Die Pandemie hat somit nicht zu einer fundamentalen Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik geführt, sondern vielmehr die Kontinuität neoliberaler Staatsstrategien bestätigt.

4. Diskussion: Autoritärer Populismus in Deutschland

Kapitel 4 widmet sich der Diskussion des autoritären Populismus in Deutschland und untersucht dessen Einfluss auf staatliche Strukturen sowie die Legitimierung sozialer Ungleichheit. In Kapitel 4.1 wird analysiert, wie der autoritäre Populismus zur Umstrukturierung des Staates beiträgt, indem er neoliberale Ideologien mit nationalistischen und identitären Strukturen verknüpft. Es wird beleuchtet, wie diese Dynamiken bestehende Machtverhältnisse beeinflussen und zu einer Verschiebung der politischen Prioritäten führen. Kapitel 4.2 vertieft die Analyse, indem es die diskursiven und materiellen Mechanismen

untersucht, durch die der autoritäre Populismus soziale Ungleichheiten verschleiert und legitimiert. Hierbei wird aufgezeigt, wie ideologische Strategien zur Ausübung sozialer Kontrolle eingesetzt werden und wie sie zur Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen beitragen, während materielle Ungleichheiten bestehen bleiben oder sich sogar verschärfen.

4.1 Der autoritäre Populismus und die Umstrukturierung des Staates

Der deutsche Staat manifestiert sich als ein wirkmächtiges Ordnungsprinzip, dessen Kernfunktionen die Gewährleistung von Sicherheit, die Förderung von Wohlfahrt, die Legitimierung von Herrschaft sowie die Sicherung der Rechtsstaatlichkeit umfassen. In diesem Kontext ist der Neoliberalismus als ein Instrument zu betrachten, welches dazu dient, gesellschaftliche Realität zu strukturieren und unser Verständnis von individueller Identität neu zu definieren. Dies wirft die Fragen auf, wie sich der autoritäre Populismus auf die Lebensverhältnisse von Personen auswirkt, welche spezifischen Formen der Positionierung, Diskriminierung und Privilegierung daraus resultieren und welche Ungleichheitsstrukturen sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse dadurch produziert, legitimiert und aufrechterhalten werden. Dabei ist besonders zu untersuchen, inwiefern sozioökonomische, kulturelle und politische Exklusionsmechanismen dazu beitragen, bestehende Klassen- und Geschlechterverhältnisse, rassistische Diskurse und nationale Identitätskonstruktionen zu stabilisieren. Die liberale Demokratie in Deutschland, mit seinem parlamentarischen Regierungssystem, ist ein System, das auf der politischen Gleichheit basiert, jedoch kapitalistisch organisiert ist und somit auch einem System unterliegt, welches selber soziale Ungleichheit erzeugt. Armut und soziale Ungleichheit sollen in der spezifischen Form der sozialen Marktwirtschaft zwar durch Infrastruktur, soziale Sicherungssysteme und Umverteilung abgemildert werden. Aus staatstheoretischer Sicht ist jedoch klar:

„Die Herrschaft muss unter den Bedingungen der kapitalistischen Warenproduktion eine von allen am Markte beteiligten Akteuren getrennte Form deshalb annehmen, weil andernfalls die Existenz- und Reproduktionsbedingungen [...] zerstört würden und der Markt selbst diese seine Voraussetzungen unter den Bedingungen der Konkurrenz nicht erfüllen kann.“ (Kannankulam/Poulantzas 2008:48).

Bei der Trennung und gleichzeitigen Verbindung der Sphären von Staat und Gesellschaft, Politik und Ökonomie, ist der Staat also unter anderem für die allgemeinen

Verwertungsbedingungen des Kapitals zuständig und stellt dabei die Infrastruktur wie Telekommunikation, Wasserversorgung und Straßen bereit. Dabei ist das Gewaltmonopol des Staates im Sinne einer legitimierten Rechtsform, Konstitutionsbedingung der Produktionsweise im kapitalistischen Staat und zugleich Definitionsmerkmal des bürgerlichen Staates unter diesen Produktionsbedingungen. Kannankulam schreibt dazu:

„Die formale Trennung des Rechtlichen und Politischen von der Ökonomie ist die Bedingung und Möglichkeit, dass sich die Akteure unter diesen widersprüchlichen und antagonistischen Produktionsverhältnissen überhaupt begegnen können, ohne den Bestand dieser Verhältnisse - von denen zunächst ihre materielle Existenz abhängt - zu gefährden“ (ebd. 49).

Zunächst ist dies aber kein bewusstes Abhängigkeitsverhältnis. Ebenso ist der Staat keine neutrale Instanz. Denn klar ist, dass der Allgemeinwille des Staates, in diesem Falle die Bundesregierung und dessen Ministerien, in der Exekutive des Staates verankert ist. Verwaltet wird eben dieser von Individuen, die die alltägliche staatliche Herrschaft vollziehen. Die konfligierenden Interessen der Akteure werden also nicht bloß formell vermittelt, sondern bestehen in einem spezifischen Verhältnis. Dabei werden im selben Moment jedoch zwei Verhältnisse verschleiert: zum ersten wird durch die formal-rechtliche Gleichheit der Staatsbürger*innen die materiellen Ungleichheitsverhältnisse verschleiert. Zum anderen wird durch die Form der Produktionsweisen, die inhaltliche Unterscheidung zwischen Produktionsmittelbesitzer und diejenigen, die nur ihre Ware Arbeitskraft zu Markte tragen können, durch den Verweis auf gleichwertige Privatrechtssubjekte verdeckt. Die These von Alex Demirovic (2018), dass der Neoliberalismus als Leitbild kapitalistischer Dynamik auch Jahrzehnte nach der Krise von 2008 fortgesetzt wird und sich in dieser neuen Phase auf den autoritären Populismus stützt, wird in dieser Arbeit geteilt. Die Funktion des autoritären Populismus besteht darin, die kontinuierliche Praxis eines totalitären Marktökonomismus zu verschleiern und durch emotionale, identitäre und nationale Strategien von den sozialen Disparitäten neoliberaler Politik abzulenken. Die Flexibilität des Neoliberalismus ist dabei sein wesentliches Merkmal.

Seit der Agenda 2010 und insbesondere seit der Eurokrise haben in Deutschland signifikante Klassenveränderungen und -verschiebungen stattgefunden, die in unterschiedlichen sozialen Gruppen, von der herrschenden Klasse über den Machtblock bis hin zum bürgerlichen Lager und den prekär Beschäftigten, zu beobachten sind. Dabei betonen unter anderem Ralf Ptak,

Alexander Häusler und Alex Demirović dass die Eurokrise eine Hegemoniekrise innerhalb des Machtblocks ausgelöst hat, die zu einer Neuformierung der Bündnisse innerhalb der herrschenden Klasse führte (Butterwegge et al. 2017; Demirovic 2018; Häusler et al. 2018). Die Krise offenbarte die Grenzen der neoliberalen Hegemonie, die seit den 1980er Jahren dominiert hatte, und erforderte eine strategische Neuorientierung, um die kapitalistische Akkumulation unter den veränderten Bedingungen zu sichern. Die politische Rechte in Deutschland fand in der Migrationspolitik und der Austeritätspolitik zentrale Anknüpfungspunkte, indem sie migrationsbedingte Herausforderungen als Bedrohung für soziale Kohäsion und nationale Identität darstellte und zugleich die Sparpolitik zur Sicherung nationaler ökonomischer Souveränität und Haushaltsdisziplin als Gegenmodell zu einer vermeintlich unkontrollierten Zuwanderungspolitik positionierte. Dem staatstheoretischen Verständnis nach, ist die politische Rechte nicht erst zu diesem Zeitpunkt entstanden, jedoch einer der Gründe für den Aufschwung rechter Orientierungen.

Wie die Leipziger Autoritarismus-Studie fortlaufend aufzeigt, sind rechte Orientierungen in der Gesellschaft weit verbreitet, autoritäre Werte kontinuierlich festzustellen und autoritäre Dynamiken besonders in unsicheren Zeiten am Zuneehmen (Oliver Decker et al. 2022). Zudem lässt sich aktuell kein grundlegender autoritärer Umbau von Staat und Gesellschaft beobachten, sondern vielmehr eine Verschiebung der Prioritäten und Machtverhältnisse. Diese Verschiebung ist gekennzeichnet durch den Versuch, soziale Ungleichheiten und Klassenkonflikte systematisch zu verschleiern, indem kulturelle und nationalistische Themen in den Vordergrund gerückt werden. Gleichzeitig profitieren insbesondere Fraktionen des Kapitals, die auf internationale Konsum- und Finanzmärkte ausgerichtet sind, von dieser Entwicklung. Dadurch wird nicht ein vollständiger Umbau durchgeführt, sondern bestehende Machtverhältnisse zugunsten dieser Kapitalfraktionen verstärkt, während soziale Konflikte durch kulturelle und identitätspolitische Diskurse überdeckt werden. Allerdings manifestiert sich auch in diesem Kontext ein konfligierendes Verhältnis. Während produktionsorientierte Kapitalfraktionen die strukturelle Abhängigkeit Deutschlands von Exporten verstärkt im Blick hatten und tendenziell an stabilen Investitionsbedingungen, einer funktionierenden Infrastruktur sowie an einem starken europäischen Binnenmarkt interessiert waren, insbesondere im Maschinenbausektor, der Automobilindustrie und der Chemiebranche, drängten finanzkapitalistische Interessen, primär durch den globalisierten Finanzsektor, in eine andere Richtung. Diese Interessen werden insbesondere von großen Banken wie der

Deutschen Bank, Commerzbank oder HypoVereinsbank vertreten, welche eine Verschärfung der Austeritätspolitik sowohl innerhalb Deutschlands als auch in anderen EU-Staaten befürworten. Dies begründet sich daraus, dass sie von stabilen Anleihemärkten und einem starken Euro profitieren (Mazzucato 2019). Dabei sind rechte, nationalistische, aber auch konservative Kräfte mit einem radikal antipluralistischen Weltbild auf dem Vormarsch. Die Handlungssohnmacht vieler Akteur*innen und Bürger*innen auf nationaler Ebene gegenüber ökonomischen, sozialen und arbeitspolitischen Problemen, ist das Ergebnis des demokratiezerstörenden Postulats der Alternativlosigkeit und des Sachzwangs gegenüber wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die oft von politischen bzw. staatlichen Akteur*innen technokratischen Institutionen und supranationalen Organisationen aufgestellt wurden. Wie im vorherigen Kapitel gezeigt werden konnte, wurde die Verbindung von neoliberaler Standorterzählung und Marktkonformität mit nationalistischen Stimmungen aufgeladen, wobei ein für Deutschland spezifischer Standortnationalismus entstanden ist (Butterwegge et al. 2017). Die Schuldenbremse und dessen Implementierung im EU-Rahmen stehen dabei im Zentrum der gegenwärtigen deutschen Wirtschaftspolitik und werden insbesondere von liberalen und konservativen Kräften innerhalb des Machtblocks betont. Für den aktuellen Finanzminister Christian Linder ist im Zuge der Haushaltsdebatte für den Bund 2024 klar, dass „Schuldenbremse und Zukunftsgestaltung“ (ZDF 2023) verbunden gehören. Die Idee keine neuen Schulden aufzunehmen, spiegelt dabei die konservative Geldpolitik im Rahmen Deutschlands Exportorientierung wider, die traditionell auf Preisstabilität und Haushaltsdisziplin basiert. Zudem wurde der für die Demokratie so zentrale politische Streit darüber, wie Wirtschaft und Gesellschaft organisiert sein sollen, und der damit verbundene grundlegende Konflikt über das kapitalistische System seit den 1990er Jahren zunehmend aus der politischen Landschaft verbannt. Diese Entpolitisierung der Wirtschaftsfragen hat dazu geführt, dass zentrale Auseinandersetzungen über soziale Gerechtigkeit und alternative Wirtschaftsmodelle kaum noch geführt werden, während kulturelle und identitätspolitische Themen verstärkt in den Vordergrund rücken. In einem vom Liberalismus geprägten Diskursraum, der sich durch die Förderung individueller Rechte, Meinungsfreiheit, Demokratie und Pluralismus definiert, kann paradoxerweise eine Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen und alternativen politischen Modellen bestehen. Dies geschieht, indem trotz formaler Meinungsfreiheit in der Praxis politische Alternativen und abweichende Lebensweisen stark eingeschränkt oder marginalisiert werden. Während auf der einen Seite

die freie Meinungsäußerung theoretisch geschützt ist, werden auf der anderen Seite bestimmte Positionen oder politische Modelle diskreditiert oder aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt, weil sie als Bedrohung für die bestehende Ordnung oder den Konsens wahrgenommen werden. Diese Koexistenz von Meinungsfreiheit und Intoleranz zeigt, wie in einem liberalen Rahmen alternative Ideen zwar rechtlich erlaubt, aber gesellschaftlich oder politisch delegitimiert und damit faktisch ausgegrenzt werden können (Strobl 2021). Dies äußert sich in der Durchsetzung, neoliberaler Ideologie, die kaum Raum für abweichende Positionen lässt, aber auch in Einstellungs- und Bewusstseinsverschiebungen in der Bevölkerung, die aus den Zumutungen, Abwertungen und Verletzungen neoliberaler Politiken resultieren können (Fraser 2019). Gegenwärtig verbindet der autoritäre Populismus diese Konstellationen mit der Ethnisierung der sozialen Frage sowie einem chauvinistischen Wirtschaftsnationalismus. Letzterer wird von einem darwinistisch geprägten, neoliberalen Alltagsbewusstsein gestützt, das nach Stärke und Gewinnern sucht (Book et al. 2020; Demirovic 2018).

Autoritär-populistischen Akteur*innen geht es also nicht um die Abwehr neoliberaler Zumutungen, sondern auch um die Verteidigung von Privilegien. Denn der privilegierte Zugriff auf Ressourcen ist im System fest verankert. Birgit Sauer spricht hier von einer Dominanzkultur (Sauer 2017). Die deutungsmächtigen Kommunikationsmuster, seitens hegemonial agierender Akteur*innen sind überdies in Bezug auf Legitimitätsvorstellungen gegenwärtiger Herrschaftsverhältnisse zu verstehen. Die neoliberalen und autoritären Vorstellungen und Einstellungen der Deutungseliten, zu denen unter anderem industriennahe Verbände, Stiftungen, Parteien und Medienhäuser zählen, lassen sich exemplarisch an Akteuren wie dem Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) oder dem Verband der Automobilindustrie sowie der FDP nahen Friedrich-Naumann-Stiftung festmachen. Die Konstruktion von Wirklichkeit durch die Bertelsmann-Stiftung, die Stiftung Familienunternehmen, die CDU/CSU, FDP und AfD sowie Medienhäuser wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) wirkt sich auf die soziokulturellen Deutungsmuster der Bürger*innen aus und prägt diese. Dabei hat sich die Frage nach politischer Handlungsmacht verlagert. Dem im bürgerlichen Lager größtenteils vorherrschenden liberalen Anti-Pluralismus hinsichtlich des Legitimitätsglaubens des parlamentarischen Regierungssystems und dem Leitsatz der Alternativlosigkeit hinsichtlich neoliberaler Ideologeme, wird eine antipluralistische, nationalistische und völkische

Alternative entgegengestellt. Zwar wurde die propagierte Alternativlosigkeit des Neoliberalismus im Zuge der EU-Krise und COVID-19-Pandemie hinterfragt (Butterwegge et al. 2017; Demirović 2021; Papier/El-Mafaalani 2023; Rüttgers/Decker 2017), nach der Pandemie im Zuge des nationalen ökonomischen Wiederaufbaus, jedoch auf das Feld der Migrations- und Flüchtlingspolitik verschoben. Die COVID-19-Pandemie hat dabei als Katalysator für eine tiefgreifende Fragmentierung und Selbstabspaltung innerhalb des bürgerlichen Lagers gewirkt (Demirovic 2018). Demirović und Häusler argumentieren, dass die Krise zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit innerhalb der bürgerlichen Klasse beigetragen hat und ein bedeutender Teil der Mittelschicht, durch Arbeitsplatzverluste und Kaufkraftverlusten einen sozialen Abstieg erlebte (Demirović 2021; Häusler et al. 2018). Der autoritäre Populismus ist in den gesellschaftlichen Diskursräumen deshalb so erfolgreich, weil er trotz der Affirmation neoliberaler Programmatiken, vorgibt die Entmachtung der Politik durch die Ökonomie zu überwinden und die damit verbundene Handlungssohnmacht gegenüber dem Machtblock zu beseitigen. Kowall stellt in Bezug zum autoritären Populismus fest:

„Er bekennt sich prinzipiell zu einer Gestaltung der Welt unabhängig von (vermeintlichen) Sachzwängen. Weil Christ-, Sozial-, und Liberaldemokraten das enge politische Korsett dieser Sachzwänge nicht ablegen, überlassen sie das Narrativ politischer Gestaltungskraft dem Rechtspopulismus als Alleinstellungsmerkmal“ (zitiert in Häusler et. al. 2018: 34).

Im Zuge der Selbstabspaltung innerhalb des bürgerlichen Lagers, positionieren sich Teile des bürgerlichen Lagers zunehmend gegen die eigenen liberalen und demokratischen Werte, die die Basis des gesellschaftlichen Konsenses bilden, wobei diese Strömungen die Pluralität und Kompromissorientierung des liberalen Staates infrage stellen und eine Politik fördern, die auf Ausgrenzung, Nationalismus und die Stärkung exekutiver Macht abzielt (Book et al. 2020; Strobl 2021). Prominente Beispiele sind Teile der CDU/CSU, allen voran Carsten Linnemann (stellvertretender Vorsitzender der CDU), Friedrich Merz (Vorsitzender der CDU), Markus Söder (Ministerpräsident von Bayern), die sich durch die verstärkte Annäherung an rechtspopulistische Positionen und die Aufwertung autoritärer und exekutivistischer Lösungen, insbesondere in der Migrations- und Flüchtlingspolitik, von ihren konservativen Wurzeln entfernen (Strobl 2021). Auch innerhalb der FDP sind ähnliche Tendenzen erkennbar

— zu nennen wären dabei Christian Lindner (Finanzminister) und Wolfgang Kubicki (Vizepräsident des Deutschen Bundestages)—, wo ein Teil der Partei durch die starke Betonung wirtschaftsliberaler, marktzentrierter Lösungen und die Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft, wie sie während der Pandemie notwendig wurden, mittlerweile eine Distanz zu den humanistischen und pluralistischen Leitlinien der Partei aufweisen (Manow 2018; Papier/El-Mafaalani 2023; Strobl/Mazohl 2022). Die Kombination aus autoritärem Populismus und neoliberalen Politiken hat das Staatsverhältnis somit doppelt verändert: Der Staat wirkt einerseits repressiver und stärker auf Kontrolle und Durchsetzung fokussiert, während er andererseits seine sozialen und regulierenden Funktionen zugunsten marktorientierter Lösungen abbaut. In diesem Kontext sei auf eines der bereits genannten zentralen Kennzeichen des autoritären Populismus verwiesen, welches darin besteht, soziale Ungleichheiten und Klassenkonflikte systematisch zu verschleiern und stattdessen kulturelle und nationale Themen in den Vordergrund zu stellen (Book et al. 2020; Demirovic 2018; van Dyk/Burzan 2019). Die reale Spaltung der Gesellschaft entlang sozioökonomischer Linien wird bewusst ausgeblendet, wobei wirtschaftliche Ursachen von Ungleichheit, wie die strukturelle Ausbeutung in kapitalistischen Verhältnissen, verdeckt und durch emotional aufgeladene Themen wie Migration und nationale Souveränität überlagert werden. Diese Dynamik lenkt die Aufmerksamkeit von den Verwerfungen der neoliberalen Wirtschaftsordnung ab und begünstigt die Reproduktion von Ungleichheitsverhältnissen, während gleichzeitig autoritäre Lösungsansätze, wie die Verschärfung des Asylrechts, der stärkeren Abschottung der deutschen und europäischen Grenzen, sowie der Einschränkung bis Abschaffung der Sozialleistungen für Migrant*innen seitens des Machtblocks und konservativen, nationalistischen und bürgerlichen Kräften legitimiert werden (Zick et al. 2023). Diese Entwicklung ist nicht nur Ausdruck ökonomischer Konkurrenz, sondern auch das Resultat gezielter politischer Instrumentalisierung, die darauf abzielt, die Klassenstruktur zu fragmentieren und den neoliberalen Status quo zu stabilisieren (Biskamp 2019; Demirovic 2018; van Dyk/Burzan 2019). Migration fungiert in diesem Zusammenhang als Disziplinierungsinstrument für Arbeiter*innen, entlang ethnischer und nationaler Spannungslinien und ermöglicht es die soziale Kontrolle zu intensivieren und gleichzeitig neoliberale Reformen durchzusetzen. In Anbetracht einer zunehmend fragmentierten Gesellschaft, in der Individuen und Interessengruppen in vielfältigen Konkurrenzen zueinanderstehen und in der Solidarität zunehmend abnimmt, gewinnen die zuvor

beschriebenen Tendenzen an Bestand. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch repressive Durchsetzungstendenzen sowie eine Kombination von selektivem Korporatismus und einschneidenden sozialen Ausgrenzungsprozessen (Bieling 2017; Kim/Agirdopoulos 2020).

Des Weiteren stellt der autoritäre Populismus im Kontext der Transformation des modernen Staates eine spezifische politische Strategie dar, die sich durch eine gezielte Umstrukturierung staatlicher Institutionen und eine Neubewertung demokratischer Prozesse auszeichnet, wobei autoritäre Tendenzen als eine Reaktion auf die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems hervortreten. Der Zusammenhang zwischen autoritärem Populismus und staatlicher Umstrukturierung wird besonders deutlich in den Bereichen Migrationspolitik und Sparpolitik. Diese beiden Felder spielen eine zentrale Rolle in der politischen Strategie von autoritär populistischen Akteur*innen, die gezielt staatliche Strukturen umbauen, um sowohl politökonomische als auch soziokulturelle Widersprüche zu bedienen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt entlang nationalistischer und autoritärer Linien neu zu organisieren. Die Migrationspolitik wird dabei nicht nur als sicherheitspolitische Herausforderung, sondern als Instrument der nationalen Souveränität und Selbstbehauptung inszeniert (Häusler et al. 2018; Huke 2019). Die tiefe Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse, wird von der Migrationspolitik widerspiegelt. Insbesondere seit den Migrationsbewegungen 2015 hat sich ein Teil des Machtblocks, repräsentiert durch Angela Merkel sowie von liberalen Kräfte innerhalb der CDU, für eine relativ offene Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ausgesprochen, während konservative und populistische Kräfte, darunter der national-konservative Flügel der CDU um den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, dem verstorbenen Finanzminister Wolfgang Schäuble und dem damaligen Parlamentarischen Staatssekretär für Finanzen Jens Spahn und populistische Kräfte wie der AfD und Pegida, darin eine Bedrohung für die soziale und nationale Ordnung sahen (Biskamp 2019; van Dyk 2019.; Manow 2018). Diese Spaltung manifestiert sich auch in der bei den prekär Beschäftigten, die Migration oft als Konkurrenz um knappe Ressourcen und Arbeitsplätze wahrnehmen (Döring 2020; Faus/Storks 2019; Manow 2018). Die soziale Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse und den prekär Beschäftigten ist eine zentrale Dynamik, die sich im Kontext neoliberaler Wirtschaftspolitik und autoritärem Populismus seit 2015 als Spaltungslinie fort schreibt. Gleichzeitig werden Demokratieprojekten im Zuge der Schuldenbremse die Gelder gekürzt. Die *Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung*

schreibt dazu: „Menschen, die sich auf die professionelle Unterstützung verlassen und auf Hilfe angewiesen sind, können nicht mehr beraten und begleitet werden“ (BADG 2022).

Mit dem autoritären Populismus wächst gegenwärtig die selektive Kritik am Neoliberalismus, die bestimmte Elemente des neoliberalen Projekts angreift, während andere Aspekte beibehalten oder sogar verstärkt werden. Progressive Elemente wie Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und Antidiskriminierungsbildung, werden als Ausdruck einer kulturellen Hegemonie abgelehnt, da sie vermeintlich die nationale Identität und traditionelle Werte bedrohen und als Instrumente der gesellschaftlichen Zersetzung angesehen werden, die die Homogenität der Nation untergraben. Zudem werden Wohlfahrts- und Sozialstaat in Konkurrenz zu der als Bedrohung empfundenen Fluchtmigration betrachtet. Arbeitsmigration hingegen wird oft toleriert oder sogar gefördert, solange sie wirtschaftliche Vorteile bringt, beispielsweise durch die Ausbeutung von Niedriglohnkräften. Für den Niedriglohnsektor gilt dies jedoch oft nur temporär; gerade die Beschäftigten aus diesem Bereich werden häufig nicht vollständig anerkannt und sollen idealerweise wieder verschwinden, sobald die Arbeit erledigt ist. Im Rahmen neoliberaler Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau stehen diese populistischen Forderungen nach mehr staatlicher Unterstützung für die eigenen Bürger*innen zwar in einem gewissen Widerspruch zu den vorherrschenden wirtschaftlichen Politiken. Dennoch zeigt sich im aktuellen Verhältnis zu Migration und der Abwehr progressiver kultureller Elemente, dass dieser Widerspruch nicht auf einen grundlegenden Widerstand gegen neoliberale Politiken hinweist, sondern vielmehr deren Reproduktion begünstigt. Dies verdeutlicht, dass die populistischen Ansprüche oft innerhalb des bestehenden neoliberalen Rahmens agieren, ohne die zugrunde liegenden Strukturen der Ungleichheit und Ausgrenzung in Frage zu stellen. Denn die grundsätzliche Legitimität durch die Anerkennung der Autorität des Staates im Rahmen des vermeintlichen Kampfes der eigenen staatlichen Souveränität gegen Migration im Allgemeinen und der Abwehr außerstaatlicher Einmischungen im Besonderen, verdeckt allerdings die Beschneidungen des deutschen Staates hinsichtlich der Wohlfahrts- und Sozialstaatlichen Sparmaßnahmen für die Erhaltung der Exportnation Deutschland. Ralf Ptak argumentiert, dass die Durchsetzung dieser autoritär-populistischen Strategie darauf abzielt, die herrschende Klasse mit Zugriff auf die staatlich administrativen Machtzentren gegenüber anderen Interessenfraktionen und koalierenden Ansprüchen abzuschirmen, um weltwirtschaftlich orientierte Akkumulations- und Transformationsstrategien weiter zu stimulieren (Häusler et al. 2018: 30). Wenn die

Ampelregierung (SPD, FDP, Grüne) die Unionsfraktion CDU/CSU, der VDA (Verband der Automobilindustrie) und der Automobilkonzern VW einen Marktprotektionismus befürworten, um die heimische Wirtschaft zu schützen und dabei autoritär-populistisch die Schließung der offenen Märkte und der Regulierung des Freihandels in Bezug auf chinesische E-Autos, dann muss der Wohlfahrtsstaat nicht nur gegenüber fremdstaatlichen Menschen, sondern auch Waren geschützt werden. Denn gleichzeitig wird von repressiven oder autoritären Fraktionen innerhalb der herrschenden Klasse, die man als einen nationalistischen Block zusammenfassen kann, auch die Schließung der Grenzen hinsichtlich Fluchtmigration gefordert (Demirovic 2018; Manow 2018). Führende Wissenschaftler*innen sehen im sogenannten Deutschlandpakt eine Wiederholung des rassistischen Asylkompromisses der 1990er Jahre und verweisen auf die „Entrechtung der Menschen“ (Pichl et al. 2023) und dabei auch auf die „nötigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, zum Beispiel für Betreuungseinrichtungen und Schulen“ (ebd.) da diese den Kommunen den ökonomischen und zeitlichen Druck wegnehmen könnten.

Von einer Abkehr der neoliberalen Ideologie, kann also nicht die Rede sein, wenn zugleich der Ausbau des Niedriglohnssektors, hinsichtlich der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt, unterstützt und die Exportorientierung priorisiert wird. Diese selektive Anpassung des neoliberalen Wirtschaftsmodells zielt darauf ab, den wirtschaftlichen Erfolg des Landes zu sichern, während gleichzeitig nationale Interessen vor internationalen Verpflichtungen gestellt werden, wie dem Schutz der Menschenrechte von Migrant*innen oder der Finanzierung für Entwicklungszusammenarbeit. John Kannankulam schreibt dazu: „Nicht mehr staatlich-antizyklische Krisensteuerung, sondern Privatisierung, mehr Markt und Wettbewerb, sowie schlanker und aktivierender Staat stehen auf der Tagesordnung“ (Adolphs et al. 2010: 232). Nach Stuart Hall besteht demnach, die Intention darin, eine korporatistische Strategie durch eine anti-etatistische zu ersetzen. Wenn also der Machtblock selbst und Teile der herrschenden Klasse in Deutschland argumentieren, dass ökonomische, soziale oder ökologische Probleme nicht ohne staatliches Handeln zu bewältigen wären, die Rolle des Staates jedoch begrenzt werden müsse, dann hat dies nach Hall gleich zwei Gründe. Erstens hat dies eine politisch-ideologische Funktion. Versucht wird sich zum Zwecke populistischer Mobilisierung als anti-staatlich darzustellen. Zum anderen hat dies die Funktion die wohlfahrts- und sozialstaatliche Verantwortung auf die Bürger*innen zu übertragen (Hall 2014). In diesen neuen Grenzziehungen zeigt sich eine Umgestaltung gesellschaftlicher

Ordnungen. Denn wenn der deutsche Staat zunehmend Aufgaben an die eigenen Bürger*innen delegiert und gleichzeitig die soziale Sicherheit an die individuelle Arbeitskraft knüpft, dann wird die Verantwortung für den vermeintlich nationalen Verfall im Falle unzureichenden Wachstums auf den Einzelnen übertragen. Dies verstärkt eine entpolitisierende Individualisierung, die im klassischen Sinne der Neoliberalismus-Kritik interpretiert werden kann, weil vermeintlich zu wenig Fleiß und Engagement vorliegen. In diesem Kontext wird die kollektive Verantwortung für gesellschaftliche Herausforderungen verwischt und der Fokus auf individuelles Versagen gelenkt. Dabei fällt nach Hall die anti-etatistischen Strategie ins Gewicht, wenn eine Zunahme und Intensivierung der Konflikte sowohl zwischen den herrschenden Klassen als auch innerhalb des Machtblocks selbst zu beobachten ist (ebd.). So kann gezeigt werden, dass politische Parteien, wie die sogenannten Volksparteien SPD und CDU, aber auch DIE LINKE in den ostdeutschen Bundesländern, ihre Funktion als zentrale Organe der gesellschaftlichen Hegemonie und als Vermittler zwischen Verwaltung, Regierung und Wahlvolk verlieren. Gleichzeitig werden die traditionellen Institutionen des demokratischen Prozesses, darunter Parlamente, Gewerkschaften und lokale Gemeinschaften, geschwächt (von Berg 2019; Huke 2019). Diese Vermittlungsfunktion wird dahingehend zunehmend von parallelen Machtnetzen übernommen, wie zum Beispiel über rechtsextremen außerparlamentarische Netzwerke wie der Jungen Alternative oder der Identitären Bewegung, rechtsautoritären Think Tanks wie dem Institut für Staatspolitik oder dem Einfluss von libertären Lobbygruppen und Beratungsfirmen, die enge Verbindungen zum Machtblock haben, wie die nationalistische Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, dem Bund der Steuerzahler Deutschland oder der Stiftung Familienunternehmen für milliardenschwere deutsche Familienerben (Strobl/Mazohl 2022). Demirović spricht hier von einem neuen „Repräsentationsverhältnis“ (Demirović 2018: 28). Zudem entziehen sich diese Netzwerke weitgehend der öffentlichen Kontrolle, was die Transparenz und Rechenschaftspflicht in der politischen Entscheidungsfindung weiter untergräbt. Diese Entwicklung führt zu einer weiteren Entfremdung von Politik und verstärkt autoritäre Tendenzen. Die Umstrukturierung der Machtverhältnisse innerhalb des Staates mündet in einer Stärkung autoritärer Elemente und weist somit in eine Richtung, die zu einer stärker autoritär geprägten Staatsform führt.

In diesem Sinne ist der autoritäre Populismus als ambivalente Doppelbewegung zu verstehen, die gleichzeitig in Form von Populismus politisiert, jedoch auch (autoritär) entpolitisiert. Die Strategie der herrschenden Klasse sich als anti-staatlich darzustellen, ist somit Ausdruck des

politischen Antagonismus zwischen dem Volk und der Elite bzw. dem Nicht-Volk, wobei eben auch die Responsibilisierung der Bürger*innen betont wird, um bei der Zuweisung von Eigenverantwortung und der aktiven Selbststeuerung, das Individuum auf sich selbst zu verweisen. Diese Entpolitisierung und die damit einhergehende Entsolidarisierung gehen mit einer Kommodifizierung und Flexibilisierung der Arbeitskraft einher. Gleichzeitig vermitteln sie eine libertäre Wettbewerbsideologie und eine ökonomistische Werthaltung. Dem Kampf aller gegen alle bei gleichzeitiger Kategorisierung und Bewertung ganzer Bevölkerungsgruppen nach wirtschaftlichen Nützlichkeitskriterien (Huke 2019). Wenn Christian Lindner im Zuge des Wachstumschancengesetzes von 2024 die Absicherung von Kinderarmut gegen Integrationsmaßnahmen ausspielt, indem er betont, „Es gibt einen ganz klaren statistischen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kinderarmut“ (Tagesschau 2024), und gleichzeitig die Frage aufwirft, „Hilft man ihnen dadurch, mehr Geld aufs Konto zu überweisen?“ (ebd.), dann verfolgt er eine Strategie, die die Verantwortung von sich und der Regierung wegschiebt und zugleich Prekarisierung und Migration als Eigentümlichkeiten degradiert. Denn dahinter liegt eine bewusste Konsolidierung der oben genannten Herrschaftsverhältnisse, in denen neoliberale und autoritäre Deutungsmuster eingeschrieben sind. Und wenn Friedrich Merz die deutsche Migrationspolitik kritisiert, indem er behauptete, dass abgelehnte Asylbewerber in Deutschland bleiben und volle Sozialleistungen einschließlich medizinischer Versorgung erhalten und sagt „Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen“ (FAZ 2023) und immer wieder betont, dass der Sozialstaat überfordert sei, dann positioniert er sich nicht nur gegen eine vermeintliche Elite bzw. gegen die herrschende Klasse sondern, verkennet die Hauptursache für soziale Probleme und Ungleichheit in Deutschland, wobei diese bei ihm in der fehlenden Integration von Migranten liege, anstatt auf strukturelle Schieflagen innerhalb des deutschen Sozialsystems einzugehen (Manow 2020). Autoritäre Maßnahmen wie die Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Freiheiten, der Verengung des Sozialstaats oder die Verstärkung von Sicherheitsmaßnahmen als notwendige Schritte zum Schutz der Demokratie als vermeintlich legitime Instrumente, sind dabei Ausdruck einer Verschiebung der Macht von der parlamentarischen Legislative hin zur Exekutive, wodurch die Macht konzentriert wird und interne Dominanzen innerhalb des Staatsapparats neu geordnet werden. Daneben geht es um die Verselbständigung der staatlichen Politik zur Bearbeitung der ökonomischen Prozesse,

folglich um die exekutive Bearbeitung mit sozialen Konsequenzen. So fordern nicht nur die AfD, die Union und Teile der Ampelregierung, stärkere Exekutivmittel, um gegen die vermeintliche Bedrohung der nationalen Identität hinsichtlich Migration vorgehen zu können. Für eine vermeintlich notwendige Wiederherstellung von Ordnung und Prosperität hinsichtlich einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, drängen auch Verbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI 2024) und der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA 2024) auf eine Reform des Sozialstaates, hinsichtlich der Auszahlung zu hoher Sozialausgaben als Hindernis für wirtschaftliches Wachstum. Eine solche Reform wird als notwendig erachtet, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten.

Abschließend lässt sich feststellen, dass der Staat als mächtiges Ordnungsprinzip mit den Kernfunktionen der Sicherheit, Wohlfahrtsförderung, Herrschaftslegitimierung und Rechtsstaatlichkeit fungiert. Neoliberalismus wird dabei als Instrument betrachtet, das gesellschaftliche Realitäten strukturiert und individuelle Identitäten neu definiert. Die Diskussion konzentriert sich auf die Auswirkungen des autoritären Populismus auf die Lebensverhältnisse der Menschen und die daraus resultierenden Formen von Positionierung, Diskriminierung und Privilegierung. Es wird betont, dass sozioökonomische, kulturelle und politische Exklusionsmechanismen bestehende Klassen- und Geschlechterverhältnisse, rassistische Diskurse und nationale Identitätskonstruktionen stabilisieren. Alex Demirović (2018) argumentiert, dass der Neoliberalismus als Leitbild kapitalistischer Dynamik weiterhin fortgesetzt wird und sich in dieser neuen Phase auf den autoritären Populismus stützt. Dieser dient dazu, die sozialen Disparitäten neoliberaler Politik durch emotionale, identitäre und nationale Strategien zu verschleiern. Seit der Agenda 2010 und insbesondere seit der Eurokrise haben laut Ralf Ptak, Alexander Häusler und Alex Demirović signifikante Klassenveränderungen stattgefunden. Die Selbstabspaltung des bürgerlichen Lagers bedeutet, dass sich Teile der traditionellen bürgerlichen Mitte von den bisherigen, eher konsensorientierten politischen Leitlinien entfernen. Dies zeigt sich in der Hinwendung zu populistischen, nationalistischen und autoritären Positionen, wie sie etwa in der CDU/CSU oder der FDP in zunehmender Annäherung an die AfD sichtbar werden. Der sogenannte Schulterschluss zwischen wirtschaftsliberalen und rechtspopulistischen Kräften ist ein zentrales Element dieser Selbstabspaltung, die dazu beiträgt, die Kompromissbereitschaft und

den Pluralismus des liberalen Staates infrage zu stellen. Demirović argumentiert, dass ein autoritärer Umbau von Staat und Gesellschaft stattfindet, jedoch insofern, als dass die demokratischen Strukturen und Institutionen in Deutschland formell weiterhin bestehen bleiben. Er argumentiert, dass die neoliberale Reorganisation der kapitalistischen Reproduktion nicht auf Hegemonie abzielt und sich daher auch nicht in einer Hegemoniekrise befindet. Stattdessen verfolgt sie ihre Ziele durch autoritär-populistische Mittel, ohne auf Zugeständnisse oder Kompromisse angewiesen zu sein. Es handelt sich also eher um eine schleichende und subtile Verschiebung der politischen Prioritäten. Stuart Hall und John Kannankulam zeigen auf, dass die anti-etatistische Strategie des autoritären Populismus darauf abzielt, die Rolle der Demokratie zu begrenzen und die Verantwortung auf Individuen zu übertragen. Dies führt zu einer Entpolitisierung zentraler wirtschaftlicher Fragen und verlagert den Fokus auf kulturelle und identitätspolitische Themen, wodurch Auseinandersetzungen über soziale Gerechtigkeit und alternative Wirtschaftsmodelle marginalisiert werden. Der autoritäre Populismus verbindet diese Konstellationen mit der Ethnisierung der sozialen Frage und einem chauvinistischen Wirtschaftsnationalismus. Birgit Sauer spricht von einer Dominanzkultur, in der privilegierte Zugriffe auf Ressourcen fest verankert sind.

4.2 Diskursive und materielle Mechanismen zur Legitimation sozialer Ungleichheit

Da nun die staatlichen Strukturmerkmale des autoritären Populismus in Deutschland untersucht und kontextualisiert wurden, ist es wichtig die Diskurse und Narrative des autoritären Populismus hinsichtlich der Verschleierung und Legitimation sozialer Ungleichheit zu analysieren. Dabei wird in diesem Kapitel eruiert, inwiefern die Diskursstrategien zur ideologischen Kontrolle eingebracht werden. Zum anderen wie sozial- und wirtschaftspolitische Themensetzungen im Zuge des autoritären Populismus als ideologische Verdichtung fungieren, um soziale Kontrolle auszuüben und bestehende Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren.

Zuerst einmal ist es wichtig nochmal die staatlichen Spaltungslinien im autoritären Populismus festzuhalten um darauffolgend die Diskurse und Narrative des autoritären Populismus hinsichtlich der Verschleierung und Legitimation sozialer Ungleichheit, besser greifen zu können. Erstens institutionalisiert der bürgerliche Staat, in welchem der Neoliberalismus in Deutschland eingebettet ist, die Trennung zwischen denjenigen, die Produktionsmittel besitzen, und denjenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Zweitens institutionalisiert er die Trennung zwischen staatlichen Funktionsmitteln und politischen Akteuren. Drittens propagiert der Staat eine formale Gleichheit der Bürger*innen, während ein ungleicher Zugang zu Produktionsmitteln und Ressourcen besteht. Dabei haben die Bürger*innen als Privatrechtssubjekte das Recht auf Eigentum, wobei das Kapital zwischen Produktionsmittelbesitz und Arbeitskraft ungleich verteilt ist. Viertens kann festgehalten werden, dass Populismus im Kontext des Neoliberalismus als Instrument der politischen Mobilisierung dient, welches sich gegen den Staat richtet. Hierbei wird populistisch auf die Herrschaftsmittel des Staates zurückgegriffen, was eine ambivalente Wirkung erzeugt. Zugleich delegiert der Staat seine Verantwortung an den Einzelnen, wobei diese Form der Zuweisung von Eigenverantwortung, staatliche Verantwortung verdeckt. Fünftens ergeben sich paradoxe Souveränitätsansprüche, da supranationale Institutionen zugleich angerufen und staatliche Souveränität einschränkt wird. Sechstens werden gesellschaftliche Konflikte entlang identitärer Linien verschärft und finden ihren Ausdruck in der Polarisierung von politischen Positionen und ethnisch-nationalen Antagonismen. Siebtens sind dem Neoliberalismus Sexismus, Rassismus und Klassismus systemimmanent, wobei keine dieser als Haupt- oder Nebenwiderspruch des anderen erscheinen. Diese Spaltungslinien werden im autoritären Populismus als Diskursstrategien zur ideologischen Kontrolle verfestigt, wobei sich autoritäre Elemente in die demokratischen Strukturen einschreiben und zur Aufrechterhaltung neoliberaler Produktions- und Herrschaftsverhältnisse sowie sozialer Ungleichheit beitragen. Hier sei noch einmal auf das Diskursverständnis von Carina Book verwiesen, welche den autoritären Populismus als eine „konservative Mobilmachung gegen [die] liberale Demokratie, die die zugrundeliegende Kompromiss- und Verständigungsorientierung aufkündigt“ (Book et al. 2020: 10) beschreibt. Im Zentrum dieses Populismus stehe „eine dichotome Freund-Feind-Konstruktion von Zugehörigkeit zu einem nationalen Kollektiv und bedrohlichen 'Anderen' (z.B. Flüchtlinge, Migrantinnen, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden). Auch diejenigen, deren politische Position nicht mit dem

vermeintlichen Volkswillen übereinstimmt, werden als außerhalb des Volkes stehend gekennzeichnet" (ebd.).

Wichtig festzuhalten ist, dass durch die soziale Konstruktion von Wirklichkeit, Probleme und Krisen in den Diskursen erst erzeugt und benannt werden müssen, bevor sie als real und handlungsrelevant gelten. Was bedeutet, dass soziale Akteur*innen durch Sprache, Macht und Ideologie bestimmen, welche Themen als gesellschaftlich relevant oder bedrohlich wahrgenommen werden (Habermas 2014). Die Naturalisierung solcher Probleme, als unveränderliche, objektive Gegebenheiten, schränkt somit die politische Handlungsoptionen ein und legitimiert autoritäre Lösungsansätze. In diesem Sinne ist die Naturalisierung von Krisen und Problemen nicht nur ein sprachlicher Prozess, sondern ein machtpolitischer Mechanismus, der gesellschaftliche Ungleichheiten reproduziert und kritische Diskurse marginalisiert. So werden im autoritären Populismus neoliberale Disziplinierungsmaßnahmen mit autoritär-nationalistischen Diskursen verknüpft, wobei soziale Ungleichheiten weiter verschärft werden. In Anlehnung an Habermas lässt sich argumentieren, dass soziokulturelle und politökonomische Problematiken von politischen Akteuren selbst hervorgerufen werden. Diese werden anschließend als unveränderliche, objektive Konfliktfelder dargestellt (ebd.). Die Reproduktion solcher Problemkonstruktionen und Externalisierungen kann in der Bevölkerung zu einer Verstärkung dieser Wahrnehmung führen, wobei Überzeugungen zu Urteilen werden, die zuvor erzeugt wurden. Ein wesentliches Merkmal des autoritären Populismus ist die narrative Verknüpfung der vermeintlichen Bedrohung der sozialen Kohäsion und nationalen Identität. Denn wesentlich für den autoritär-populistischen Diskurs ist es, materielle gesellschaftliche Ungleichheiten und Klassegegensätze gezielt aus dem öffentlichen Diskurs auszublenden. In deutschen Fall werden dabei sowohl Ressentiments gegen Migrant*innen geschürt als auch neoliberale Haushaltsdisziplin verteidigt und führte bei der Neuen Rechten zur strategischen Schlussfolgerung einer metapolitischen Strategie, die auf eine langfristige Veränderung in den Überzeugungen der Bevölkerung abzielt (Biskamp 2019; Demirovic 2018; van Dyk/Burzan 2019). Diese Strategie zielt darauf ab, die Denkweisen und Praktiken der modernen Aufklärung, Wissenschaft, Demokratie und Freiheit zu beseitigen und die der liberalen Demokratie zugrundeliegenden Kompromiss- und Verständigungsorientierung aufzukündigen (Book et al.: 33).

Wie im vorherigen Kapiteln gezeigt, kam es im Zuge der verschiedenen Krisenkonstellationen innerhalb des bürgerlichen Lagers zu einer Neuausrichtung und Abspaltung von Teilen, die sich unzufrieden mit der als zu mittig, sozialdemokratisch oder kompromissbereit wahrgenommenen bürgerlichen Politik zeigten. Die Kompromissorientierung des liberalen Staates wurden dabei infrage gestellt und eine Politik gefördert, die auf Ausgrenzung, Nationalismus, dem Dogma des schlanken Staates und der Stärkung exekutiver Macht abzielte und somit Anknüpfungspunkte an die metapolitische Strategie der Neuen Rechten zeigte. In diesem Kontext hat die Rechte gelernt, taktisch mit eigenen Positionen umzugehen. Dies hat ihr dabei geholfen, sich zu modernisieren, offizielle Akzeptanz beim Bürger zu erlangen und in der Öffentlichkeit präsent zu sein (Book et al.: 33). Die Transformation der Diskurse wurde unter Zuhilfenahme populistischer Stilmittel strategisch umgesetzt, wobei autoritäre Positionen von Akteuren wie der AfD und Teilen der Unionsparteien als eine besondere Form von Demokratie dargestellt wurden. Insbesondere die AfD setzte populistische Narrative ein, um ihre autoritäre Politik als Ausdruck des sogenannten Volkswillens zu präsentieren und demokratische Institutionen wie das Parlament und die Medien als elitär und volksfern zu delegitimieren. Auf diese Weise konnten autoritäre Positionen in den politischen Diskurs eingebracht und als legitime demokratische Forderungen maskiert werden. Diese Strategie wurde jedoch nicht von allen Akteuren des rechten Spektrums übernommen, da sie eine gewisse Kompromissbereitschaft erfordert. Parteien wie die CDU/CSU und konservative Teile der FDP zögerten, sich vollständig autoritären Positionen anzuschließen, da dies ihre politische Glaubwürdigkeit innerhalb der demokratischen Öffentlichkeit hätte untergraben können. Insbesondere nach den abflauenden Diskursen in der Öffentlichkeit über die COVID-19 Pandemie, ist festzustellen, dass sich die Rhetorik innerhalb des ganzen Machtblocks geändert. Hinsichtlich Migrationspolitik und Austeritätspolitik hat sich gezeigt, dass eine wesentliche Taktik der Öffentlichkeitsarbeit des autoritären Populismus es ist, immer wieder neue Diskursräume zu eröffnen, Maximalforderungen zu stellen, Sagbarkeiten zu verschieben und die Medien vor sich herzutreiben. Dabei verschieben sich nicht nur die Grenzen des Sagbaren, sondern auch des Fragbaren. Beispiele liefern Christian Lindner „Wie viel Sozialstaat können wir uns noch leisten?“ (Welt 2024), oder Friedrich Merz „Wie viele Sozialleistungen können wir noch verkraften?“ (DW 2023) zu genüge. So zeigt der Diskurs um Migration beispielsweise, wie Migrant*innen als Bedrohung für soziale Stabilität und nationale Identität

konstruiert werden, obwohl die Ursachen für soziale Spannungen oft in wirtschaftlicher Ungleichheit und politischen Entscheidungen liegen.

Wie bereits gesagt und wie an diesen Beispielen nochmals ganz offensichtlich wird, besteht eine zentrale Strategie des autoritären Populismus darin, die Massenunzufriedenheiten in der Bevölkerung insoweit zu manipulieren als das sie für die eigene Ziele mobilisiert werden können. Dabei wird in Deutschland vor allem auf ökonomische und soziale Verwerfungen zurückgegriffen. Die Ablehnung des Bürgergelds dient als ein Paradebeispiel für die Mobilisierung gegen sozialstaatliche Maßnahmen. Diese Argumentationslinie zielt darauf ab, die Verteilungsgerechtigkeit infrage zu stellen und staatliche Eingriffe als übergriffig und wirtschaftlich schädlich zu markieren. So nutzen verschiedenste Akteur*innen der herrschenden Klasse und des Machtblocks dieses Thema, um Ressentiments gegenüber dem Sozialstaat und Empfänger sozialer Leistungen zu schüren. Durch die Rhetorik, dass das Bürgergeld Leistung bestraft und den „fleißigen Bürger“ („Es ist eine sittliche Pflicht, zu arbeiten“ Olaf Scholz in Merkur 2024) benachteilige, wird ein Bild einer ungerechten Umverteilung gezeichnet, um eine vermeintliche Spaltung zwischen einer „hart arbeitenden Bevölkerung“ (ZDFheute 2024) und „Totalverweigerern“ (ebd.) zu erzeugen. Die Auswertung von Daten zu sogenannten Totalverweigerern hat ergeben, dass es sich hierbei um eine Gruppe von lediglich 23.400 Personen handelt (Höfgen 2024). Diese Spaltung, dient nicht nur dazu, Gruppen aus den unteren Einkommensschichten gegen Bürgergeldempfänger*innen auszuspielen, deren Gleichheit schon darin besteht einen ungleichen Zugang zu Produktionsmitteln und Ressourcen zu haben. Diese soziale Spaltung dient auch dazu über den Begriff der Arbeit Eigenverantwortungen hinsichtlich der Stabilität und Ordnung des Wohlfahrtsstaates zuzuweisen, um damit gleichzeitig staatliche Verantwortungen zu verdecken. Dass die soziale Herkunft die Chancengleichheit bezogen auf die soziale Mobilität bestimmt, fällt dabei unter den Tisch. Dem sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist zu entnehmen, dass in den letzten 30 Jahren die oberen 10 Prozent der Einkommen in Deutschland um 40 Prozent gestiegen sind, während die Einkommen für die unteren 10 Prozent sogar um 0,4 Prozent gesunken sind (Persau 2021: 48). Wobei die Armutsquote von Erwerbstätigen in den letzten 10 Jahren bei 7,7 bis 9,9 Prozent lag und 7,2 Millionen Menschen (15%) im Niedriglohnsektor arbeiteten (ebd. 127). Obgleich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zumeist einer Beschäftigung nachgeht, besteht gleichwohl ein fortwährendes Risiko, in die Armut abzurutschen. Zudem ist ein Anstieg des

Anteils der armen Bevölkerungsgruppe zu verzeichnen. Dabei wird mehr als die Hälfte aller Vermögen in Deutschland nicht erarbeitet, sondern geerbt. Denn in Hinblick auf die Vermögensverteilung ist die Ungleichheit sogar noch größer. Die obere Hälfte der Deutschen besitzt 99,5 Prozent aller Vermögen, während die ärmere Hälfte nur über 0,5 Prozent verfügt (ebd. 48). Die Zunahme von Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Gesellschaft kann, wie im Folgenden noch weiter gezeigt wird, das Vertrauen in etablierte politische Systeme untergraben und ökonomisch marginalisierte Gruppen, sowie Gruppen, die sozioökonomisch einen Abstieg befürchten, dazu bringen, autoritäre und populistische Forderungen zu bekräftigen.

Damit zusammenhängend ist der Widerstand gegen (erhöhte) Staatsausgaben. Getragen wird dieser Widerstand insbesondere von autoritär-populistischen Akteur*innen, die sich gegen staatliche Investitionen und Ausgaben im Zuge des Sozial- und Wohlfahrtsstaat positionieren. Dabei werden die Ausgaben als unnötige Belastungen für die Steuerzahler*innen und als Ausdruck einer vermeintlichen Verschwendungspolitik angesehen (Häusler et al. 2018; Huke 2019). Ein weiterer Aspekt, der in diesem Sinne gegen eine Realisierung von Investitionen spricht, ist die Tatsache, dass sich der Nutzen erst in der Zukunft entfaltet und somit erst zu einem späteren Zeitpunkt sichtbar wird. Dies führt zu einer geringen politischen Attraktivität seitens Regierender (ebd.). Gleichzeitig wird die staatliche Verschuldung als Bedrohung für die zukünftige Generation fantasiert und instrumentalisiert, wobei die Rhetorik der Eigenverantwortung und der Notwendigkeit von Sparpolitik genutzt wird, um die neoliberale Wirtschaftsagenda zu verstärken (Demirović 2021). Insbesondere in der Debatte um Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, der Sozialausgaben, der Migration und des Bundeshaushalts, spielen diese Argumente eine zentrale Rolle. Hierbei werden Umverteilung, Verschuldung und langfristige Investition als Bedrohungen für die nationale Souveränität, vor dem Hintergrund fiskalpolitischer Autonomie, nationaler Priorisierungen und übergeordneter Entscheidungsinstanzen dargestellt. Durch diese Strategien wird nicht nur die Zustimmung zu autoritär-populistischen Maßnahmen gestärkt, sondern es wird zudem polarisiert und gespalten. Denn die Massenunzufriedenheit mit dem Status quo wird gezielt dahingehend nutzbar gemacht, als dass das Vertrauen in demokratische Institutionen untergraben und eine alternative autoritärere politische Ordnung und neoliberale Ökonomie legitimiert wird. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass eine konsequente Sparpolitik oft gefordert wird, um die Schuldenquote von Deutschland zu reduzieren und den „Abbau von

Defiziten und Schuldenstandsquoten [zu] gewährleisten“ (Finanzministerium 2024). wie Christian Lindner im *Handelsblatt* schmerzfrei kommentiert. Dennoch berechnet sich die Schuldenquote nicht nur aus der Höhe der Staatsverschuldung, sondern auch aus dem Bruttoinlandsprodukt. So zeigen Oliver Blanchard und Daniel Leigh, dass Sparpolitiken meist ein niedrigeres Wirtschaftswachstum bewirken und somit das Bruttoinlandsprodukt sinkt, was dann wiederum zu einer höheren Schuldenquote führt (Blanchard/Leigh 2014). Wie stark die negativen Rückkopplungseffekte der Sparpolitiken auf das Wirtschaftswachstum sind, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Jedoch kann festgestellt werden, dass Kürzungen oder das Aussparen öffentlicher Investitionen langfristig das Wirtschaftswachstum am stärksten verringern und die Schuldenquote sogar erhöhen können (Blanchard/Leigh 2014; Jäger/Springler 2015). Zudem ist einzuwenden, dass Ausgabensenkungen nicht nur ökonomische Auswirkungen haben, sondern auch soziale Differenzen und Dispositionen in der politischen Kultur evozieren (Albanese et al. 2022; Cavaillé/Ferwerda 2023; Cremaschi et al. 2022; Fratzscher 2023.; Gabriel et al. 2022; Hübscher et al. 2023). Und wenn sich eine Rezession abzeichnet, dann wirkt Sparpolitik durch ihren negativen Effekt auf die Nachfrage besonders wachstumshemmend.

Wirtschaftliche Krisen und soziale Desintegration in Phasen ökonomischer Destabilisierung und Stagnation können durch eine erhöhte Arbeitslosigkeit, sinkender Wirtschaftsleistung und Einschnitten in den Sozialstaat ebenfalls das politische Umfeld destabilisieren und das Aufkommen eines autoritären Populismus begünstigen. Schließlich hängen in Deutschland die Zustimmungen zum politischen System stark mit der wirtschaftlichen Leistung des Staates zusammen, wie beispielsweise Cas Mudde und Jan-Werner Müller in ihrer Populismusforschung betonen (Mudde 2017; Müller 2017). Solange das Wirtschaftswachstum stabil bleibt und Arbeitsplätze gesichert sind, besteht die Wahrnehmung, dass nationale Interessen durch wirtschaftlichen Erfolg geschützt werden, wobei der Standortnationalismus stimuliert wird. Sofern staatliche Austeritätspolitiken eine Reduktion öffentlicher Leistungen, wie beispielsweise im Bildungssystem, im Gesundheitswesen oder in der staatlichen Versorgungsinfrastruktur zur Konsequenz haben, kann dies zu einer Stärkung rechtspopulistischer Parteien sowie einem allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft führen. Wie Floris Biskamp argumentiert, ist dieser Zusammenhang nicht allein aus der staatlichen

Fiskalpolitik heraus zu erklären. Für ihn bedeutet das: „Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch“ (Biskamp 2019: 463).

Philip Manow argumentiert, dass der autoritäre Populismus in Deutschland, sich unter anderem deswegen in einem Rechtspopulismus äußere, weil sich der Protest primär gegen den freien Verkehr von Arbeitskraft richte, also Migration. Insbesondere wenn Migrant*innen der Zugang zum Wohlfahrtsstaat nicht verwehrt wird, wird dies zu einer populistischen Motivlage, die von autoritären Akteur*innen mit nationalen Souveränitätsansprüchen verbunden wird und entlang ethnischer Identitätslinien ihren Ausdruck findet. Der rechtsautoritäre Populismus, so Manow, werde speziell von „Arbeitsmarkt-Insider“ (Manow 2018: 63) getragen, wobei „diese fürchteten [...] mit ihren Sozialbeiträgen die Wohlfahrt von Geflüchteten zu finanzieren, die selbst noch nie zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beigetragen hätten, sodass es letztlich zu einer Überlastung der Wohlfahrtssysteme kommen könne“ (Biskamp 2019: 464). Als Insider gelten diejenigen, die auf der Basis eines unbefristeten Arbeitsvertrags und/oder mehr als 30 Wochenstunden arbeiten. Als Arbeitsmarkt-Outsider, diejenigen die nicht unter diese Angaben fallen. Auf diese Weise ist zu erklären, dass sich das „Flüchtlingsthema“ (Manow 2018: 101) in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen mit dem Thema soziale Gerechtigkeit verbunden ist, und der Konflikt um die Migrationspolitik um den Bereich des Wohlfahrtsstaats zirkuliert. Im Zuge der Bundestagswahl 2017, haben Hans-Georg Betz und Fabian Habersack ermittelt, dass 50 Prozent der Befragten in West- und 44 Prozent der Befragten in Ostdeutschland, Migration mit dem Wohlfahrtsstaat verbinden (Heinisch et al. 2020: 122). So argumentiert Manow folgerichtig, dass die allgemeine These der Populismusforschung, Rechtspopulismus nur anhand von Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer*innen zu erklären, nicht korrekt sei (Manow 2018). Vielmehr ist es im deutschen Fall „die Problematik eines exportorientierten Wachstumsmodells mit starken wohlfahrtsstaatlichen Kompensationselementen, die in den letzten Jahren erheblich unter Druck geraten sind“ (ebd. 102). Er führt weiter aus, dass „die Statussicherung substanziell verringert, die Grundsicherung hingegen teils sogar ausgebaut“ wurde (ebd.). Biskamp kritisiert an Manow jedoch, dass die rechtspopulistischen Wahlentscheidungen der Arbeitsmarkt-Insider „nicht ökonomisch-rational selbstverständlich, sondern kulturell erklärungsbedürftig“ (Biskamp 2019: 464) seien. Die rechtspopulistischen Wahlentscheidungen seien eben keine individuellen bzw. rationalen Entscheidungen, sondern folgen kollektiven Urteilen und einem intersubjektiven Willensbildungsprozess. Dies deckt

sich mit dem vom Präsidenten des deutschen Institut für Wirtschaft (DIW), Marcel Fratzscher, festgestellten AfD-Paradox. Fratzscher argumentiert dafür, dass die Hauptleidtragenden der AfD-Politik ihre eigenen Wähler*innen wären, würde diese Exekutiv umgesetzt werden (Fratzscher 2023). Zudem lasse sich, so Biskamp, in einem Wohlfahrtsstaat, der sich durch eine vergleichsweise großzügige und offene Arbeitsmarktpolitik auszeichnet, wie es in Deutschland der Fall ist, prognostizieren, dass Arbeitsmarkt-Insider durch die Aufnahme einer großen Zahl von Geflüchteten ökonomische Nachteile weitaus weniger zu befürchten haben als Prekarierte und Arbeitslose, sowie (post-)migrantische Minderheiten, die aufgrund des rassistisch segmentierten Arbeitsmarktes überdurchschnittlich oft einfachen und schlechter entlohnten Beschäftigungen nachgehen müssen (Biskamp 2019). Autoritär-populistische Tendenzen sind dahingehend mit den ambivalenten, irrationell geprägten und krisenanfälligen, maskulinistisch und ethnisch-nationalen orientierten Identitätspolitiken verbunden. Wobei eben diese kulturellen und ökonomischen Erklärungen, die Verbindung zwischen Wohlfahrtsstaat und Identität betont. Dies deckt sich ebenfalls mit den Daten der Leipziger Autoritarismus-Studie und den Argumenten von Silke van Dyke, die den Rassismus der linken und der sogenannten bürgerlichen Mitte, welche zu den Rechten übergelaufen sind, nicht nur als Reaktion auf den soziale Abstieg sehen, sondern große Teile schon immer rassistisch eingestellt waren und sich nun Diskursräume eröffnen, den diskriminierenden Anschauungen nachgehen zu können (van Dyk/Burzan 2019; Oliver Decker et al. 2022). Diese Dynamiken erfahren eine weitere Intensivierung durch autoritär-populistische Akteur*innen und Bewegungen, welche das Gefühl der Einheit und Homogenität der Großgruppe adressieren und diese kollektive Identität dazu nutzen, um den Wunsch nach einer ethnisch definierten Volkssouveränität zu stärken. Dies erfolgt jedoch auf der Grundlage einer Definition und Abgrenzung gegenüber dem *Anderen* bzw. *Fremden*. Den sozialen Funktionsmerkmalen von Zugehörigkeit und Anerkennung, gehen dabei Normalitätsdiskurse und soziale Erwünschtheit voraus, wobei die gegenseitige Anerkennung als eine sogenannte politischen Mitte, das Ideal der Harmonisierung von Gegensätzen verfolgt. Hans-Jürgen Puhle geht recht mit der Annahme, dass dem autoritären Populismus als „reaktives Produkt“ (Otten et al. 2011: 30) die Konstruktion der Mitte inhärent ist und politische Prozesse der Widerspruchsverarbeitung als vermeintliche Störungen beseitigt werden.

Stephan Kaufmann erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass diese Orientierung an der Mitte auch in der Populismusforschung selbst vorzufinden ist. Zwar kritisiert er die Studien

verschiedenster Autor*innen (Albanese et al. 2022; Cavallé/Ferwerda 2023; Cremaschi et al. 2022; Gabriel et al. 2022; Hübscher et al. 2023) dahingehend, dass sie die Verantwortungen für soziale Missstände von den strukturellen Bedingungen des Kapitalismus und den bewussten politischen Entscheidungen der Regierenden auf deren Fehler oder Versäumnisse verschieben und somit nicht berücksichtigen, dass bestimmte politische und wirtschaftliche Maßnahmen bewusst getroffen werden und dabei politische Kosten gezielt einkalkuliert werden. Jedoch sind die Erklärungsmuster dahingehend von Bedeutung, als dass sie eine weitere Analyseebene in Bezug auf Populismus und Wohlfahrtsstaat bieten. In diesem Zusammenhang ist nicht nur die Verbindung von Staat und Arbeit relevant, sondern auch der Zusammenhang hinsichtlich des ungleichen Ausbaus und verteilten Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen (Kaufmann 2024). Die von Kaufman kritisierten Autor*innen argumentieren, dass staatliche Sparprogramme mit einem Erstarken populistischer Parteien einhergehen, insbesondere Parteien aus dem rechten Lager. Dabei analysieren Leonardo Baccini und Thomas Sattler die nationalen Wahlergebnisse in ganz Europa seit den 1990er Jahren und zeigen auf, dass die Unterstützung für populistische Parteien in wirtschaftlich gefährdeten Regionen durch Sparmaßnahmen zunimmt (Baccini/Sattler 2024). Beispielsweise zeigen sie auf, dass Deutschland signifikante Kürzungen in der öffentlichen Infrastruktur schon vor der Finanzkrise 2007 implementiert hat (ebd. 3). Dies deckt sich auch mit den Daten des Statistischen Bundesamt. Daraus ist zu entnehmen, dass seit 2003 die Nettoinvestitionen der Kommunen in Deutschland negativ sind, was bedeutet, dass die öffentliche Infrastruktur in den Kommunen seit 2003 an Wert verliert (Gornig 2019: 2). Auch der Modernitätsgrad, also der Anteil neuer Anlagen am Anlagenbestand sinkt seit 1991 kontinuierlich, was bedeutet, dass keine Investitionen in den Ausbau und die Modernisierung erfolgen, stattdessen werden lediglich Ausgaben für die Instandhaltung der Infrastruktur getätigt (ebd.). So ist die kommunale Infrastrukturausstattung eben Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und unter dem Aspekt gleichwertiger Lebensbedingungen funktionsbeeinträchtigt. Zudem schaffen mangelnde Infrastrukturinvestitionen Ungleichheiten in der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Schaffung von Wachstumspotentialen, wobei diesbezüglich besonders die Aspekte der Versorgungssicherheit und Zufriedenheit der Bevölkerung von Relevanz sind. Nach Berechnungen der EU-Kommission wird Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt in Sachen Investitionsquote im Jahr 2025 sogar auf den vorletzten

Platz in der EU landen (European Commission. Directorate General for Economic and Financial Affairs 2024).

Die Studie von Charlotte Cavaillé und Jeremy Ferwerda zeigt außerdem auf, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Erstarken migrationsfeindlicher Parteien und Austeritätspolitik gibt. Sie zeigen auf, dass Sparmaßnahmen die Besorgnis in der Gesellschaft über Einwanderung verstärken können und der eingeschränkte Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen mit Einwanderung in Verbindung gebracht wird (Cavaillé/Ferwerda 2023). Dies deckt sich auch mit Manows These, dass in Deutschland Migration mit sozialer Gerechtigkeit verbunden wird. Nach Ansicht von Ricardo Duque Gabriel u. a. resultieren Austeritätspolitik und fiskalische Konsolidierungen in einem signifikanten Rückgang der Wirtschaftsleistung, der Beschäftigung, der Investitionen und der Löhne. (Gabriel et al. 2022). So tragen Deprivationserfahrungen zu einem Anstieg rechter politischer Parteien, einer Abnahme der Wahlbeteiligung und einer zunehmenden politischen Fragmentierung bei. Denn Sparpolitik und soziale Ungleichheit hängen zusammen. Auswirkungen von Austerität können Langzeitarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Kürzungen von staatlichen Leistungen, wie dem Bürgergeld sein und dieses verschärft insbesondere die Einkommensungleichheit (Ball et al. 2013). Baccini und Sattler argumentieren zudem, dass sich durch staatliche Sparmaßnahmen Entfremdungen innerhalb der Bevölkerung, aber auch zum Staat verfestigen und durch die Betonung der Eigeninitiative und Selbstverantwortung, Wohlstandsvermehrung zwar als kollektives Ziel angesehen wird, jedoch unter dem Vorzeichen eines gestiegenen Konkurrenzdrucks, welcher vom Staat nicht kompensiert wird (Baccini/Sattler 2024: 10). Zudem wird durch die autoritär-populistisch forcierte Migrationspolitik, die Aufmerksamkeit von den fiskalpolitischen Maßnahmen auf soziokulturelle Themen gelenkt, da Migrant*innen für den gestiegenen Konkurrenzdruck verantwortlich gemacht werden. Des Weiteren zeigen Cavaillé und Ferwerda auf, dass das neoliberale Leistungsnarrativ der sozioökonomischen Konstruktion des Standortnationalismus gleichkommt (Cavaillé/Ferwerda 2023: 6). Migrant*innen werden den Autor*innen zufolge der ordoliberalen Vorstellung nach *Verdientheit* hin bewertet, also der Frage inwiefern es Migrant*innen verdienen, überhaupt oder im selben Ausmaße vom Wohlfahrtsstaat und öffentlichen Dienstleistungen zu profitieren.

Im Hinblick auf diese Studien ist festzustellen, dass die autoritär-populistischen Akteur*innen die Ressentiments gegen die staatlichen Sparprogramme für sich nutzbar machen und sich gleichzeitig an einer anti-etatistischen Strategie bedienen. Wie Hall und Poulantzas festgestellt haben, wird die sozialdemokratische Idee des Korporatismus, die Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder Berufsverbände durch deren Einbindung in Entscheidungsprozesse zu koordinieren und miteinzubeziehen, zum Grundsatz gewandelt, die Rolle des Staates hinsichtlich der Lenkung und Organisation von Gesellschaft und Wirtschaft zu begrenzen (Hall 2014; Kannankulam/Poulantzas 2008). Dieser autoritäre Populismus mobilisiert die Ressentiments gegenüber dem Staat, wenngleich zu einer Nutzung staatlicher Macht zur Durchsetzung neoliberaler und autoritärer Maßnahmen animiert wird, welche die strukturellen Probleme mit Exekutivmitteln zügig bearbeiten sollen (Demirovic 2018). Wobei staatliche Interventionsbereiche im Hinblick auf die Verschmelzung von legislativen, exekutiven und judikativen Funktionen neudefiniert werden. Indem der Staat als unverhältnismäßiger oder unterdrückender Akteur dargestellt wird, der die Interessen des Volkes bedroht, werden konkrete machtpolitische Transformationen verschleiert. So lässt sich feststellen, dass nicht mehr liberale Grundprinzipien wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit oder demokratische Begrenzungen der inhärenten Widersprüche des Kapitalismus zu Diskussion gestellt werden. Darüber hinaus werden die von Ausbeutung und Unterdrückung herrührenden Erfahrungen entpolitisiert und in disparate Ressentiments und Interessen gespalten, wobei diese dann vom autoritären Populismus ideologisch gebunden werden. Innerhalb eines im Neoliberalismus verhafteten, industriellen und exportorientierten Wirtschaftsmodells Deutschlands führt die Konstellation sinkender Absatzmärkte und Rezession zu einer Stärkung extrem rechter Parteien wie der AfD. Diese Entwicklung zeigt sich insbesondere in Regionen mit einem hohen Exportanteil sowie in Ostdeutschland, wo der Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge besonders spürbar ist. Zudem lässt sich eine signifikante Verwobenheit von Identitätskonstruktionen mit ökonomisch geprägtem Standortnationalismus insbesondere bei Männern beobachten.

Es empfiehlt sich, die Verbindung des interdependenten Verhältnisses von Wohlfahrtssystem, sozialer Ungleichheit, neoliberaler Wirtschaftsordnung und autoritärem Populismus näher zu erläutern. Denn wie Ulrich Brand feststellt, geht es in der Aufrechterhaltung neoliberaler Produktions- und Herrschaftsverhältnisse, auch um den Erhalt einer imperialen Lebensweise,

die im kollektiven Alltagsverstand der Bürger*innen eingeschrieben ist (Brand/Wissen 2017). Die Beibehaltung der ressourcenintensiven und ausbeuterischen Lebensstile des globalen Nordens, funktioniert nur unter dem Prinzip globaler Ungleichheit und der Ausbeutung von Arbeitskraft, Natur und Ressourcen in anderen Teilen der Welt. Der Konsens zur Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise beruht maßgeblich auf dem Prinzip dieser kostengünstigen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen (ebd.). Die deutsche Wirtschaftspolitik, die auf Wettbewerbsfähigkeit und nationale Autarkie ausgerichtet ist, basiert auch auf dem spezifisch nationalistisch geprägten Wohlstandsverständnis des Standortnationalismus. Der Zusammenhang zwischen Standortnationalismus und imperialer Lebensweise zeigt sich darin, dass der Fokus auf nationale Interessen und wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit letztlich die Ausbeutung anderer Länder legitimiert und aufrechterhält, während gleichzeitig der eigene Lebensstil auf den ungleichen globalen Austausch von Ressourcen und Arbeitskraft angewiesen ist. Birgit Sauer hat darauf hingewiesen, dass rechte und konservative Akteur*innen diese Ungleichheit zur Aufrechterhaltung des materiellen Wohlstandsmodells durch autoritäre Ansprachen überdecken (Sauer 2017). In diesem Diskurs wird auf ein männlich geprägtes Identitätsmodells zurückgegriffen, häufig durch eine Verbindung zwischen Männlichkeit und der Nutzung fossiler Energieträger, insbesondere Öl. Diese symbolische Verbindung spiegelt eine tief verwurzelte patriarchale Vorstellung von Kontrolle und Unabhängigkeit wider, die in den Versprechungen ökonomischer Autonomie und technologischem Fortschritt Ausdruck findet (Brand/Wissen 2017). Sie ist zudem verbunden mit der Verunsicherung vieler — insbesondere männlicher — Individuen, die mit Orientierungslosigkeit und Einsamkeit auf den Zerfall traditioneller sozialer Wert- und Normvorstellungen reagieren, wodurch der am Kosmopolitismus orientierte Individualismus einen Verlust an sozialer Bindung und Sinnstiftung erzeugt. In diese Leere kann dann eine autoritäre und maskulinistische Ideologie eindringen, welche beispielsweise fossile Energie und nationale Souveränität als Symbol für Stärke und Stabilität inszeniert (ebd.).

Demirović und Ptak betonen, dass sich die Ungleichheit innerhalb der Subalternen verschärft hat, da die unteren Schichten der Arbeiterklasse zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt wurden, während ein kleiner Teil der Arbeiterklasse, insbesondere in hochqualifizierten Bereichen, relativ stabile Positionen beibehalten konnte (Demirovic 2018; Häusler et al. 2018). Branchen, die von Deregulierungen und Flexibilisierungen betroffen waren oder sind, verzeichnen eine Zunahme von befristeten

Arbeitsverträgen, Leiharbeit und Teilzeitarbeit, was die soziale Unsicherheit für einen großen Teil der Subalternen erhöhte (Manow 2018). Hier sei insbesondere auf die Polarisierungen hinsichtlich des unterschiedlichen Zugangs zu gewerkschaftlichem Schutz und staatlicher Absicherung verwiesen, während abgesicherte Arbeiter*innen und Teile der bürgerlichen Klasse, die nicht in Leiharbeit oder Teilzeitarbeit stecken, von bestehenden sozialen Schutzmechanismen profitieren können. Diese Arbeitsmarkoliberalisierungen sind das Ergebnis restriktiver fiskalpolitischer Maßnahmen, die die öffentlichen Investitionen und soziale Leistungen einschränkten und soziale Ungleichheiten durch staatlich verringerte Umverteilungsmechanismen verstärkte. Demirović und Ptak argumentieren, dass die neoliberalen Maßnahmenpakete eine Form der Klassenherrschaft darstellen, die darauf abzielt, die Bedingungen der Kapitalakkumulation durch die Disziplinierung von Beschäftigten und die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen zu sichern (ebd.). Die Schuldenbremse ist dabei ein institutioneller Ausdruck dieser Strategie, die die Handlungsspielräume des Staates beschränkt und neoliberale Sparprinzipien in den staatlichen Strukturen verankert.

In diesem Kapitel konnte gezeigt werden, dass der autoritäre Populismus in Deutschland von diskursiven Strategien und materiellen Mechanismen geprägt ist, welche soziale Ungleichheiten verschleiern und legitimieren. Es wurde analysiert wie diese Diskursstrategien zur ideologischen Kontrolle beitragen und bestehende Machtstrukturen sowie Herrschaftsverhältnisse stabilisieren. Der Staat institutionalisiert die Trennung zwischen Eigentümer*innen von Produktionsmitteln und denen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Die propagierte formale Gleichheit wird in der Praxis durch materielle Ungleichheiten und asymmetrische Machtverhältnisse unterlaufen. Der autoritäre Populismus instrumentalisiert diese Diskrepanz, um soziale Kontrolle auszuüben und die bestehenden Machtstrukturen zu stabilisieren, wodurch soziale Ungleichheiten weiter vertieft werden. Autoritär-populistische Diskurse nutzen diese Diskrepanz, indem sie soziale Probleme naturalisieren und den Fokus von ökonomischen Ungleichheiten zu kulturellen und identitären Konflikten verschieben, indem sie ein -Wir gegen die Anderen- konstruieren. Dies führt zur Verschärfung gesellschaftlicher Spaltungen entlang ethnischer und nationaler Linien, während die tatsächlichen Macht- und Ressourcenungleichheiten aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt werden. Floris Biskamp argumentiert, dass der autoritäre Populismus materielle Ungleichheiten und Klassengegensätze gezielt aus dem öffentlichen Diskurs ausblendet. Stattdessen werden Ressentiments gegen Migrant*innen geschürt und

neoliberale Haushaltsdisziplin verteidigt. Die metapolitische Strategie der Neuen Rechten zielt darauf ab, die Überzeugungen der Bevölkerung langfristig zu verändern und demokratische Prinzipien zu untergraben. Die Transformation der Diskurse erfolgt durch populistische Stilmittel. Autoritäre Positionen werden von Akteur*innen wie der AfD und Teilen der Unionsparteien als Ausdruck des sogenannten Volkswillens dargestellt, während demokratische Institutionen delegitimiert werden. Dies verschiebt die Grenzen des Sagbaren und Fragbaren im öffentlichen Diskurs, wie Beispiele von Christian Lindner und Friedrich Merz zeigen. Philip Manow zeigt auf, dass der Protest im autoritären Populismus sich primär gegen Migration richtet, insbesondere wenn Migrant*innen Zugang zum Wohlfahrtsstaat erhalten. Arbeitsmarkt-Insider fürchten, ihre Sozialbeiträge würden zur Finanzierung von Geflüchteten verwendet, was zu einer Überlastung der Wohlfahrtssysteme führen könne. Biskamp kritisiert jedoch, dass diese Wahlentscheidungen kulturell erklärungsbedürftig sind und nicht allein ökonomisch-rational verstanden werden können. Er betont die Verbindung von Wohlfahrtsstaat und Identität sowie die Rolle von ambivalenten, maskulinistisch und ethnisch-national orientierten Identitätspolitikern. Stephan Kaufmann weist darauf hin, dass Studien oft die Verantwortung für soziale Missstände von den strukturellen Bedingungen des Kapitalismus auf individuelle Fehler der Regierenden verschieben. Dennoch zeigen Forschungen von Baccini und Sattler sowie Cavaillé und Ferwerda, dass staatliche Sparprogramme und Austeritätspolitik mit dem Erstarken populistischer Parteien einhergehen. Diese Maßnahmen führen zu wirtschaftlicher Unsicherheit, verschärfen soziale Ungleichheiten und erhöhen die Anfälligkeit für populistische und migrationsfeindliche Tendenzen. Ulrich Brand und Markus Wissen betonen, dass die Aufrechterhaltung neoliberaler Produktions- und Herrschaftsverhältnisse mit dem Erhalt einer imperialen Lebensweise verbunden ist. Diese basiert auf globaler Ungleichheit und der Ausbeutung von Arbeitskraft und Ressourcen. Birgit Sauer ergänzt, dass rechte und konservative Akteur*innen diese Ungleichheit durch autoritäre Ansprachen überdecken und häufig auf männlich geprägte Identitätsmodelle zurückgreifen. Demirović und Ptak argumentieren, dass neoliberale Maßnahmenpakete eine Form der Klassenherrschaft darstellen, die darauf abzielen, die Bedingungen der Kapitalakkumulation durch die Disziplinierung von Beschäftigten und die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen zu sichern. Die Ungleichheit innerhalb der Subalternen hat sich verschärft, wobei die unteren Schichten der Arbeiterklasse in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt wurden. Die Schuldenbremse wird als

institutioneller Ausdruck dieser Strategie gesehen, die die Handlungsspielräume des Staates beschränkt und neoliberale Sparprinzipien verankert. Die Betonung von Eigenverantwortung und die Delegation staatlicher Pflichten an Individuen verdecken zudem staatliche Verantwortlichkeiten und legitimieren autoritäre Lösungen. Sozial- und wirtschaftspolitische Themen werden genutzt, um neoliberale Disziplinierungsmaßnahmen zu rechtfertigen. Demokratische Prinzipien wie Kompromiss- und Verständigungsorientierung werden dabei unterminiert.

5. Schluss

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass der autoritäre Populismus in Deutschland paradox gestaltet ist. Zum einen, weil autoritär-populistische Inhalte sich in der Konsequenz gegen die breite Masse, insbesondere gegen die Arbeiterklasse, Subalternen und die bürgerliche Mittelschicht selbst richtet. Zum anderen, weil die populistische Anrufung einer neuen demokratischen Gestaltung zwar die Volkssouveränität zur Formgebung erhebt, jedoch ein starkes autoritäres und durchsetzungsfähiges staatliches Handeln zur Maxime und den starken Staat zum Leitprinzip erklärt. Diese Ambivalenzen, der Ruf nach Kontrolle und Ordnung durch den Staat bei gleichzeitiger Betonung unmittelbarer demokratischer Beteiligung und symbolpolitisch aufgeladener (irrationaler) Entscheidungen auf Basis kollektiver Ängste und Identitätsfragen, verdeutlichen den Kern des autoritären Populismus. Dieser ist eine Progression des Poulantzas'schen autoritären Etatismus vonseiten Halls, beinhaltet jedoch die ökonomischen Elemente Poulantzas und ist konzeptionell politisch erweitert um die Art und Weise wie Massenunterstützung gewonnen und eine breite Wähler*innenbasis mobilisiert wird.

Es wurde der Frage nachgegangen, inwiefern der autoritäre Populismus in Deutschland soziale Ungleichheit verschleiert und welche Strategien und Mechanismen dabei zum Einsatz kommen. So konnte nachgewiesen werden, dass der autoritäre Populismus die bestehenden Spannungen in der Bevölkerung im Kontext der Agenda-2010-Reformen, der Finanzkrise, der

Eurokrise sowie der COVID-19-Pandemie mobilisiert hat. Dabei wurde deutlich, dass der bürgerliche Staat, in dem der Neoliberalismus eingebettet ist, systematisch Klassenunterschiede institutionalisiert, indem er zwischen den Eigentümer*innen der Produktionsmittel und jenen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, trennt. Es besteht eine institutionalisierte Trennung zwischen staatlichen Funktionsmitteln und politischen Akteuren, was zu einer Distanzierung zwischen Regierung und Bevölkerung führt. Obwohl der Staat eine formale Gleichheit aller Bürger*innen propagiert, besteht ein ungleicher Zugang zu Produktionsmitteln und Ressourcen. Bürger*innen haben zwar das Recht auf Eigentum, doch das Kapital ist ungleich zwischen Produktionsmittelbesitz und Arbeitskraft verteilt, wodurch materielle Ungleichheiten verstärkt werden. Des Weiteren ergeben sich paradoxe Souveränitätsansprüche, da supranationale Institutionen gleichzeitig angerufen und die staatliche Souveränität eingeschränkt wird, was zu widersprüchlichen Positionen führt. Gesellschaftliche Konflikte werden entlang identitärer Linien verschärft, was sich in der Polarisierung politischer Positionen und ethnisch-nationalen Antagonismen äußert. Sexismus, Rassismus und Klassismus sind systemimmanente Ideologien des Neoliberalismus und werden nicht als Nebenwidersprüche betrachtet, sondern sind integraler Bestandteil des Systems. Dabei hat der Nexus zwischen Wirtschafts- und Migrationspolitik autoritäre Mechanismen und Strategien katalysiert. So wurde deutlich, dass der gegenwärtige autoritäre Populismus in Deutschland durch eine Kombination von neoliberaler Wirtschaftspolitik und autoritärer Ordnungspolitik gekennzeichnet ist, wobei sowohl nationale Ressentiments gegen Migrant*innen geschürt als auch ordoliberaler Haushaltsdisziplin ideologisch verteidigt wird und in einer Intensivierung sozialer Ungleichheit mündet. Dabei dient die anti-etatistische Ideologie dazu Massen zu mobilisieren, indem der Staat als unverhältnismäßiger oder unterdrückender Akteur dargestellt wird, der die Interessen des homogen und ethnozentristisch gedachten Volkes bedroht, jedoch gleichzeitig auf dessen Herrschaftsstrukturen zurückgreift, um autoritäre Austeritäts- und Migrationspolitiken durchzusetzen. Ein zentrales Merkmal dieses autoritär-populistischen Diskurses ist die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Eigenverantwortung und sozialer Exklusion. Der Wohlfahrtsstaat in Deutschland wird zunehmend in Frage gestellt, da autoritäre Populist*innen, im Zuge von Sparpolitik und fiskalischen Zwängen, soziale Sicherungssysteme als Belastung für die Erwerbsbevölkerung darstellen. Gleichzeitig werden Migrant*innen und sozial Benachteiligte als Sündenböcke für die vermeintliche Überlastung des

Wohlfahrtssystem herangezogen. Dieser strategische Standortnationalismus versucht, nationale Interessen durch die Verteidigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu schützen, zum Nachteil sozialer Gerechtigkeit und inner- und außerstaatlicher Solidarität.

Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit rechtfertigen zudem die Aussage, dass das auf Export ausgerichtete Wachstumsmodell sowie die vormals hohe Energieabhängigkeit von Russland maßgeblich zum der gegenwärtigen Diskurs beigetragen haben, dass wohlfahrtsstaatliche Kompensationselemente im Fokus unterschiedlicher politischer Maßnahmen stehen. Die Analyse von Demirovićs Konzeption des autoritären Populismus hat ergeben, dass in diesem Konfliktfeld die neoliberale Krisenbewältigungsstrategie besonders deutlich zu Tage tritt. Sichtbar wird hier die Frage nach politischer Handlungsmacht und gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in Deutschland. Der gegenwärtige autoritäre Populismus führt zwar zu einer verstärkten rechten Kritik am Neoliberalismus, allerdings nur in Bezug auf dessen progressive Elemente wie Feminismus, Freiheitsrechte und Minderheitenschutz. Die Frage nach dem kapitalistischen Herrschaftsverhältnis bleibt jedoch weiterhin unberührt, sodass der grundsätzliche Rahmen der exportorientierten Wachstumsstrategie und der Absicherung neoliberalen Regierens bestehen bleibt. Dies hat zur Folge, dass nicht nur systemische Fragen aus den politischen Diskursen verdrängt werden, sondern der Marktlogik entsprechend, das Postulat der Alternativlosigkeit und des Sachzwangs in der Bevölkerung festsetzt.

Zudem kann festgehalten werden, dass die Selbstabspaltung innerhalb der bürgerlichen Klasse Ausdruck eines ideologischen und symbolpolitisch aufgeladenen Rechtsrucks ist. Dieser stellt dem gesellschaftlichen Wertwandel eine antipluralistische, nationalistische und völkische Alternative entgegen. Diese Strategie zielt auf kulturelle und identitätsbasierte Mobilisierungen innerhalb der ganzen Bevölkerung ab, ohne die zentralen kapitalistischen Mechanismen infrage zu stellen, die für soziale Ungleichheiten und Krisen verantwortlich sind. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass diese Verknüpfung in einer demokratischen Klassenpolitik von oben resultiert, bei der die autoritäre Herrschaftsform vom linksliberalen Milieu bis zur bürgerlichen Mitte und konservativ bis rechts eingestellten Bürger*innen konsensual getragen wird. Der Staat fungiert dabei als materielle Verdichtung der Klassenkräfte und organisiert gesellschaftliche Verhältnisse in einer bürokratischen, hierarchischen Ordnung, die seine Fähigkeit zur Kontrolle und Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse sicherstellt. Auffällig ist dabei, dass sich beim autoritären Populismus

in Deutschland nicht um ein hegemoniales Verhältnis im Sinne Gramscis handelt, bei dem Zugeständnisse an subalterne Klassen geäußert werden um sich Zustimmung für das eigene Projekt zu sichern. Vielmehr basiert der autoritäre Populismus in Deutschland auf der direkten Durchsetzungsmacht der herrschenden Klasse. Die wohlfahrtsstaatlichen Kompensationselemente werden dahingehend nicht gegen neoliberale Zumutungen abgewehrt, sondern vielmehr gegen den vermeintlich übergriffigen Zugang von Bürgergeldempfänger*innen und Migrant*innen verteidigt. Das neue Repräsentationsverhältnis ist also eines der Dominanz. Repräsentationsdefizite mit der dahinter liegenden sozialen und politischen Ungleichheit werden im Zuge des Klassenkampfes von oben verdeckt. So kann festgehalten werden, dass Migration und Wirtschaft über die Frage nach dem Zugang zum Wohlfahrtsstaat eng miteinander verbunden sind. Der eingeschränkte Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen in Deutschland wird im Kontext wettbewerbsorientierter Ideologien über Migration und Bürgergeld in eine negative Beziehung gebracht. Diese Dynamik führt dazu, dass insbesondere Migrant*innen und Bürgergeldempfänger*innen folglich als Bedrohung für die bereits belasteten sozialen Sicherungssysteme wahrgenommen werden, was die gesellschaftlichen Spannungen und Ungleichheiten weiter verstärkt. Der Kampf um die Verteilung von Ressourcen wird dabei zu einem Instrument der gesellschaftlichen Kontrolle, dass sich gegen die ökonomisch Schwächeren richtet, während die herrschenden Kräfteverhältnisse unberührt bleiben.

Von weiterem Interesse wäre die Einbettung des hier Vorgelegten in internationale wirtschaftliche und politische Zusammenhänge. So könnte gezeigt werden, dass sich das exportorientierte Wachstumsmodell in Deutschland nicht nur negativ auf die ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union, sondern global auswirken. Es sei jedoch festgehalten, dass der gegenwärtige autoritäre Populismus in Deutschland bereits gegenwärtig eine Verschärfung der bestehenden sozialen Ungleichheiten, eine Zunahme an Diskriminierungen sowie eine zunehmende Hierarchisierung der Gesellschaft bewirkt. Zudem ist von einer Zunahme rechter Gewalt auszugehen, die sich deutlich durch die steigende Verbreitung autoritär-populistischer Inhalte in verschiedenen Medien widerspiegelt. Diese Inhalte, die häufig in sozialen Netzwerken, Nachrichtenplattformen und politischen Diskursen propagiert werden, fördern ein Klima der Intoleranz und Polarisierung, das zu einer Eskalation von Gewaltakten führen kann.

Literaturverzeichnis

Adolphs, Stephan/Demirovic, Alex/Karakayali, Serhat (Hrsg.) (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co KG.

Adorno, Theodor W. (2001): Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Albanese, Giuseppe/Barone, Guglielmo/De Blasio, Guido (2022): Populist Voting and Losers' Discontent: Does Redistribution Matter? In: *European Economic Review*, 141.

Baccini, Leonardo/Sattler, Thomas (2024): Austerity, Economic Vulnerability, and Populism. In: *American Journal of Political Science*. 67(1), 43–58.

BADG (2022): Gemeinsame Stellungnahme zivilgesellschaftlicher Träger in der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieförderung (BADG) zum Demokratiefördergesetz im März 2022. Verfügbar unter: <https://verband-brg.de/pressemitteilung-bagd-demokratiefoerdergesetz> (Zugriff am 16.09.2024).

Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.) (2019): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS.

BDI (2024): Transformationspfade für das Industrieland Deutschland Eckpunkte für eine neue industriepolitische Agenda. Text abrufbar unter: <https://bdi.eu/artikel/news/transformationpfade-fuer-das-industrieland-deutschland->

studie-langfassung (Zugriff am 11.9.2024).

von Berg, Heinz Lynen (2019): Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus. In: *Leviathan (Düsseldorf)*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH, 47 (1), 7–27.

Biebricher, Thomas (2024): Die Schuldenbremse. Über eine paradoxe Regierungstechnologie der Austerität. Geschichte der Gegenwart. Text abrufbar unter: <https://geschichtedergegenwart.ch/die-schuldenbremse-ueber-eine-paradoxe-regierungstechnologie-der-austeritaet/> (Zugriff am 30.8.2024).

Bieling, Hans-Jürgen (2017): Aufstieg des Rechtspopulismus im heutigen Europa – Umriss einer gesellschaftstheoretischen Erklärung. In: *WSI-Mitteilungen*, 70 (8), 557–565.

Biskamp, Floris (2019): Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch: Einspruch zur politischen Ökonomie des Populismus. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 49 (196), 463–476.

Bittlingmayer, Uwe H./Demirović, Alex/Freytag, Tatjana (Hrsg.) (2019): Handbuch Kritische Theorie. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Blanchard, Olivier J./Leigh, Daniel (2014): Learning about Fiscal Multipliers from Growth Forecast Errors. In: *IMF Economic Review*, 62 (2), 179–212.

Book, Carina/Huke, Nikolai/Tiedemann, Norma/Tietje, Olaf/Assoziation für Kritische Gesellschaftsforschung (Hrsg.) (2020): Autoritärer Populismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom Verlag.

Braun, Dietmar (2020): Normative Theorien autoritärer Herrschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Butterwegge, Christoph/Hank, Rainer/Schick, Daniela/Ullrich, Carsten G (2019): Hartz IV. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 69(23-24), 3–15. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2017): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: Springer VS.

Cavaillé, Charlotte/Ferwerda, Jeremy (2023): How Distributional Conflict over In-Kind Benefits Generates Support for Far-Right Parties. In: *The Journal of Politics*, 85 (1), 19–33.

Cremaschi, Simone/Rettl, Paula/Cappelluti, Marco/De Vries, Catherine Eunice (2022): Geographies of Discontent: Public Service Deprivation and the Rise of the Far Right in Italy. In: *Journal of Economic Geography*.

Crewe, Ivor/Sanders, David (Hrsg.) (2020): *Authoritarian Populism and Liberal Democracy*. Cham: Springer International Publishing.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Demirović, Alex (2007): *Nicos Poulantzas: Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Demirovic, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 48 (190), 27–42.

Demirović, Alex (2021): Über die Null hinausdenken. Zur Kritik des Aufrufs #Zero Covid. In: *LUXEMBURG — Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Text abrufbar unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/ueber-die-null-hinaus-denken-zur-kritik-des-aufrufs-zero-covid/> (Zugriff am 16.09.2024).

Deringer, Ludwig/Ströbel, Liane (2022): *International Discourses of Authoritarian Populism: Varieties and Approaches*. New York: Routledge.

Döring, Ottmar (2020): Neuordnung des Zuwanderungsregimes für Fachkräfte durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Veränderungen, Potentiale, Herausforderungen und Handlungsansätze. In: *Migration und Soziale Arbeit*. 42(3), 260–268.

Burzan, Nicole/ van Dyk, Silke (2019): Über den Wandel des Politischen. Die Demokratie im Zangengriff von autoritärem Populismus und autoritärem Kapitalismus. Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. In: *Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*, 1-16.

European Commission. Directorate General for Economic and Financial Affairs. (2024): *European Economic Forecast: Spring 2024*. LU: Publications Office. Text abrufbar unter: <https://data.europa.eu/doi/10.2765/219276> (Zugriff am 16.9.2024).

Faus, Rainer/Storks, Simon (2019): *Das pragmatische Einwanderungsland: Was die Deutschen über Migration denken*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.

FAZ (2023): Heftige Kritik an Merz: Asylbewerber würden Deutschen Arzttermine wegnehmen. FAZ.NET. Text abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/heftige-kritik-an-merz-asylbewerber-wuerden-deutschen-arzttermine-wegnehmen-19205962.html> (Zugriff am 11.9.2024).

Fraser, Nancy (2019): *The Old Is Dying and the New Cannot Be Born: From Progressive Neoliberalism to Trump and Beyond*. London New York: Verso.

Fratzscher, Von Marcel (2023): Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen. In: *DIW-Berlin*. Verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.879721.de/diw_aktuell_88.pdf (Zugriff am 16.09.2024).

Gabriel, Ricardo Duque/Klein, Mathias/Pessoa, Ana Sofia (2022): The Political Costs of Austerity. In: *European Journal of Political Economy*, 74.

Gornig, Von Martin (2019): Investitionslücke in Deutschland: Und es gibt sie doch! Vor allem Kommunen sind arm dran. In: *DIW Wochenbericht*, 86(17), 291–298.

Habermas, Jürgen (2014): Kommunikatives Handeln und detranszendentalisierte Vernunft. Nachdr. Stuttgart: Reclam.

Hall, Stuart (1978): *Policing the Crisis : Mugging, the State, and Law and Order*. London: Macmillan.

Hall, Stuart (2014): *Populismus, Hegemonie, Globalisierung*. Hamburg: Argument Verlag.

Hall, Stuart (2017): *Selected Political Writings: The Great Moving Right Show and Other Essays*. Durham: Duke University Press.

Häusler, Alexander/Kellershohn, Helmut/Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung/Hochschule Düsseldorf (Hrsg.) (2018): *Das Gesicht des völkischen Populismus: neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung*. Münster: Unrast Verlag.

Havertz, Ralf (2019): Right-Wing Populism and Neoliberalism in Germany: The AfD's Embrace of Ordoliberalism. In: *New Political Economy*, 24 (3), 385–403.

Heinisch, Reinhard/Masseti, Emanuele/Mazzoleni, Oscar (Hrsg.) (2020): *The people and the nation: populism and ethno-territorial politics in Europe*. London; New York: Routledge.

Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA-Verlag.

Hübscher, Evelyne/Sattler, Thomas/Wagner, Markus (2023): Does Austerity Cause Polarization? In: *British Journal of Political Science*, 53 (4), 1170–1188.

Huke, Nikolai (2019): Neoliberale Alternativlosigkeit, progressiver Liberalismus und der Aufstieg des autoritären Populismus: Warum die Ohnmacht antikapitalistischer Politik ein Grund zur Sorge ist, nicht aber das Gendersternchen. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 49 (197), 631–644.

Hüther, Michael/Südekum, Jens (2020): Die Schuldenbremse – eine falsche Fiskalregel am falschen Platz. In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 20 (4), 284–291.

Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (2015): *Ökonomie der internationalen Entwicklung: eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Wien: Mandelbaum Verlag.

Jessop, Bob (1988): *Thatcherism: A Tale of Two Nations*. Cambridge: Polity Press.

- Jessop, Bob (2016): *The State: Past, Present, Future*. Cambridge: Polity Press.
- Jessop, Bob (2019): Authoritarian Neoliberalism: Periodization and Critique. In: *South Atlantic Quarterly*, 118 (2), 343–361.
- Joppke, Christian (2017): *Is Multiculturalism Dead?: Crisis and Persistence in the Constitutional State*. Cambridge: Polity Press.
- Jörke, Dirk (2020): *Theorien des Populismus zur Einführung*. Hamburg: Junius Verlag.
- Kadritzke, Ulf (2017): *Mythos Mitte - Oder die Entsorgung der Klassenfrage*. Berlin: Bertz+Fischer.
- Kannankulam, John (2022): Staatskapitalismus?: Anmerkungen zum Verhältnis von Kapitalismus und Staat aus der Perspektive materialistischer Staatstheorie. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 52 (208), 373–384.
- Kannankulam, John/Pulantzas, Nikos A. (2008): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus: zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Kaufmann, Stefan (2024): Macht Sparen rechts? Und warum? In: *Politik & Ökonomie Blog*. Text abrufbar unter: <https://politischeoekonomie.com/macht-sparen-rechts-und-warum/> (Zugriff am 10.2.2024).
- Keil, Daniel/Wissel, Jens (Hrsg.) (2019): *Staatsprojekt Europa: Eine staats-theoretische Perspektive auf die Europäische Union*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Kim, Seongcheol/Agripoulos, Aristotelis (Hrsg.) (2020): *Populismus, Diskurs, Staat*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Kochi, Tarik (2023): Authoritarian Populism, Democracy and the Long Counter-Revolution of the Radical Right. In: *Contemporary Political Theory*, 22 (4), 439–459.
- Lembcke, Oliver W./Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2012): *Zeitgenössische Demokratietheorie: Band 1: Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Manow, Philip (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Manow, Philip (2020): Welche Rolle spielen Wohlfahrtsstaatlichkeit und Globalisierung für die Ausprägungen des Populismus? In: *Totalitarianism and Democracy*, 17 (1), 35–44.
- Mause, Karsten (2018): *Ökonomie und Staat*. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.), *Handbuch Staat*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 211–221.
- Mazzucato, Mariana (2019): Der unternehmerische Staat: Risiken und Gewinne vergesellschaften. In: *Leviathan*, 47 (2), 123–143.

Merkel, Wolfgang (2017): Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, Philipp/Kubbe, Ina/Poguntke, Thomas (Hrsg.): *Parties, Governments and Elites*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 9–23.

Morelock, Jeremiah (Hrsg.) (2021): *How to Critique Authoritarian Populism: Methodologies of the Frankfurt School*. Leiden; Boston: Brill.

Mudde, Cas (2017): *Populism: A Very Short Introduction*. New York: Oxford University Press.

Müller, Jan-Werner (2017): Was ist Populismus? In: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 7 (2), 187–201.

Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2019): *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.

Ludwig, Gundula/Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hrsg.) (2009): *Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

OECD (2018): *Income inequality*. Text abrufbar unter: <https://www.oecd-ilibrary.org/content/data/459aa7f1-en> (Zugriff am 16.09.2024).

Oliver Decker/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar/Heller, Ayline (2022): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Leipzig: Psychosozial-Verlag.

Otten, Henrique Ricardo/Lenk, Kurt/Sicking, Manfred/Schmidt, Julia (Hrsg.) (2011): *Kritik und Leidenschaft: vom Umgang mit politischen Ideen*. Bielefeld: Transcript Verlag.

Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.) (2020): *Populismus – Staat – Demokratie: Ein interdisziplinäres Streitgespräch*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Papier, Hans-Jürgen/El-Mafaalani, Aladin (2023): Corona Krise. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 73(10-11), 3–18. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Persau, Valentin (2021): Der sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: Präsentation und Kommentierung ausgewählter Ergebnisse. In: *TUP - Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*, 72(3), 48–54

Pichl, Maximilian/Krause, Ulrike/Markard, Nora (2023): Für einen Menschenrechtspakt in der Flüchtlingspolitik. In: *Verfassungsblog*. Text abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/fur-einen-menschenrechtspakt-in-der-fluechtlingspolitik> (Zugriff am 05.08.2024).

Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie: Politischer überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie*. Hamburg: VSA-Verlag.

Reckwitz, Andreas (2021): *Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der*

Moderne. Berlin: Suhrkamp.

Rippl, Susanne (Hrsg.) (2000): Autoritarismus: Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Opladen: Leske + Budrich.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie: Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? In: *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 70 (2), 237–254.

Rüttgers, Jürgen/Decker, Frank (2017): Europas Ende, Europas Anfang: Neue Perspektiven für die Europäische Union. Frankfurt: Campus Verlag.

Sauer, Birgit (2017): Staatstheorien zur Einführung. Hamburg: Junius Hamburg.

Schäfer, Armin (2021): Die demokratische Regression: die politischen Ursachen des autoritären Populismus. Berlin: Suhrkamp.

Strobl, Natascha (2021): Radikalisierter Konservatismus: Eine Analyse. Berlin: Suhrkamp.

Strobl, Natascha/Mazohl, Michael (2022): Klassenkampf von oben: Angriffspunkte, Hintergründe und rhetorische Tricks. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH.

Tagesschau (2024): Streit um kindergrundsicherung: Lindner kritisiert paus. Text abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/lindner-kindergrundsicherung-paus-100.html> (Zugriff am 5.9.2024).

Voßkuhle, Andreas (2017): European Integration through Law: The Contribution of the Federal Constitutional Court. In: *Archives européennes de sociologie. European journal of sociology*, Cambridge: Cambridge University Press, 58 (1), 145–168.

Voßkuhle, Andreas/Scheller, Henrik/Kastrop, Christian/Meister-Scheufelen, Gerhard/Sudhof, Matthias/Ebert, Wolfgang (2012): Aus Politik und Zeitgeschichte: Schuldenkrise und Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 62(21-22), 3–20. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (2014): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico/Achour, Sabine (2023): Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. 2. korrigierte Auflage. Bonn: Dietz.

ZDF (2023): Finanzminister Lindner: Nicht auf Dauer Politik auf Pump. ZDFheute. Text abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/lindner-haushalt-bundestag-schuldenbremse-100.html> (Zugriff am 11.9.2024).

ZDF (2024): Bürgergeld: CDU-Vorstoß zu „Totalverweigerern“ in der Kritik. ZDFheute. Text abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/buergergeld-cdu-vorschlag-kritik-debatte-100.html> (Zugriff am 14.9.2024).